



Migration

- Glaubensflüchtlinge: Waldenser
- Schwabenzüge nach Russland, Polen und in die Donauländer
- Auswanderung nach Nordamerika im 18. und 19. Jahrhundert
 - Zweiter Weltkrieg – erzwungene Migration:
NS-Umsiedlungsaktionen
Neue Heimat für die Vertriebenen
 - Migration nach Deutschland:
Gastarbeiter 1955–2000
Migration aktuell

aktualisierte Neuauflage

DEUTSCHLAND & EUROPA

Heft 45 · 3. aktualisierte Auflage 2004

Herausgeber:

Landeszentrale für politische Bildung
Baden-Württemberg,
Direktor Lothar Frick

Redaktion:

Dr. Walter-Siegfried Kircher

Beirat:

Robert Bosch Stiftung GmbH, Stuttgart,
Günter Gerstberger
Ministerium für Kultus, Jugend und Sport,
Klaus Happold, Ministerialrat
Prof. Dr. Lothar Burchardt,
Universität Konstanz
Dietrich Rolbetzki,
Oberstudienrat, Filderstadt
Lothar Schaechterle,
Studiendirektor, Stetten i. R.
Landeszentrale für politische Bildung,
Dr. Walter-Siegfried Kircher

Anschrift der Redaktion:

70184 Stuttgart, Staffenbergstraße 38,
Telefon (07 11) 16 40 99-43/-45,
Telefax (07 11) 16 40 99-77
E-Mails der Redaktion:
walter.kircher@ljb.bwl.de
sylvia.roesch@ljb.bwl.de

DEUTSCHLAND & EUROPA erscheint zweimal im Jahr

Jahresbezugspreis 6,- Euro

Preis der Einzelnummer: 3,- Euro

Satz:

Schwabenverlag mediagmbh
73760 Ostfildern-Ruit

Druck:

Süddeutsche Verlagsgesellschaft Ulm mbH
89079 Ulm

3. aktualisierte Auflage: 4000

Redaktionsschluss: November 2004

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht
unbedingt die Meinung des Herausgebers oder
der Redaktion wieder.

Nachdruck oder Vervielfältigung auf elektronischen
Datenträgern sowie Einspeisung in Datennetze nur mit
Genehmigung der Redaktion.

Mit finanzieller Unterstützung des Ministeriums für
Kultus, Jugend und Sport, der Stiftung für Bildung und
Behindertenförderung und der Robert Bosch Stiftung.

Titelbild: »Gazing toward Manhattan«.
Blick von Ellis Island auf Manhattan.

Ellis Island Museum, National Park Service, New York.
Aus: Aufbruch in die Fremde: europäische Auswanderung nach
Übersee. Dirk Hoerder, Diethelm Knauf (Hrsg.). Ed. Temmen, Bremen
1992, S. 122.

Web-Adressen zum Thema Migration

I. Glaubensflüchtlinge: Waldenser

www.waldenser.de

Homepage der Deutschen Waldenservereinigung

II. Schwabenzüge: Russland, Polen, Donauländer

www.dzm-museum.de

Homepage des Donauschwäbischen Zentralmuseums
Ulm (zahlreiche Links)

www.russlanddeutshegeschichte.de

Homepage der Landsmannschaft der Deutschen aus
Russland (weitere Links)

III. Auswanderung nach Nordamerika

www.auswanderer.lad-bw.de

Online-Auswandererdatei des Hauptstaatsarchivs Stutt-
gart

IV. Zweiter Weltkrieg: Erzwungene Migration

www.lad-bw.de

Homepage der Staatlichen Archivverwaltung Baden-
Württemberg. Über den Suchbegriff »Zwangsarbeiter«
Informationen zum Thema Zwangsarbeiter während
des Zweiten Weltkriegs

www.bund-der-vertriebenen.de

(zahlreiche Links)

V. Migration nach Deutschland

www.auslaenderbeauftragter.de

www.innenministerium-baden-wuerttemberg.de

(Rubrik: Ausländer)

www.bmi.bund.de (Suchbegriff: »Ausländer«)

www.zuwanderungsgesetz.de

(Internetportal zum Thema Zuwanderung)

www.demographie.de

(Sozialwiss. Institut der Humboldt-Universität Berlin)

[www.bundesverfassungsgericht.de/cgi-bin/
link.pl?entscheidungen](http://www.bundesverfassungsgericht.de/cgi-bin/link.pl?entscheidungen)

Entscheidungssammlung des Bundesverfassungsge-
richts (Entscheidung über den Abstimmungsmodus im
Bundesrat im Dezember 2002)

[www.kultusministerium.baden-wuerttemberg.de/is/is6/
infoboerse.htm](http://www.kultusministerium.baden-wuerttemberg.de/is/is6/infoboerse.htm)

Infobörse des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport
Baden-Württemberg (Unterrichtsideen zum Thema
Migration)

www.uni-bamberg.de/%7eba6ef3/doksta_d.htm

Europäisches Forum für Migrationsstudien, Wissen-
schaftliches Institut an der Universität Bamberg (statisti-
sche Daten zu Migration und Integration von Migranten
in Deutschland)

www.ruhr-uni-bochum.de/deutschlandforschung/ring.htm

Ringvorlesungen der Ruhr-Universität-Bochum im WS
2002/2003 (Thema »Migration in Deutschland und
Europa«)

www.bamf.de

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

www.lernnetz-sh.de

Landesbildungsserver Schleswig-Holstein (Rechtsextreme
Einflüsse auf Debatten zu Migration und Integration)

www.lmz-bw.de (AV-Medien)

Inhalt

Inhalt



Migration

Vorwort des Herausgebers	2
Geleitwort des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport	3
Autorinnen und Autoren	3
Einleitung	4
I. Waldenser – Glaubensflüchtlinge nach dem Dreißigjährigen Krieg in Württemberg ...	6
Materialien	8
II. Schwabenzüge – Auswanderung nach Russland, Polen und in die Donauländer	11
Materialien	14
III. Auswanderung nach Nordamerika im 18. und 19. Jahrhundert	18
1. Neuländer, Menschenhiebe und Seelenverkäufer: Auswanderung in die englischen Kolonien Nordamerikas im 18. Jahrhundert	18
Materialien	20
2. Neue Heimat Amerika – Massenauswanderung im 19. Jahrhundert	23
Materialien	25
IV. Erzwungene Migration im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg	28
1. Nationalsozialistische Umsiedlungsaktionen im Osten 1939–1944	28
Materialien	31
2. Vertriebene finden eine neue Heimat	34
Materialien	37
V. Migration nach Deutschland	40
1. Gastarbeiter: Zuwanderung von Arbeitskräften in den Jahren 1955–2000	40
Materialien	42
2. Migration aktuell	47
Materialien	50
Web-Adressen	U2
Neues aus der Landeszentrale	U3

Vorwort

Vorwort zur dritten, aktualisierten Auflage

Das 2004 verabschiedete, 2005 in Kraft tretende neue Zuwanderungsgesetz sowie die anhaltende Nachfrage nach Heft 45 »Migration« der Reihe DEUTSCHLAND & EUROPA, besonders aus dem Bereich der Schulen, hat uns bewogen, eine weitere Auflage erscheinen zu lassen. Kapitel V.2 »Migration aktuell« wurde neu verfasst und der Materialenteil dazu aktualisiert.

Wenn von Einwanderungsländern die Rede ist, denken wir an klassische Fälle wie die USA, Australien, Neuseeland, vielleicht noch an Brasilien und Argentinien. Aber auch innerhalb Europas hat es immer wieder gewaltige Migrationswellen gegeben. Nach dem Ersten Weltkrieg gab es Massenfluchtbewegungen aus Osteuropa und der Sowjetunion in den Westen. Zwischen 1939 und 1945 waren 50 bis 60 Millionen Menschen auf der Flucht, wurden vertrieben, deportiert, als Zwangsarbeiter ausgebeutet. Viele fanden eine neue Heimat, viele wurden zwangsumgesiedelt und manche konnten, wenn sie überlebten, in ihre alte Heimat zurückkehren. Einige westeuropäische Länder rekrutierten nach dem Zweiten Weltkrieg in großer Zahl fremde Arbeitskräfte aus ärmeren Regionen in der Annahme, es handele sich um eine zeitlich begrenzte Maßnahme. Millionen von ihnen sind inzwischen in ihren Aufenthaltsländern nach Familiengründungen oder mit nachziehenden Angehörigen sesshaft geworden.

Eine OECD-Untersuchung hat im Raum der Europäischen Union in den letzten vierzig Jahren kontinuierlich einen Nettozuwachs an Zuwanderern festgestellt, Flüchtlinge und Asylsuchende eingerechnet. In der vom Ministerium für Kultus und Sport Baden-Württemberg gemeinsam mit der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg 1993 herausgegebenen Broschüre »Gegen Haß und Vorurteile. Erziehung zu Toleranz und friedlichem Miteinander« wird dem

Rechnung getragen. Es heißt dort: »Deutschland ist faktisch ein Einwanderungsland geworden [...] Dabei geht es nicht um das Ob, sondern um das Wie eines friedlichen Zusammenlebens.«

Dem seit 2002 gültigen *Bildungsplan für das Gymnasium* sind für die Kursstufe fünf *fächerverbindende Themen* vorangestellt. Thema 1 lautet »Migration«. Genannt werden unter anderem: Ursachen von Migration, Emigration in die Neue Welt, Flucht und Vertreibung im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg, Immigration nach Deutschland (»Gastarbeiteremigration« und »Deutschland als Einwanderungsland«). Auch bei den fächerspezifischen Lehrplänen wird der Themenkomplex Migration entweder als Pflichtteil oder als Wahlmodul genannt (vgl. Bildungsplan, S. 12). In den Jahrgängen der Sekundarstufe I kann das vorliegende Heft ebenfalls eingesetzt werden und im Zusammenhang mit folgenden Themen als Grundlage für weitere Spurensuche dienen: »Glaubensflüchtlinge«, »Aus Europäern werden Amerikaner«, »Auswanderung – Flucht vor der Not«, »Deutsche im Ausland – Fremde in Deutschland«, »Nationalsozialistische Zwangsumsiedlungspolitik«, »Deutsche finden eine neue Heimat«, »Gastarbeiter, Aussiedler und Asylbewerber – Zuwanderung nach Deutschland«.

Möge das aktualisierte Heft dazu beitragen, unsere Fähigkeit zu stärken, »mit Fremden und Fremdem tolerant umzugehen und eigene Handlungsmöglichkeiten zur Förderung des Verständnisses zwischen Zugewanderten und Einheimischen zu erschließen« (Bildungsplan 2001, S. 11).

Lothar Frick
Direktor
Landeszentrale
für politische Bildung
Baden-Württemberg

Walter-S. Kircher
Redaktion

Geleitwort

Geleitwort des Ministeriums

Nicht zuletzt im Zusammenhang mit dem geplanten Zuwanderungsgesetz rückt das Thema »Ausländer« – grundsätzliche Fragen der Notwendigkeit von Einwanderung, die Problematik der Aufnahmefähigkeit sowie des Spektrums der Möglichkeiten zur Integration – wieder verstärkt ins Zentrum einer teilweise sehr kontrovers geführten, öffentlichen Diskussion.

Betont die eine Seite, Deutschland sei faktisch Einwanderungsland und brauche im Kontext ökonomischer und demographischer Entwicklungen oder im Blick auf die Sicherung sozialer Systeme Zuwanderung, verweisen andere Stimmen auf die aktuell hohe Arbeitslosigkeit sowie die nicht geringen Kosten, die sich dem Prozess der Integration und der Finanzierung entsprechender Infrastrukturen verbinden. Kulturelle Differenzen, Irritationen bei der Suche nach Identität, gegenseitige Vorbehalte und Abgrenzungen, unterschiedliche Lebensziele und religiöse Traditionen stellen das Zusammenleben der Gesellschaft vor neue, nicht einfach zu bewältigende Herausforderungen. Die Bandbreite der Wahrnehmung von Migration reicht von kultureller Bereicherung bis

hin zur manifesten, individuell empfundenen Bedrohung. Umso wichtiger ist es, sich unvoreingenommen, sach- und faktenbezogen mit dem Thema »Migration« auseinander zu setzen.

Schule leistet dazu einen wesentlichen Beitrag: Die Begegnung mit fremden Kulturen und die Vermittlung von Kenntnissen anderer Lebensformen, die Erziehung zur Achtung der Würde des Anderen und zu Toleranz gehören zu den Lehrplaninhalten und wesentlichen Unterrichtsprinzipien der Schule. Hier ist das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Nationalität und kultureller Prägung Realität.

Das vorliegende Heft versucht, verschiedene Facetten des Problems der Zuwanderung sichtbar zu machen und so zur eigenständig-verantwortlichen Meinungsbildung und Versachlichung der Diskussion beizutragen.

Klaus Happold
Ministerialrat
Ministerium für Kultus, Jugend und Sport
Baden-Württemberg

Autorinnen & Autoren Mitarbeiter & Mitarbeiterinnen

Gröbl, Wolf-Rüdiger, StD, Staatliches Seminar für Schulpädagogik (Gymnasien), Filderstadt | IV.1. Nationalsozialistische Umsiedlungsaktionen im Osten 1939–1944

Dr. Heilig, Ernst, OStR, Gomaringen | V.1. Gastarbeiter: Zuwanderung von Arbeitskräften in den Jahren 1955–2000

Dr. Kircher, Walter-Siegfried, Landeszentrale für politische Bildung, Stuttgart | V.1. Gastarbeiter: Zuwanderung von Arbeitskräften in den Jahren 1955–2000 | V.2. Migration aktuell

Lienert, Eva Maria, RL'in und **Lienert, Wilhelm**, GHS, beide Schwäbisch Gmünd | III.2. Neue Heimat in Amerika – Massenauswanderung im 19. Jahrhundert | IV.2. Vertriebene finden eine neue Heimat

Maier, Ulrich, StD, Löwenstein

Einleitung | Federführung | II. Schwabenzüge – die Auswanderung nach Russland, Polen und in die Donauländer | III.1. Neuländer, Menschendiebe und Seelenverkäufer: Auswanderung in die englischen Kolonien Nordamerikas im 18. Jahrhundert

Maier, Christa, Rektorin, Löwenstein | Werkstattseminare

Dr. Müller, Leonhard, Präsident a.D., Karlsruhe | V.2. Migration aktuell

Plieninger, Waltraud, StR, Nordheim | II. Waldenser – Glaubensflüchtlinge nach dem Dreißigjährigen Krieg in Württemberg

Leiter des Projekts DEUTSCHLAND & EUROPA : **Dr. Walter-Siegfried Kircher**

Migration

Einleitung

Von Ulrich Maier

Deutschland – ein Einwanderungsland

»Deutschland braucht Zuwanderinnen und Zuwanderer.« Mit dieser lapidaren Feststellung beginnt der Bericht der Zuwanderungskommission, die unter der Leitung von Prof. Dr. Rita Süßmuth getagt und im Sommer 2001 ihre Ergebnisse vorgelegt hat. Weiter heißt es in der Einleitung zum Abschlussbericht: »Faktisch ist Deutschland seit langem ein Einwanderungsland.«

In der Wissenschaft wurde diese Auffassung schon lange vertreten. Dennoch hat die klare Aussage der Parteien, Kirchen und andere Institutionen des öffentlichen Lebens übergreifenden Kommission in ihrer Deutlichkeit die deutsche Öffentlichkeit überrascht und lebhaftige Diskussion ausgelöst.

Mehr als sieben Millionen Ausländer leben gegenwärtig in der Bundesrepublik Deutschland, das sind knapp 9% der Gesamtbevölkerung. In Baden-Württemberg macht ihr Anteil sogar 12% aus. Wie fügen sie sich in das gesellschaftliche Leben ein? Welche Bereitschaft bringen sie mit, sich in unser politisches und kulturelles System zu integrieren? Welchen Grad an Toleranz bringen ihnen die deutschen Mitbürger entgegen, wenn sie kulturelle Traditionen ihrer Heimat bewahren wollen?

Bei der aktuellen Diskussion stehen ökonomische und soziale Aspekte im Vordergrund. Wie viele Zuwanderer sind nötig, um angesichts rückläufiger Geburtenzahlen mittel- und langfristig die Renten zu sichern? Belasten die Zuwanderer nicht doch die Sozialkassen?

Untersuchungen wie die des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung sprechen eine eindeutige Sprache. Im Vergleich der von ausländischen Bürgern aufgebrauchten Steuern und den von ihnen in Anspruch genommenen staatlichen Leistungen wird ein deutlicher Überschuss sichtbar – in den Jahren zwischen 1988 und 1995 jährlich rund 15 Milliarden Euro.

Politische Forderungen zielen deshalb dahin, die Arbeitsmigration den Bedürfnissen der Wirtschaft entsprechend zu fördern und damit die Zuwanderung nach Deutschland regelrecht zu steuern. Dabei werden konkrete Erwartungen an die Zuwanderer formuliert: sprachliche Integration als Voraussetzung der Eingliederung in das soziokulturelle System und den Arbeitsmarkt in Deutschland, aber auch die Forderung, die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland zu akzeptieren.

Zuwanderung und Auswanderung als prägendes Element der Geschichte im heutigen Baden-Württemberg

Die historische Migrationsforschung lehrt uns, dass Zuwanderung und Auswanderung keine isolierten Phänomene unserer Tage sind, auch keine Ausnahmereignisse in der Geschichte, sondern prägende Erfahrung aller Generationen. Betrachten wir im Überblick die Ent-

wicklung der letzten drei Jahrhunderte im deutschen Südwesten:

Schweizer, Österreicher, Wallonen, französische Hugenotten und Waldenser wurden nach Baden, Württemberg und in die Kurpfalz gerufen, als dort nach den Wirren des Dreißigjährigen Krieges in manchen Gebieten nur noch ein Bruchteil der Vorkriegsbevölkerung lebte. Die Fürsten »peuplierten« systematisch ihre Länder, und die vorwiegend aus religiösen Gründen aus ihrer Heimat vertriebenen Zuwanderer fanden dort Asyl.

Bereits wenige Jahrzehnte danach setzte zu Beginn des 18. Jahrhunderts aus eben diesen Gebieten Südwestdeutschlands Auswanderung im großen Stil ein. Zigtausende verließen die von Kriegen, Teuerungen und Missernten erschütterten Landstriche an Rhein, Neckar und Donau und suchten ihr Glück in den englischen Kolonien jenseits des Atlantiks, den späteren Vereinigten Staaten, in »Preußisch Polen«, Russland oder den Balkanländern. Die Massenauswanderung aus Baden und Württemberg hielt das ganze 19. Jahrhundert hindurch an.

Umsiedlung, Flucht und Vertreibung prägten die Geschichte des 20. Jahrhunderts. Wilsons Idealvorstellung vom Selbstbestimmungsrecht der Völker ließ sich nach dem Ersten Weltkrieg nicht verwirklichen. Aus den neu entstandenen Staaten flüchteten bedrohte Minderheiten: z.B. Griechen aus der Türkei, Türken aus dem nördlichen Griechenland, Armenier, Juden aus der UdSSR und Polen oder Deutsche aus den baltischen Staaten. Die nationalsozialistische Zwangsherrschaft in Europa löste eine Welle erzwungener Migration unvorstellbaren Ausmaßes aus. Nach dem Überfall Hitlers auf die Sowjetunion ließ Stalin die Wolgadeutschen nach Sibirien und in die angrenzenden asiatischen Staaten der UdSSR deportieren. Nach Kriegsende wurden Millionen Deutscher vertrieben. Ihre erfolgreiche Integration im Nachkriegsdeutschland ist ein Teil dieser Geschichte. Arbeitsmigration nach Baden und Württemberg lässt sich schon früh nachweisen. Ein erster Höhepunkt setzte mit dem Eisenbahnbau im 19. Jahrhundert ein, dann – im Zuge des wirtschaftlichen Aufschwungs – seit den 50er-Jahren des 20. Jahrhunderts. Zusammen mit Spätaussiedlern und Asylsuchenden prägen die Arbeitsmigranten auch die gegenwärtige Zuwanderung.

Identität und Integration

Ein wesentlicher Aspekt der Zuwanderung hat mit dem kulturellen Selbstverständnis von Einheimischen und Zuwanderern zu tun. Migration hatte immer interkulturellen Austausch zur Folge. Auch das ist keine typische Erscheinung unserer Tage. Hermann Bausinger spricht provokant formuliert von der südwestdeutschen Kultur als »Importerzeugnis« und wies nach, wie stark Einflüsse

aus anderen Ländern und Kulturen selbst scheinbar bodenständige Alltagsbereiche geprägt haben. Unzählige Beispiele ließen sich dafür anführen. Wem ist heute bewusst, dass Rotkäppchen aus Frankreich stammt und von den Hugenotten nach Deutschland mitgebracht wurde? Oder wer erkennt in den Maultaschen die schwäbische Antwort auf italienische Ravioli?

»Jede Kultur ist interkulturell. Ihr Wert liegt wesentlich in den Impulsen, die sie von anderen Kulturen erhält und diesen gibt.« Auf diesen Nenner brachte es Manfred Rommel (Stuttgarter Zeitung, 30. 1. 2001, S. 6). In einer Welt, die Tag für Tag näher zusammenrückt, ist dieser interkulturelle Austausch unumkehrbare Realität geworden und prägt in stetig zunehmendem Maße die eigene kulturelle Identität.

»Endet die Kultur im globalen Einheitsbrei, in der McDonaldisierung?«, fragt Brandenburgs Kultusminister und gibt gleich selbst die Antwort:

»In einem positiven Sinne zwingt uns die Internationalisierung dazu, das Verhältnis zwischen dem Lokalen und dem Globalen neu zu überdenken. Dies wird auch zu einer bewussten Rückbesinnung auf die großartigen Kulturleistungen, auf die Geschichte und auf die Identität der Regionen in der Bundesrepublik führen.«

(Das Parlament, 4. 5. 2001, S. 1)

Migration und historisch-politische Bildung

Wenn Integration gelingen soll, setzt dies voraus, dass sich die Einstellung in der Öffentlichkeit gegenüber den Zuwanderern und der eigenen Geschichte ändert. Andererseits kann Integration nur gelingen, wenn auch die Zuwanderer ihre Bereitschaft zur Integration mitbringen, wenn auch sie Interesse zeigen an der Geschichte, Kultur und dem öffentlichen Leben zum Beispiel in Deutschland. Ansätze von Rassismus oder Fremdenhass und eine latent ausländerfeindliche Stimmung in der Gesellschaft werfen die Frage auf, wo historisch-politische Bildung ansetzen kann, um hier gegenzusteuern.

Das Thema Migration ist deshalb ein inhaltlicher Schwerpunkt der neuen Bildungspläne. An zahlreichen Beispielen aus der Geschichte Südwestdeutschlands kann deutlich gemacht werden, dass Zuwanderung, Umsiedlung, Auswanderung, Flucht und Asyl nicht nur aktuelle Phänomene sind, sondern eine historische Dimension besitzen. Der landesgeschichtliche Ansatz kann dabei helfen, Wurzeln aufzuspüren, Migration im eigenen Lebensumfeld, der Familiengeschichte und der Geschichte der Region bewusst zu machen.

Zwar ist die Zuwanderung unserer Gegenwart vielschichtiger, aber die Grundmotive für Aus- und Einwanderung haben sich im Laufe der Geschichte wenig verändert. Vergleichbares zeigt sich auch bei der Frage der Integration. Dabei wird sich Politik und Gesellschaft mit den Zielvorstellungen auseinandersetzen müssen, was Integration leisten kann und soll, wie es der Präsident des

Zentralkomitees der deutschen Katholiken und Minister für Wissenschaft und Kunst im Freistaat Sachsen, Prof. Hans Joachim Meyer, unlängst formulierte:

»Integration kann und darf weder das Ziel haben, Deutschland durch eine multikulturelle Gesellschaft endlich verschwinden zu lassen, noch kann und darf es unser Bestreben sein, eine kulturell homogene Gesellschaft unter einer Leitkultur durchzusetzen. Integration will vielmehr dem friedlichen Zusammenleben kultureller Vielfalt in Deutschland dienen.« (Zentralkomitee der deutschen Katholiken, Berichte und Dokumente, August 2000, S. 11)

Die ausgewählten Kapitel südwestdeutscher Migrationsgeschichte in diesem Heft orientieren sich in erster Linie an den Möglichkeiten, sie in den Geschichts- bzw. Gemeinschaftskundeunterricht einzubinden. Alle Themen sind geeignet, *Fremdverstehen* zu fördern und in der Spiegelbildlichkeit *Ausländer-Einheimischer* Vorurteilsstrukturen bewusst zu machen.

Die Auseinandersetzung mit der Frage, warum Menschen in früheren Zeiten ihre Heimat in Südwestdeutschland verlassen mussten, wie sie im Zielland aufgenommen wurden, wie die Einheimischen im deutschen Südwesten auf Zuwanderer aus fremden Ländern reagierten, wie sich der Prozess der Akkulturation und des interkulturellen Austauschs vollzog, kann den Blick für die Gegenwart schärfen und zu mehr Verständnis im Umgang mit Zuwanderern führen.

Literaturhinweise:

Bade, Klaus J. (Hrsg.): Deutsche im Ausland. Fremde in Deutschland. Verlag C. H. Beck, München 1992

Bade, Klaus J.: Europa in Bewegung. Migration vom späten 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Verlag C. H. Beck, 2. durchges. Auflage, München 2002

Bausinger, Hermann: Lauter Ausländer ... Die südwestdeutsche Kultur als Importerzeugnis. In: Wehling, Hans-Georg (Hrsg.): Baden-Württemberg. Eine politische Landeskunde Teil II. Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs, Band 18, herausgegeben von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Stuttgart 1991, S. 58–75

Herbert, Ulrich: Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge. Verlag C. H. Beck, München 2001

Maier, Ulrich: Fremd bin ich eingezogen ... Zuwanderung und Auswanderung in Baden-Württemberg. [Vorwort von Manfred Rommel] Bleicher Verlag, Stuttgart 2002

Pellens, Karl (Hrsg.): Migration. Lernchancen für den historisch-politischen Unterricht (Didaktische Reihe der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg). Wochenschau-Verlag, Schwalbach 1998



Von Waltraud Plieninger

Angesichts aktueller Debatten um den Zuzug von Ausländern wird allzu leicht vergessen, dass Zuwanderung auch in Deutschland nicht neu ist. Der Blick in die Geschichte bietet die Chance, emotionsfrei Ursachen, Bedingungen und Zeitraum von Zuzug und Integration zu untersuchen.

Der kleine Ort Nordhausen, heute Teil der Gemeinde Nordheim im Landkreis Heilbronn, bietet sich dafür als ein geeignetes Beispiel an, denn er wurde im Jahre 1700 von Waldensern gegründet, die sich in Sprache, Religion und vormaliger Staatsangehörigkeit erheblich von ihrer neuen Umgebung unterschieden. In etwa 150 Jahren passten sie sich so weit an ihre Umgebung an und vermischten sich mit der einheimischen Bevölkerung, dass heute nur noch wenig an die Besonderheit des Ortes erinnert.

Im September 2000 präsentierte sich Nordhausen stolz als »Waldensergemeinde« (M 1).

Zu den Feierlichkeiten aus Anlass des dreihundertsten Jahrestags der Ortsgründung war Nordhausen festlich geschmückt, die Hauptstraße für den Verkehr gesperrt; zur offiziellen Feier der Gemeinde reisten Landrat, Landtagsabgeordnete, Dekan und Prälat sowie Vertreter befreundeter Waldensergemeinden aus Italien und der Schweiz an; ein Festzug, eine im Radio übertragene Podiumsdiskussion und ein eigenes Theaterstück markierten das Dorffest.

Was macht heute, 300 Jahre nach ihrer Gründung und über 800 Jahre nach Petrus Valdes, dem Stifter der Religionsgemeinschaft, noch eine Waldensergemeinde aus? Auf welche Weise und wie schnell vollzog sich die fast vollständige Integration? Welche Rolle spielt es für heutige Nordhausener zu wissen, dass ihre Vorfahren Waldenser waren?

Diesen Fragen soll im Folgenden nachgegangen werden. Dabei bietet dieses lokal eng begrenzte Beispiel die Möglichkeit, ein abgeschlossenes Kapitel Migration im Rückblick zu betrachten. Die Ansiedlung von Waldensern in Nordhausen ist typisch für die Peuplierungspolitik deutscher Fürsten nach dem Dreißigjährigen Krieg.

Herkunft der Waldenser

Die Laienbewegung der Waldenser geht auf Petrus Valdes zurück, der als reicher Tuchhändler in der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts in Lyon lebte. Um 1170 begann er zu predigen und Anhänger um sich zu sammeln. Auch ließ er sich Teile der Bibel in die Volkssprache übersetzen, weil er kein Latein konnte. Die Bewegung war geprägt von der Rückbesinnung auf das Evangelium, insbesondere die Bergpredigt, von Volkssprachlichkeit, Laienpredigt der wandernden »Barben« und demokratischer Selbstorganisation.

Sie breitete sich erstaunlich schnell von Spanien bis zum Baltikum aus und forderte damit fast sofort die Gegenwehr der Römischen Kirche heraus. Schon 1184 verdamnte das Konzil von Verona die Waldenser, was das Laterankonzil 1215 ausdrücklich bestätigte. Seither galten die Waldenser als Ketzer, die blutig verfolgt, verbrannt und in weiten Landstrichen ausgerottet wurden. Nur in den abgelegenen Tälern der Cottischen Alpen, im heutigen Grenzgebiet zwischen Italien und Frankreich, konnten sie sich bis zum Ende des 17. Jahrhunderts und zum Teil bis heute halten (M 2).

Gegen Ende des 17. Jahrhunderts nahmen jedoch auch hier die Verfolgungen wieder zu. Sie äußerten sich in Zwangskatholisierung, Überfällen, Brandschatzung und Vertreibung. Als Ludwig XIV. von Frankreich 1685 die von seinem Vorgänger Heinrich IV. 1598 im Edikt von Nantes gewährte Glaubensfreiheit wieder aufhob, gingen die Machthaber noch grausamer und unerbittlicher gegen die »calvinistische Pest« vor.

Einen gewissen Rückhalt fanden verfolgte Waldenser immer wieder bei den Calvinisten der Schweiz um Genf, denen sie sich 1532 auf der Synode von Chanforan angeschlossen hatten. Ihre Beziehungen zu Glaubensbrüdern in den Niederlanden, England und der Schweiz hinderten vor allem Frankreich an allzu hartem Vorgehen, weil es außenpolitische Schwierigkeiten mit diesen Ländern befürchten musste. Savoyen, zu dessen Staatsgebiet ein großer Teil der Waldensertäler gehörte, war dagegen weniger zimperlich.

Mit den Verfolgungen begann die Auswanderung in die Schweiz. Von dort wurden erste Kontakte nach Deutschland – Brandenburg, Hessen und Württemberg – geknüpft, um die dauerhafte Ansiedlung dort zu sondieren. Kirchliche Kreise in Stuttgart und Tübingen waren zunächst nicht sonderlich erbaut, weil sie in den Waldensern wohl zu Recht »heimliche Calvinisten« vermuteten. Nach jahrelanger Irrfahrt kehrten 1689/90 zahlreiche Flüchtlinge unter der militärischen Führung ihres streitbaren Pfarrers *Henri Arnaud* von Genf aus »glorreich« in ihre heimischen Bergtäler zurück, nur um knapp zehn Jahre später der Heimat endgültig den Rücken zu kehren.

Ansiedlung im Herzogtum Württemberg

Die Waldenser aus dem Piemont, die Nordhausen gründeten, kamen nicht auf direktem Weg zu uns. Alle übrigen Waldensergemeinden in Württemberg waren bereits 1699 gegründet worden (M 3), nur Nordhausen erst im Jahre 1700. Denn diese Menschen waren zunächst ins hessische Waldensberg gezogen, wo jedoch die Ressourcen, insbesondere das Wasser, nicht für so viele Menschen ausreichten. Deshalb richtete ein Teil dieser Glaubensflüchtlinge mit der unermüdlichen Hilfe des niederländischen Gesandten *Valkenier* erneut ein Gesuch um

Aufnahme an Herzog Eberhard Ludwig von Württemberg (M 4). Diesem wurde endlich stattgegeben, und so siedelten sich 202 namentlich bekannte Personen im Oberamtsbezirk Brackenheim an. Die Gemeinden Hausen und Nordheim wurden verpflichtet, Land abzutreten, Nordheim 384, Hausen 220 Morgen. Für diese Fläche wurde den Neusiedlern bis 1712 Steuerfreiheit gewährt. Ab 1714 sind die Steuern der Waldenser belegt.

Da die Neusiedler nicht, wie etwa in Pinache, Serres oder Perouse (M 3), aus *einem* Dorf stammten, sondern zu etwa zwei Dritteln aus Mentoulles und zu etwa einem Drittel aus Usseaux (M 2), konnten sie sich lange nicht auf einen gemeinsamen Namen für den neuen Ort einigen, so dass der Herzog kurzerhand verfügte, dass der Name aus den beiden Land abtretenden Gemeinden zu bilden sei. So entstand der Name Nordhausen.

Die Zuwanderer trafen hier auf ein zerstörtes und entvölkertes Land: Der Dreißigjährige Krieg hatte mit Einquartierungen, Requirierungen, Zerstörungen, Seuchen und Hungersnöten seinen Tribut gefordert (vgl. dazu auch Kapitel II, M 1). Die Bevölkerung Nordheims war bis 1648 auf weniger als ein Viertel gegenüber 1600 zurückgegangen. Äcker und Weinberge waren zerstört und lagen wüst und unbebaut (M 5).

Kaum hatte sich die Bevölkerung einigermaßen davon erholt, wurde die Gegend Schauplatz des Pfälzischen Erbfolgekriegs (1688–1697), so dass am Ende des Jahrhunderts die Situation noch verheerender war als zuvor. Der Herzog von Württemberg hatte also gute Gründe, es Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg-Preußen, dem »Großen Kurfürsten«, gleichzutun, der sein Land gezielt mit Hugenotten »peuplierte«. Schließlich bedeutete eine zahlreiche Bevölkerung für die Fürsten damals auch höhere Steuereinnahmen. Während die Hugenotten jedoch überwiegend Handwerker aus dem städtischen Bürgertum waren, handelte es sich bei den Waldensern um reine Ackerbürger.

Die Tradition überliefert, Henri Arnoud habe 1701 in Schönenberg bei Mühlacker die ersten Kartoffeln im deutschen Südwesten gepflanzt. Auch die Luzerne (eine Futterpflanze) brachten die Waldenser mit.

Nach Karl Weller: Württembergische Geschichte. 5. Aufl. Stuttgart 1963, S. 170

Im »Articul« des Herzogs von Württemberg vom 4. September 1699 sind jeweils in deutscher und französischer Sprache die Bedingungen für die Umsiedlung festgehalten (Kiefner 1990, Teil 2, S. 748–782). Der Erlass zählt die Rechte und Pflichten der Neusiedler – insgesamt etwa 3000 Waldenser – auf. Neben freier Religionsausübung, wirtschaftlichen und administrativen Rechten sollten sie den alteingesessenen Einwohnern von dem Moment an rechtlich gleichgestellt werden, »wann sie uns die geziemende Huldigung und den Eyd der Treu geleistet haben werden« (Kiefner 1990, S. 751). Im Gegenzug sollten sie aber auch »Unseren Befehlen gehorsamlich zugeleben und sich Unseren Gesätzen und Lands-Ordnungen gebührend ... unterwerffen« (Kiefner 1990, S. 751).

Integration

Die Besonderheit der Waldenser, die sie von der deutschen Umgebung abgrenzte und über die sie sich definierten, war erstens der reformierte Glaube, verbunden mit dem Recht der Gemeinde, den Pfarrer selbst zu bestimmen, zweitens der Gebrauch der französischen Sprache in Kirche und Schule sowie des okzitanischen Patois (Dialekts) im Alltag.

Auf dieser Grundlage lässt sich der Zeitpunkt der formalen Integration exakt datieren: Am 19. September 1823 verfügte der württembergische König Wilhelm I. die Vereinigung der lutherischen und reformierten Kirchen des Landes und verbot gleichzeitig – mit einigen Ausnahme- und Übergangsregelungen – den Gebrauch der französischen Sprache in Gottesdienst und Unterricht (M 6). Dagegen scheint es vor allem in Nordhausen erheblichen Widerstand gegeben zu haben, der sich im Fernbleiben von Gottesdienst und Konfirmation sowie im Abhalten französischer Gottesdienste oder Betstunden in Privathäusern äußerte.

1824 fand die erste Konfirmation auf Deutsch statt, am 10. Dezember 1825 wurde es ausdrücklich verboten, den Gottesdienst auf Französisch abzuhalten.

Die tatsächliche Integration wird sich aber noch einige Jahrzehnte hingezogen haben, wie anhaltende Auseinandersetzungen um Schulbücher und Pfarrer bezeugen. Sicher haben sich besonders die älteren Menschen dagegen gewehrt, ihre Muttersprache aufzugeben. Den Kummer darüber bezeugt eindringlich ein Gedicht aus den 30er-Jahren des 20. Jahrhunderts. Verfasst wurde es von Frau Anna Gille aus Serres (M 7).

Traditionspflege

Gegenläufig zur fortschreitenden Integration setzte Ende des 19. Jahrhunderts die Traditionspflege und neues Interesse an der Vergangenheit ein. Die Anstöße dazu kamen von landeskirchlichen Pfarrern, die den Glauben ihrer Gemeinden mit der Erinnerung an den Eifer und die Opferbereitschaft der Vorfahren wiederbeleben wollten. Höhepunkt dieser Traditionspflege waren die 200-Jahr-Feiern 1899/1900. Ortschroniken und die erste Biografie Henri Arnauds wurden geschrieben, Denkmäler und Brunnen eingeweiht. Sogar der württembergische König Wilhelm II. besuchte 1899 einige Waldenserorte im Enzkreis. Für Nordhausen sind keine herausragenden Aktivitäten bezeugt; wahrscheinlich war es dafür zu arm und zu isoliert gelegen.

In Württemberg pflegte man seit dieser Zeit auch gute Beziehungen zu den Waldensern in Piemont. Auf Anregung von Paolo Calvino aus Torre Pellice wurde 1872 in Stuttgart der Verein für die Ausbreitung des Evangeliums in Italien gegründet. Delegationen der Gemeinden nahmen an den 200-Jahr-Feiern des jeweils anderen Landes teil. 1889 wurde in Italien der »Glorreichen Rückkehr« von 1689 gedacht, zehn Jahre später in Deutschland die Gründung der meisten Gemeinden gefeiert.

Nach der Abkühlung dieser Beziehungen im Ersten Weltkrieg ging die Initiative zu neuen Kontakten 1923 von Italien aus. Die dortige Waldenserkirche schickte Geld für die Renovierung der Kirche in Perouse. 1934 fand die erste deutsche »Pilgerfahrt« in die Waldensertäler statt, zwei Jahre später wurde die »Deutsche Waldenservereinigung« gegründet. Sie betrieb erfolgreich die Einrichtung des Henri-Arnaud-Hauses als Museum in Schönenberg. Es wurde am 23. Juli 1939 in Anwesenheit von 120 Waldensern aus Italien eingeweiht. Pfarrer Ludwig Zeller (1889–1981) bemühte sich gleich nach dem Zweiten Weltkrieg um eine Wiederbelebung der Deutschen Waldenservereinigung und um Versöhnung mit den italienischen Waldensern. 1948 wurde er zur Synode nach Torre Pellice eingeladen, 1949 fand die erste Mitgliederversammlung der Waldenservereinigung statt, die seither alljährlich abgehalten wird und seit 1971 »Waldensertag« heißt.

Was bleibt?

Neben der erhaltenen Erscheinungsform des Ortszentrums als Straßendorf, französischen Flurnamen und den in der stark angewachsenen Bevölkerung noch immer vorhandenen waldensischen Familiennamen wie *Baral*, *Conte*, *Perrot*, *Salen* ist es vor allem die Evangelische Kirchengemeinde, die das Erbe pflegt. Sie besitzt die französische, in Holland gedruckte Bibel von 1769, ist Mitglied in der Deutschen Waldenservereinigung und pflegt Kontakte zu Waldensergemeinden in Italien und der Schweiz. Die Gemeinde, der Posaunenchor und verschiedene Vereine organisierten seit den 70er-Jahren immer wieder Reisen in die Waldensertäler. In dem sehr hoch gelegenen Dörfchen Usseaux (M 2) gibt es seither eine *Piazza degli amici di Nordheim-Nordhausen*. So wuchsen

internationale Freundschaften; eine Heirat schuf sogar Kontakte zur *Colonia Valdese* in Uruguay (M 8). Als im November 2000 Unwetter und Bergrutsche in den Alpen auch die Waldensertäler (M 2) heimsuchten, sammelte die Nordhäuser Kirchengemeinde Spenden für sie. Das Jubiläum im Jahre 2000 hat neue Impulse der Traditionspflege gegeben: An beiden Ortseingängen wurden Hinweisschilder auf den »Waldenserort«, neben der Kirche eine Tafel (M 1) angebracht.

Ein Verein *Waldenserort Nordhausen* wurde gegründet. Er organisierte das Dorffest im September 2000 und sammelt Geld für ein Denkmal. Doch angesichts des nur geringen Interesses, oft gerade bei den Nachfahren der Waldenser, ist es fraglich, ob die Begeisterung für diesen Verein noch lange anhält.

Literaturhinweise:

Gemeinde Nordheim (Hrsg.): Heimatbuch Nordheim und Nordhausen. Nordheim 1999 (siehe besonders »Die Geschichte Nordhausens von den Anfängen bis heute. Die reformierte Waldenserkolonie Nordhausen 1700–1823« von Theo Kiefner, S. 259–304)

Kiefner, Theo: Die Privilegien der nach Deutschland gekommenen Waldenser. Kohlhammer Verlag, Stuttgart 1990

Maier, Ulrich: Die Gründung der Waldenserkolonie Nordhausen bei Heilbronn. In: Landesarchivdirektion Baden-Württemberg (Hrsg.), Archivnachrichten Nr. 4, Mai 1992, Quellenbeilage

Maier, Ulrich: »Von Piemont nach Württemberg. Die Odyssee der Waldenser«. In: Logos 1/1991–92

Stadtverwaltung Brackenheim (Hrsg.): Heimatbuch der Stadt Brackenheim und ihrer Stadtteile. Brackenheim 1980

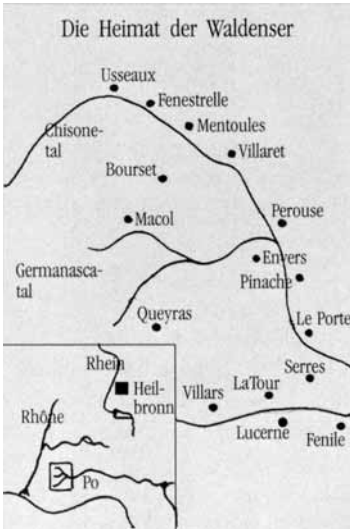
Materialien

- M 1** Tafel neben der Kirche von Nordhausen mit Wapen und Wahlspruch der Waldenser



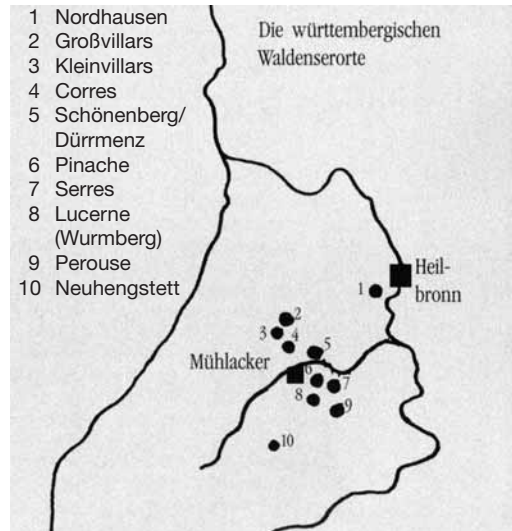
Foto: W. Plieninger

M 2 Karte der Waldensertäler im Piemont



Aus: Ulrich Maier, 1991/92, S. 14

M 3 Karte der Waldenserorte in Württemberg



Aus: Ulrich Maier, 1991/92, S. 15

M 4 Aufnahmege such der Waldenser (Übersetzung aus dem Französischen)

An seine Durchlauchtigste Hoheit, den Herrn Herzog von Württemberg.
 Etienne Sallen und David Conte, Deputierte von ungefähr vierzig Waldenserkfamilien, teilen mit tiefstem Respekt Eurer Durchlauchtigsten Hoheit mit, dass sie gezwungen sind, das Land Seiner Exzellenz, des Grafen von Isenburg und Büdingen zu verlassen, weil dort eine zu große Anzahl von Familien angesiedelt wurde im Verhältnis (zur Größe) des Landes, das man ihnen gegeben hat, so dass nach Absprache unter ihnen ein Teil dort bleibt und der andere – das sind die beauftragten Petenten – mit Zustimmung des Herrn Grafen und mit Genehmigung des Herrn Valkenier, Gesandter der Generalstaaten, einen Ort suchen, wo sie sich niederlassen können, und sie wünschten mit Leidenschaft, sich unter den Schutz Eurer Durchlauchtigsten Hoheit begeben zu dürfen.
 Aus diesen Gründen, Gnädiger Herr, wenden sich die beauftragten Bittsteller an die Milde Eurer Durchlauchtigsten Hoheit, damit es Ihnen gefallen möge, ihnen Ihren mächtigen Schutz und einen Ort zur Ansiedlung mit dem notwendigen Land zu gewähren und unter anderem, wenn dies Ihr Wohlgefallen findet, im Amt Brackenheim in den Gemeinden Nordheim und Hausen, wo sie glauben,

dass es Stätten geben wird, die zu Äckern und Wiesen urbar gemacht werden können, genügend für die genannten Familien, die Sie untertänigst bitten, die Barmherzigkeit zu haben, sie ihnen zu geben zu allgemein denselben Privilegien und Befreiungen, sowohl für den geistlichen als auch für den weltlichen Bereich, die Sie schon den anderen Kolonien gewährt haben, die in Ihren Staaten aufgenommen worden sind. Dies erhoffen sie, weil diese Gnade ja schon vor einigen Wochen anderen Waldenserkfamilien gewährt worden ist, die seitdem in Wiernsheim im Amt Maulbronn aufgenommen worden sind. Die Bittsteller werden bemüht sein, Ihnen im übrigen nicht zur Last zu fallen, und sie werden unaufhörlich zu Gott beten für die Gesundheit Eurer Durchlauchtigsten Hoheit und Ihres ganzen durchlauchtigsten Hauses und für das Glück Ihrer Waffen und Ihrer blühenden Staaten. 28. Mai 1700.

David Conte, Deputierter; Etienne Sallen, Deputierter.

Zit. nach: Maier 1992, S. 6 (Dort auch das Bittschreiben in Faksimile nach der Originalvorlage im Hauptstaatsarchiv Stuttgart A 240, Bü 32 sowie die Transkriptionen des Schreibens in zwei Fassungen – vgl. Maier, 1992, S. 4–5 und S. 7)

M 5 Entwicklung der Bevölkerung in Nordheim

Im 17. und frühen 18. Jahrhundert	
Jahr	Zahl
1634	ca. 680
1648	109
1654	238
1661	331
1676	348
1684	394
1692	405
1694	ca. 96
1697	450
1708	500

Vergleichszahlen für den 31. 12. 1999

Nordheim	5640 Einwohner
Nordhausen	1559 Einwohner

Wüst gefallene Flächen 1697

	Nordheim	Hausen
Äcker	890 Morgen	750 Morgen
Weinberge	458 Morgen	304 Morgen
Gesamtfläche		
1705 etwa:	5376 Morgen	2640 Morgen

(Ein württembergischer Morgen umfasste 31,5 Ar)

Nach: Heimatbuch Nordheim und Nordhausen. Hrsg.: Gemeinde Nordheim, 1999, S. 92–97 und S. 273

M 6 Königlicher Erlass von 1823

Im Namen des Königs.

Seine Kön. Majestät haben vermöge höchster Entschlie-
ßung vom 7. d. M. in Betreff der Vereinigung der reformir-
ten Kirchengemeinden des Landes mit den Lutherischen
Folgendes verfügt:

- 1) Der Gebrauch der französischen Sprache in den Kir-
chen und Schulen der Reformirten soll, jedoch unter
der Beschränkung, verboten werden, daß
 - a) der französische Gesang ausnahmsweise noch
einige Zeit bei dem Vormittags-Gottesdienste
geduldet, und
 - b) die Einführung des deutschen Gottesdienstes in
den Kirchen zu Großvillars und Neuhengstett noch
so lange aufgeschoben werde, bis der Pfarrer – in
Großvillars in seinem Sohne, und der Pfarrer in
Neuhengstett etwa in Gemeinschaft mit einer
benachbarten lutherischen Pfarrei einen Vikar
erhalten wird.
 - 2) Zur Erleichterung der Anschaffung deutscher Schul-
und Gesangbücher in den reformirten Gemeinden sind
auf 6 Jahre von 1821 bis 1827 jährlich 25 fl. und
außerordentlicher Weise für das Jahr 1823–1824 75 fl.
ausgesetzt.
- [...]
- 8) Die neuerlich bei der Synode in einer schriftlichen Ein-
gabe erklärte Weigerung der Gemeinde Nordhausen,
auf ihr Pfarr-Besetzungs-Recht Verzicht zu leisten,
wird nicht berücksichtigt, da diese Gemeinde sich im
Jahr 1818 zur Leistung des Verzichts geneigt erklärt
hat, und diese Erklärung in Folge Kön. Entschlie-
ßung vom 9. Nov. 1821 ausdrücklich angenommen worden
ist. Die Gemeinde ist daher auf ihre frühere Erklärung
zu verweisen.

[...]

Stuttgart 19. 9. 1823

Wächter

Aus: Kiefner 1990, S. 785–786

M 7 Gedicht auf das Aussterben der Sprache der Waldenser von Anna Gilles

*Suspier par mot de ana perdre la lango e lu deit dei Vau-
doa a Serres, Württemberg*

Lango, tam bello, de notri paire,
d li Vaudoa, d li velli, tū se tant a gaire.
Au per an ur au mang ke langadsche
Patoa d ka donna sū la vio, l a dalmadschel
Te teri, te garda a mes d li Armand
Un s a dura d poera d an passa dū sant.

S ki Armant d anviring s n amukaven beng,
d eikeng e d lur radscho un s fasio dschamereng.
E kusi un vrio mok t tant meiprisa,
d eikeng ko ur a pa gaire s ansussia.
A köer a tütüti tū era kreissü.
L e so k nu fai mar ko te ve perdü.
Le dschuvant angmanse se mai d budscha
Per te teri a pa mai te laissa kutscha.

Deutsche Übersetzung:

*Seufzer in Worten über das Verlieren von Sprache und
Sitte der Waldenser in Serres, Württemberg*

Sprache, so schön, unsrer Väter, der Waldenser, der
alten, du bist am Ende.

Jahr um Jahr hört man weniger diese Patvissprache
[= Dialekt] der Weiber auf der Gasse, das ist schade!
Dich zu halten, zu wahren inmitten der Deutschen hat
man sich Mühe gegeben der vergangenen Jahre zwei-
hundert.

Wenn auch die Deutschen in der Umgegend darüber
spotteten, daraus und aus ihrer Wut machte man sich nie
etwas.

Und wie man dich bloß so ganz verachten wollte, auch
darum hat man sich nicht gekümmert.

Allen ans Herz warst du gewachsen.

Und so tut es uns weh, dich verloren zu sehen.

Die Jugend rührt sich nicht mehr, dich zu erhalten und nie
einschlafen zu lassen.

Aus: Maier 1991/92, S. 15

M 8 Waldenser heute? – ein Interview

Versteht ihr euch als Waldenser?

Felix: Jein. Ich bin zu etwa einem Viertel ein Nachkomme
der Waldenser, aber ich bin nicht so ein echter Waldenser
wie die in Italien oder in Uruguay, wo meine Frau her-
kommt. Eher würde ich mich als »Waldensersympathi-
sant« bezeichnen.

Thomas: Bei mir ist es ähnlich. Der Kontakt begann über
meine Großmutter, die jedes Jahr zum Deutschen Wal-
densertag gefahren ist, durch Jugendfreizeiten im Henri-
Arnaud-Haus in Schönenberg und durch Reisen in die
Waldensertäler in Italien.

*Welche Rolle hat das waldensische Erbe in eurem Leben
bisher gespielt?*

Felix: Eine ganz entscheidende. Ohne Interesse für die
Waldenser hätte ich wohl nie Italienisch gelernt. Über
einen italienischen Freund habe ich meine Frau kennen
gelernt, die aus einer Waldensergemeinde in Uruguay
stammt. Italienisch war zuerst die einzige Sprache, in der
wir uns verständigen konnten.

Thomas: Ich habe meinen Zivildienst in einem Altersheim
in den Waldensertälern abgeleistet und dadurch die Wal-
densergemeinden in Italien gut kennen gelernt. Meine
Frau hat dort ein freiwilliges soziales Jahr absolviert. Des-
halb haben wir dort auch viele Freunde. Mich fasziniert
auch die Weltoffenheit der Waldenserkirche. Die Organi-
sationsstruktur dort mit ihren Kirchenversammlungen ist
viel demokratischer als die Kirche hier und es werden bri-
sante, aktuelle Fragen diskutiert.

*Glaubt Ihr, dass die Menschen in Nordhausen durch ihre
waldensische Vergangenheit Fremden verständnisvoller
begegnen?*

Thomas: Ich denke, das Bewusstsein, dass die Vorfahren
hier selbst einmal Fremde waren, ist schon vorhanden.
Als 1992/93 die Gemeinde Nordheim in Nordhausen
überproportional viele Häuschen für Bosnien-Flüchtlinge
aufstellen ließ, bildete sich hier eine Gruppe, die diesen
Flüchtlingen im Alltag und bei der Integration helfen
wollte.

Felix: In den frühen 90er-Jahren wurde ein Wahlplakat
der Republikaner in Nordhausen anonym mit dem Spruch
»Waldenser sind auch Asylanten« überpinselt.

Interview der Verfasserin mit Felix Hertner und Thomas Perrot,
Nordhausen, beide Mitte 30, im Jahr 2001

II. Schwabenzüge -

die Auswanderung nach Russland, Polen und die Donauländer

Von Ulrich Maier

Ost- und Südosteuropa spielte als Ziel deutscher Auswanderer im 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts eine größere Rolle als Nordamerika. Im 18. Jahrhundert standen ca. 100 000 Amerikafahrern 400 000–500 000 Auswanderer nach Südosteuropa gegenüber (vgl. O'Reilly, 1999, S. 109). Allein aufgrund der Manifeste der Zarin Katharina II. vom 4. 12. 1762 und 22. 7. 1763 machten sich rund 30 000 Deutsche auf den Weg nach Russland und in das nach der Aufteilung Polens entstandene »Russisch-Polen«. 40 Jahre später folgten mindestens 100 000 Auswanderer in die Schwarzmeergebiete (vgl. Löwe, 1999, S. 427). Viele von ihnen kamen aus Süd- und Südwestdeutschland. Die Russlandfahrer wurden auf Kosten der russischen Regierung per Schiff nach St. Petersburg gebracht, wo sie den Untertaneneid ablegten. Dann ging die Reise weiter nach Saratow an der unteren Wolga, wo ihnen ihre neuen Siedlungsgebiete zugewiesen wurden.

Preußische Agenten warben gegen Ende des 18. Jahrhunderts für die Auswanderung nach »Preußisch-Polen«. Auf den neu errichteten staatlichen Domänen wurden zwar auch Polen, aber vor allem vielen württembergischen Auswanderern Kolonistenstellen übertragen. Als Vorteile galten der kurze Reiseweg, die Popularität Friedrichs des Großen und die Tatsache, dass hier bereits seit dem späten Mittelalter Deutsche als Kolonisten siedelten und die deutsche Sprache, vor allem in den Städten, weit verbreitet war. Auch schied das Risiko feindlicher Überfälle im Gegensatz zu **Südrussland oder Südungarn** aus. Gleichzeitig setzte die Auswanderung donauabwärts in die ehemals osmanischen Gebiete der Habsburgermonarchie ein. Die Siedler kamen vor allem aus den vorderösterreichischen Gebieten am Oberrhein und aus Oberschwaben – ihnen war eine Auswanderung nach Russland oder Preußen strikt verboten – aber auch aus Württemberg, besonders aus den Ämtern Balingen, Biberach, Brackenheim, Herrenberg, Geislingen, Neckarsulm, Rottweil, Spaichingen, Sulz, Tübingen, Tuttlingen, Vaihingen und Weinsberg (Fata, 1999, S. 398). Abgeschlossen wurde die organisierte Einwanderung in diesen Raum mit dem Ansiedlungsprojekt des siebenbürgischen Pfarrers Stephan Ludwig Roth, der auf kirchlichem Besitz in **Siebenbürgen** 1848 ca. 2000 Württemberger ansiedelte, vorwiegend aus dem württembergischen Unterland, dem Schwäbischen Wald und von der Schwäbischen Alb. Die Massenauswanderungen nach Ost- und Südosteuropa zwischen der Mitte des 18. und der Mitte des 19. Jahrhunderts wurden »Schwabenzüge« genannt.

Motive der Auswanderer

Bereits kurz nach Beginn der Auswanderungswelle machten sich die Behörden Gedanken über die Motive der

Auswanderer. Der badische Staatswissenschaftler Justi nannte 1760 »Drey Hauptursachen [...]«. Die erste und hauptsächliche ist wohl ohne Zweifel eine üble Beschaffenheit der Regierung [...]. Die zweite Hauptursache besteht in dem Mangel der Gewissensfreiheit [...]. Die dritte Ursache der Auswanderung ist endlich der Mangel an Nahrung im Lande.« (zit. n.: Fertig, 1999, S. 84) Damit sind bereits wesentliche Gründe genannt, ein wichtiger Aspekt wäre aber zu ergänzen: die Belastung durch die fortwährenden Kriege Frankreichs gegen das Reich, wobei Südwestdeutschland Aufmarsch- und Kriegsgebiet war. Außerdem hatten die Gemeinden durch Sonderabgaben stark zu leiden (vgl. Tuchtenhagen, 1999, S. 152); (**M 1**, **M 2**, vgl. auch III.1: Auswanderung nach Nordamerika im 18. und 19. Jahrhundert: **M 1** und **M 2**). Auch religiöse Motive wären zu nennen, die etwa bei den schwäbischen Separatisten eine große Rolle spielten. Was versprachen sich die Auswanderer von den Aufnahmeländern? In erster Linie relativ ausgeprägte Autonomie, Möglichkeiten des sozialen Aufstiegs, Steuerfreiheit, Befreiung vom Militärdienst und günstigen Landerwerb. Aufgrund des Kaufkraftgefälles konnte man für den beim Verkauf des Besitzes in der Heimat erzielten Preis häufig ein wesentlich größeres Gut erwerben. Auch die Versprechungen der Werber und Auswandererbriefe spielen hier eine große Rolle (**M 3**, **M 4**).

Wege der Auswanderer

Die Auswanderer nach Russland zogen größtenteils über Land nach Lübeck, wo sie sich in einem Lager sammelten. Über die Ostsee führte der Weg nach St. Petersburg und dann über Land an die Wolga. Werber in russischen Diensten waren in den Hauptauswanderengebieten unterwegs und erhielten für jeden gewonnenen Auswanderer eine Kopfprämie. Teilweise versuchten sie auch den Auswandererstrom umzulenken. So wird von Werbern in Ulm berichtet, die den Auswanderungswilligen vor den Toren der Reichsstadt die Pässe abnahmen, in denen als Ziel Ungarn eingetragen war. Ein Werbeunternehmer aus Reutlingen lotste zum Beispiel diese Leute in sein Quartier in der »Goldenen Sonne«, zahlte ihnen ein Handgeld, lockte mit viel günstigeren Bedingungen und überredete sie zur Auswanderung nach Russland. Dann änderte er die Pässe und stellte Gruppen für die Reise nach Lübeck zusammen (Schippa, 1999, S. 48). Am kürzesten war der Landweg in die neuen preußischen Gebiete Polens, nach Süd- und Westpreußen. In der Gegend von Lodz entstanden Schwabenkolonien, die bis 1945 bestanden. Ulm war hauptsächlicher Sammlungsort für die Auswanderer nach Ungarn, Siebenbürgen oder das Schwarzmeergebiet. Auf großen Flusskähnen, den »Ulmer Schachteln« (**M 5**), führen die Auswanderer zunächst

nach Wien, von dort weiter nach Budapest. Dort begann der Weg über Land in die Siedlungsgebiete Ungarns und Siebenbürgens (M 6, M 7). Auswanderer in die Gebiete am Schwarzen Meer fuhren weiter donauabwärts und schließlich über das Meer nach Odessa, auf die Krim oder noch weiter nach Osten in die Kaukasusregion.

Gescheiterte Aus- und Rückwanderung

Auswanderung konnte auch scheitern. Vor allem dann, wenn die Auswanderer mittellos waren. Denn nur in der allerersten Phase gewährten die Aufnahmeländer großzügige Kredite und Landzuweisungen. So wurde mancher Auswanderer überrascht, wenn er bei der Einreise ein Mindestvermögen vorweisen musste. Andere fielen auf Werber herein, die eine inoffizielle »wilde« Einwanderung, ohne Rücksprache mit den Behörden des Aufnahmelandes, durchführten, sich aber von den Auswanderern gut bezahlen ließen (M 9).

In der Heimat erwartete die Rückwanderer häufig Hohn und wenig Bereitschaft, die aus dem Untertanenverband entlassenen Staatenlosen wieder aufzunehmen. Häufig fristeten sie ihr Leben als Tagelöhner und Bettler. Insgesamt blieben die Rückwandererzahlen aber eher niedrig.

Ansiedlung und Integration in den Zielländern

Die Ansiedlung erfolgte meist geschlossen nach Konfession. In den Ländern der Habsburgermonarchie wurden vorwiegend katholische Auswanderer vor allem im westlichen und südlichen Ungarn, Protestanten in Siebenbürgen angesiedelt. Allerdings gab es auch protestantische Ansiedlungen auf den privaten Gütern des calvinistischen Adels in Ungarn. Auch in Russland garantierte man zwar von Anfang an den anzuwerbenden Neusiedlern Religionsfreiheit, achtete aber ebenfalls auf konfessionell homogene Dörfer.

Sowohl in Südrussland als auch in Ungarn mussten die Kolonisten mit feindlichen Überfällen rechnen. So sank an der Wolga in den ersten 10 Jahren die Zahl der Neusiedler um über 7000 Personen. Kirgisische und baschkirische Nomaden überfielen die Dörfer und verkauften die Bewohner nach Bucharra in die Sklaverei. 1777 und 1784 konnte die russische Regierung zwar einen Teil von ihnen wieder freikaufen, aber die Bedrohung auch durch Flusspiraten und Räuberbanden sowie durch Kosaken und Tataren blieb.

Serbische Räuberbanden bedrohten die Schwabendörfer in Ungarn (M 8). Im Gebiet der Militärgrenze wurden Kolonistendörfer außerdem mehrfach von Türken verwüstet.

Die deutschen Siedlungsgebiete blieben im Wesentlichen bis zu ihrem Ende im Zweiten Weltkrieg in sich abgeschlossen (M 10). Die eigene Kirchenorganisation spielte dabei ebenso eine Rolle wie die Beziehung zu deutschen Oberschichten in den Städten und in der Verwaltung. Das gilt vor allem in Polen und Ungarn. Allerdings setzte in Ungarn in der Mitte des 19. Jahrhunderts eine starke Magyarisierungsbewegung ein, die auch auf die Bereitschaft eines Teils akkulturationsbereiter Deutschstämmiger stieß. Doch dominierte das in der Regel friedliche Zusammenleben der verschiedenen Ethnien.

Erzwungene Rückkehr

Nach dem Zweiten Weltkrieg mussten viele Nachfahren deutscher Auswanderer ihre Heimat in Ost- und Südosteuropa verlassen. Vertriebene und Flüchtlinge aus Ungarn, Jugoslawien und Rumänien wurden in großer Zahl auch in Südwestdeutschland aufgenommen und bald integriert (Vgl. IV. 2: Vertriebene). Spätaussiedler aus Russland und Rumänien folgten, besonders nach dem Ende der Sowjetunion.

Manche von ihnen sind – teilweise ohne dass es ihnen bewusst ist – in die Heimat ihrer Ahnen zurückgekehrt, beispielsweise die Familie Zimmermann aus Gronau (M 11).

Literaturhinweise:

Mathias Beer, Dittmar Dahlmann (Hrsg.): Migration nach Ost- und Südosteuropa vom 18. bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts.

Thorbecke, Stuttgart 1999, darin die Aufsätze:

- Michael Schippa: Der Beginn der deutschen Russlandauswanderung im 18. Jahrhundert, S. 47 ff.
- Georg Fertig: Auswanderungspolitik am Oberrhein im 18. Jahrhundert, S. 71 ff.
- Karl-Peter Krauss: Ansiedlung als Prozess, S. 291 ff.
- William O'Reilly: Agenten, Werbung und Reisemodalitäten, S. 109 ff.
- Ralph Tuchtenhagen: Religiöser Dissens, Staat und Auswanderung nach Osteuropa im 18. und frühen 19. Jahrhundert, S. 145 ff.
- Marionela Wolf: Württembergische Rückwanderer aus Ost- und Südosteuropa in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, S. 263 ff.
- Márta Fata: Deutsche Immigranten im ländlichen Ungarn, S. 385 ff.
- Balduin Herter: Württembergische Einwanderer in Siebenbürgen um die Mitte des 19. Jahrhunderts, S. 405 ff.
- Heinz-Dietrich Löwe: Deutsche Migration nach Ost- und Südosteuropa im 18. Jahrhundert, S. 427 ff.

Die Donau. Lebensader, Kulturräume, Erkundungen. Darin: Ulmer Schachteln und Donauschwaben. In: DEUTSCHLAND & EUROPA, Heft 41/2000. Hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg.

Die schwäbische Türkei: Lebensformen der Ethnien in Südwestungarn. Hrsg. von Márta Fata. Thorbecke, Sigmaringen 1997

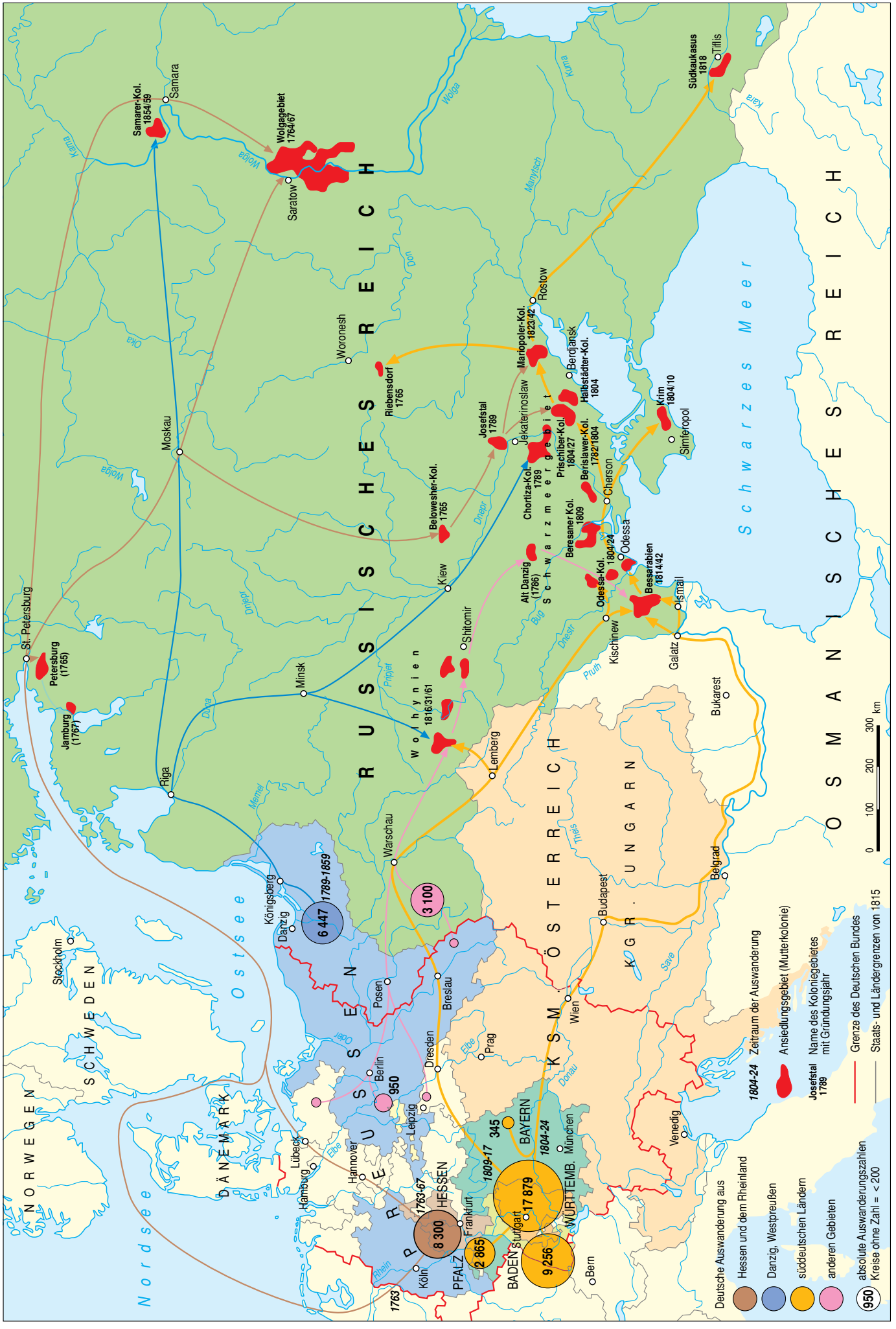
Immo Eberl: Die Donauschwaben, Deutsche Siedlung in Südosteuropa. Ausstellungskatalog, Thorbecke, Sigmaringen, 1987

Hugo Eckert: Die Russlanddeutschen. Von der Auswanderung im 18. und 19. Jahrhundert bis zur Rückkehr in das Land ihrer Vorfäter am Ende des 20. Jahrhunderts, in: Archivnachrichten, Quellenmaterial für den Unterricht, herausgegeben von der Landesarchivdirektion Baden-Württemberg, Nr. 23, November 2001

Max Miller: Die Auswanderung der Württemberger nach Westpreußen und dem Netzegau 1776–1786, Veröffentlichung der württembergischen Archivverwaltung, 1/1935, S. 31 f.

Karl Moersch (Hrsg.): Ein Untertan, das ist ein Tropf. Politische Lieder der Schwaben aus zwei Jahrhunderten. Pfullingen 1985.

Deutsche Auswanderung nach Russland im 18. und 19. Jahrhundert



Materialien

M 1 Ein Jahrhundert Krieg

- 1688 Französische Heere unter Montclar und Melac verwüsten große Teile Badens und Württembergs.
- 1692 Französische Heere unter Lorge verwüsten Städte im Nordschwarzwald. Anschließend werden Reichstruppen im Land einquartiert.
- 1693 Französische Heere zerstören einen Großteil Württembergs und verbrennen Marbach, Beilstein, Großbottwar, Backnang, Winnenden und Vaihingen, insgesamt 40 Ortschaften gehen in Flammen auf.
- 1702 Im spanischen Erbfolgekrieg fallen bayerische Truppen in Württemberg ein und werden zurückgeschlagen.
- 1707 Ein französisches Heer unter General Villars fällt in Württemberg ein und wird zurückgeschlagen.
- 1713 General Villars erobert den Breisgau und Freiburg.
- 1733 Bei Esslingen sammelt sich ein Heer unter der Führung Prinz Eugens für den polnischen Erbfolgekrieg. Ein französisches Heer rückt über den Rhein vor. In Mergentheim, Heilbronn und Esslingen stehen russische Truppen.
- 1741 Während des österreichischen Erbfolgekriegs bis 1748 ist Südwestdeutschland Durchmarschgebiet für Reichstruppen und französische Heere.
- 1756 Im Siebenjährigen Krieg ist Südwestdeutschland bis 1763 Durchmarschgebiet für österreichische Heere. Aushebungen im Zusammenhang mit dem Reichskrieg gegen Preußen. Württemberg stellt für das französische Heer Truppen.
- 1786 In Württemberg ausgehobene Soldaten werden an Holland »verkauft«.
- 1796 Französische Heere unter Jourdan und Moreau dringen in Baden und Württemberg ein.
- 1799 Erneutes Vordringen der Franzosen nach Südwestdeutschland

M 2 Aus einem Beschwerdekatalog der Untertanen des Klosters Schwarzach, 1724

Mit den Fronen werde seit einiger Zeit ein derartiger »Exzess« getrieben, »also dass, wenn damit fortgefahren werden sollte, sie nit in Stand, ihren eigenen Äckern, Hauswesen und Nahrung vorzustehen«. Ohne Bewilligung der Herrschaft dürfe niemand heiraten. »Denen Kranken wurde auch vorgestellt, dem Gotteshaus manchmal mehr zu vermachen, als in ihrem Vermögen sei.« Steuern würden auf die Gemeinden abgewälzt, ohne dass ihr Rechnung gelegt würde. Der Schultheiß sei dem Kloster verpflichtet. Das Kloster beanspruche ein Vorkaufsrecht auf Vieh, Kühe und Kälber.

Zit.n.: Hartmut Zückert: Die sozialen Grundlagen der Barockkultur in Süddeutschland. Fischer, Stuttgart-New York 1988, S. 8

M 3 Ein polnisch Lied an die Württemberger, die nach Preußisch-Polen auswandern (anonym, um 1781)

Jetzund ist es ausgemacht,
Dass der Marsch geht hin nach Polen;
Man hat es herausgebracht,
Dass man kein zurück darf holen;
Tretet eure Reise an
In das polnisch Canaan!

Allhier ist es nimmer gut,
Dort in Polen ist es besser,
Fasset einen guten Mut!
Dort gibt es auch volle Fässer.
Bei dem Bier und Branttewein
Kann man auch vergnüget sein.

Was hilft euch der edle Wein?
Ihr dürft doch sehr wenig trinken!
Wollt ihr hier gleich lustig sein,
Müsst ihr an die Schulden denken.
Diese plagen euch alle Tag,
Dass man nimmer leben mag.

Was soll doch der arme Mann
Hier auf solche Art anfangen,
Weil er sich nicht helfen kann?
Viel tut man von ihm verlangen,
Dass er mit sei'm sauren Schweiß
Fast nichts aufzutreiben weiß.

[...]

Nun so lasset uns fein bald
Reisen in das preußisch Polen,
Weil man dorten in dem Wald
Kann viel Wachs und Honig holen.
Honig in dem Branttewein,
Das mag auch recht köstlich sein.

Honig ist recht zuckersüß,
So kann nichts gefunden werden.
Drum so hebe auf die Füß,
Springe über Stein und Erden
In das polnisch Canaan,
Wo man Honig g'nug trifft an.

Zit. n.: Karl Moersch (Hrsg.): Ein Untertan, das ist ein Tropf. Politische Lieder der Schwaben aus zwei Jahrhunderten. Verlag Günther Neske, Pfullingen 1985, S. 35 ff.;
© Moersch, zu beziehen über DRW-Verlag

M 4 Auswanderung nach »Preußisch Polen«

Friedrich der Große suchte deutsche Siedler für die polnischen Gebiete, die er Preußen einverleibt hatte. Michael Angerhofer aus Althengstett schrieb 1781 aus seiner neuen polnischen Heimat seinen Verwandten im Schwarzwald:

»Was unsere Reise anbelangt, ist alles glücklich von staten gegangen. Der Engel des Herrn ist von Haus aus bei uns gewesen bis an unsern Ort und Stelle, wie bei dem jungen Tobias. Er hat uns alle frisch und gesund hin- und hergeführt auf der Reise. In Magdeburg haben wir den königlichen Pass bekommen, in Potsdam ein Memorial machen lassen, dem König selbst in die Hände gegeben. Da waren wir drei Tage gelegen. Von da aus auf Berlin an die Kammer gewiesen worden. Vier Tage da gelegen und vier Taler Reisegeld bekommen – so bekommt es eine jede Familie. Von da aus nach Bromberg geschickt in die Kammer, wieder drei Tage da gelegen, von da aus wieder nach Marienwerder in die Kammer gewiesen worden, wieder vier Taler Reisegeld bekommen, von da aus wieder zurück, 16 Stund auf Klein-Schützgen zu wohnen, eine Stunde von Kulm. [...]

Der Engel des Herrn gab mir ein Einsehen, wieder über die Weichsel zu gehen und ein Gut zu besehen. [...]

Das Gut ist ein Pfaffengut gewesen oder ein Erbpachtsgut. Es hat alle Freiheiten, keine Soldaten, keinen Frondienst, keine Zehnten, die Jagd auf dem Gut. Was man will kann man pflanzen. Solches Gut hab ich vom Herrn Kriegsrat in Kulm gekauft um 650 Gulden.«

Zit. n.: Max Miller: Die Auswanderung der Württemberger nach Westpreußen und dem Netzegau 1776–1786. Veröffentlichung der württembergischen Archivverwaltung, 1/1935, S. 31 f.

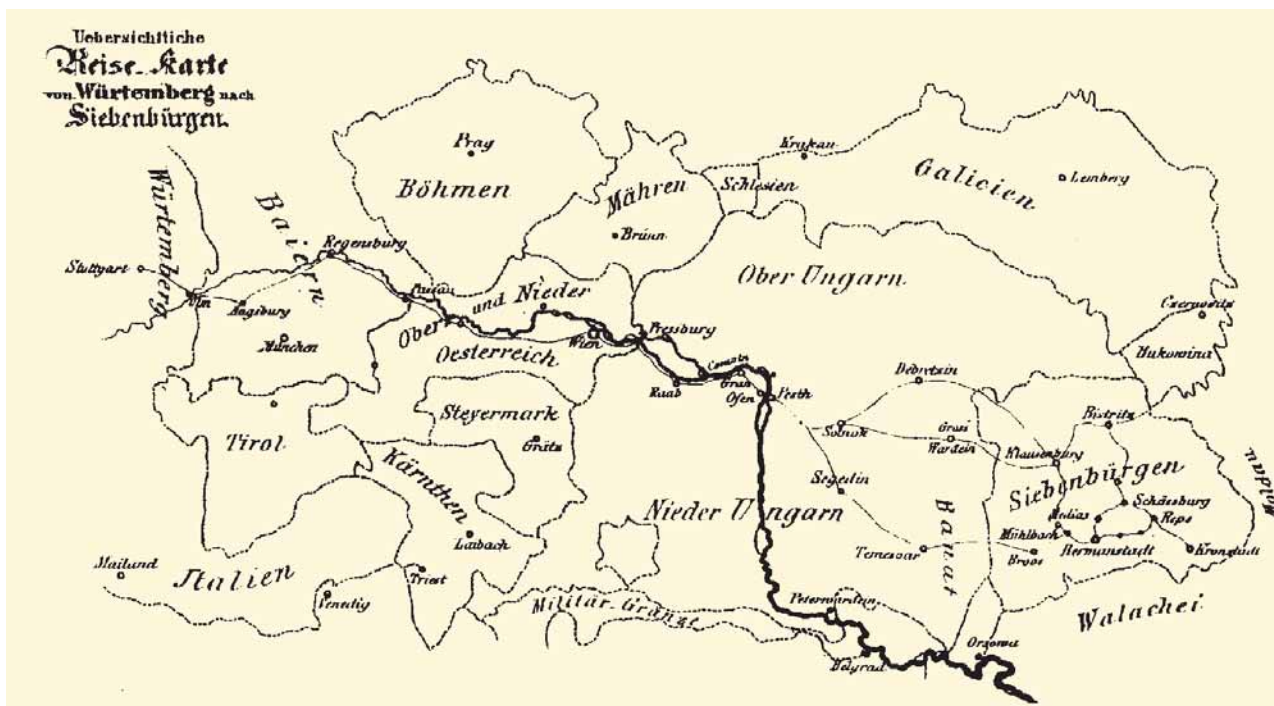
M 5 Nachbau einer »Ulmer Schachtel« am Donauer in Neu-Ulm



Solche Schiffe fuhren regelmäßig zum Güter- und Personentransport auf der Donau von Ulm bis Wien. Das »Ordinarischiff« ging sonntags oder montags, außer im Winter. Bis Wien dauerte die Fahrt im Sommer 8 bis 9 Tage, im Frühjahr und Herbst bis zu drei Wochen. Die Ulmer Schiffsleute bezeichneten ihre Schiffe als »Zillen«. Ein Schiff konnte eine Nutzlast bis zu 100 Tonnen tragen. Hunderttausende von Auswanderern fuhren im 18. und 19. Jahrhundert auf solchen Schiffen in ihre neue Heimat in Südosteuropa.

Foto: Ulrich Maier

M 6 Reisekarte aus dem Jahre 1847 für die Auswanderung in die Donauländer



Aus: Beer/Dahlmann, Migration nach Ost- und Südosteuropa vom 18. Jahrhundert bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts. Thorbecke, Stuttgart 1999, S. 410;

Quelle: Peter Wolff: Führer und Rathgeber auf der Reise nach Ungarn und Siebenbürgen. Reutlingen 1847

M 7 Von Württemberg nach Siebenbürgen

In einem Brief vom 28.6.1913 erinnerte sich Josefa Bahmüller an die Auswanderung mit ihren Eltern und acht Geschwistern 1846 aus Plüderhausen (Rems-Murr-Kreis) nach Siebenbürgen:

»Liebe gute Kinder, ich setze euch zur Erinnerung an unsere Reise, was ich weiß von 12 Jahren an, wie es bei uns war im Jahr 1844, dass eine sehr große Teuerung war, indem der Hagel in sieben Feldern alles zerschlagen hatte. [...] Oh, wenn ich nur denk, wie schwer es den armen Eltern und Großeltern war, die Heimat zu verlassen! Wie wir haben abreisen sollen, so war der arme Vater nicht da. Er war auf einmal in unser Haus zurück und wollte gar nicht mitkommen. [...] Und wie wir in Bayern in Donauwörth ankamen und wir das neue Bretterschiff sahen, so wollte der Vater nicht einsitzen. Da kamen Herren und haben ihn beredet, er sollte sich doch nicht fürchten und so kamen wir bis nach Wien. [...] Dann kamen wir nach Pest [Budapest], da suchte der Vater Fuhrleute. Vierzehn Tage sind wir auf der Donau kommen und vier Wochen zu Land, da war es auch sehr schlecht, kein Holz zum Feuer machen. Die Mutter musste mit Stroh uns ein wenig Suppe kochen für uns viele Kinder. Mit dem ungarischen Fuhrmann konnten wir kein Wort sprechen. Da kamen wir in so ein Räuberschank-Haus, da wollte man uns bei der Nacht unser bisschen Geld nehmen. [...] Wenn man uns das Geld gestohlen hätte, was hätten wir auf der Puszta gemacht? Keinen Schritt hätten wir weiter können, dort hätten wir vor Hunger sterben müssen. Mit dem Fuhrmann kamen wir bis Hermannstadt. Da bekamen wir einen Fuhrmann, der war von Alzen. Der gab uns das Nachtmahl und Frühstück und dann fuhr er mit uns [...] in unsere Heimat.«

Zit. n.: Balduin Herter, Württembergische Einwanderer in Siebenbürgen um die Mitte des 19. Jahrhunderts, in: Beer/Dahlmann, Migration, S. 409.

M 8 »Der Erste hat den Tod, der Zweite die Not, der Dritte das Brot«

a) Amtlicher Bericht an die Adelsversammlung der Baranya:

»19. Mai 1749: Berichte, dass diesen Montag eine Stunde oberhalb Tolna die Räuber einem Esseker Handelsmann 700 Gulden bares Geld und selbigen Abend in dem Dorf S. Georg genannt, einem Weib bis 600 Gulden weggenommen, über dieses ihr mit der Hacke in den Kopf gehaut und bei diesen zwei Rauben sind fünf Personen umgebracht worden. Den Freitag drauf ein mit Deutschen beladenes Schiff, welches aus Deutschland gekommen, und in Ungarn sich niederlassen wollten, angegriffen, ausgeraubt und 59 Mann ermordet haben. Vorgestern sind die Räuber zu Nyek, welches Dorf ¼ Stunde von Batasek gewesen, Brot allerorten mit Gewalt weggenommen und in der Nacht über die Scharabis herübergangen und in die Wälder sich verschlossen. Es sind wohl Bauern beordert, sie aufzusuchen, Gott weiß aber, wo sie solche in ihren Schlupfwinkeln finden werden.«

b) Schutzgelderpressung

Am 15. Februar 1745 wurde Pfarrer Andreas Schronz zu einem Treffen mit einer Räuberbande aufgefordert, wenn ihm »sein Leben und das der Schwaben aus Boly teuer« sei. Er berichtete darüber:

»Der Anführer der Räuberbande richtete erbittert seine Augen gegen den Himmel und schwur gräulich, dass, wenn die Bolyer auf jenen Tag, welchen sie jetzt bestimmen werden, die 25 Gulden hinausschicken, wird ihnen kein Leid widerfahren, wenn sie auch die Nachbardörfer alle ausrauben und Leute foltern, sollen sie nur sagen, dass sie aus Boly sind, so müssen sie sich vor ihnen nicht fürchten.«

Zit. n.: Karl-Peter Krauss: Ansiedlung als Prozess. In: Beer/Dahlmann, Migration, S. 305–306.

M 9 Gescheiterte Auswanderung

Bericht eines 1817 nach Russland ausgewanderten Webers aus Botenheim:

»In der Verzweiflung, wie ich mich, mein Weib und meine 5 Kinder ohne Vermögen und Arbeitsverdienst in den drückenden Zeiten der Teuerung ehrlich sollte durchbringen können, entschloss ich mich vor einem ¼ Jahr zur Auswanderung nach Russland. Nachdem wir uns bis 36 Meilen hinter Warschau fortgesetzt hatten, wurden wir an der russischen Grenze zurückgewiesen, weil ich mich über den Besitz des nach einer neuerlich erst ergangenen Verordnung zur Ansiedlung erforderlichen Vermögens nicht legitimieren konnte. Da ich auch in Polen keine Unterkunft fand, so musste ich wieder in meine verlassene Heimat zurückziehen, wo mir zwar von den Ortsvorstehern der Aufenthalt wieder gestattet, hingegen von allen Inwohnern gleich zu erkennen gegeben wurde, dass sie für den Unterhalt meiner Familie nicht Rat zu schaffen wüssten.«

Zit. n.: Marionela Wolf: Württembergische Rückwanderer. In: Beer/Dahlmann, Migration, S. 281.

M 10 Integration und Identität

a) Adolf Grünhold, Reise in die Baranya, 1844:

»Der Markt Bâtaszék, durch welchen wir fuhren, ist fast von lauter deutschen Colonisten bewohnt. Überhaupt wohnen in dieser Gegend viele Deutsche, daher die Ungarn diesen Landstrich gewöhnlich die »Schwäbische Türkei« nennen. Es ist bekannt, dass die Deutschen in Ungarn schlichtweg »Schwaben« genannt werden.«

Zit. n.: Donauschwäbisches Zentralmuseum Ulm

b) 1844 schrieb der Budapester Journalist Eduard Glatz über seine Landsleute in Ungarn:

»Welche Empfindungen sollen bei der zweiten, dritten Generation für Deutschland rege werden, wenn sie sich erinnert, dass ihre Eltern und Voreltern diesem Lande entsprossen sind? Für die Nachkommenschaft ist Deutschland ein völlig fremdes Land, auf das sie, da sie von selbem weder Gutes empfängt, noch Schlimmes zu

befürchten hat, gleichgültig hinblickt. [...] [Die Deutschstämmigen] fühlen sich als Ungarn, wenn auch der gemeine Mann kaum dazu kommt, sich von diesem Gefühle Rechenschaft zu geben – sie verwachsen mit allen einheimischen Interessen, sie ungarisieren sich in staatsbürgerlicher Beziehung sowohl, als auch in sozialer [...]; für sie ist längst das Mutterland zum Auslande geworden.«

Zit. n.: Márta Fata: Deutsche Immigranten im ländlichen Ungarn. In: Beer/Dahlmann, Migration, S. 404

c) *Béla Bartók, ungarischer Komponist (1881–1945), über das Zusammenleben von Donauschwaben und Ungarn zu Beginn des 20. Jahrhunderts:*

»Bei den Bauern gibt es keine Spur von grimmigem Hass gegen andere Völker und hat es nie gegeben. Sie leben friedlich nebeneinander, jeder spricht seine Sprache, hält sich an seine eigenen Gebräuche und findet es ganz natürlich, dass sein anderssprachiger Nachbar das gleiche tut.«

Zit.n.: Donauschwäbisches Zentralmuseum Ulm

M 11 Auswanderung und Rückwanderung

Der Weg von fünf Generationen der Familie Zimmermann:

1. Generation:

Georg Simon Zimmermann, Weingärtner und Bauer in Gronau (Kreis Heilbronn), wanderte 1832 mit seiner Ehefrau Susanne und seinen drei Kindern Johann Gottlieb (18 Jahre), Balthasar (14 Jahre) und Christine (11 Jahre) und einem Vermögen von 800 Gulden nach Russisch-Polen aus und zog von dort nach Bessarabien weiter.

2. Generation:

Balthasar Zimmermann, geboren in Gronau am 1. 4. 1818, gestorben in Friedenstal/Bessarabien am 14. 10. 1892; Bäckerlehre in Odessa, Kolonist in Friedenstal.

3. Generation:

Johann Gottlieb Zimmermann, geboren in Friedenstal/Bessarabien am 27. 4. 1846, gestorben ebendort am 31. 3. 1929; Bauer und Schmied.

4. Generation

Johann Zimmermann, geboren in Friedenstal am 18. 5. 1869, gestorben auf Gut Czarnopole in Piontek/Warthe-gau am 8. 5. 1944; Bauer und Schmied, Umsiedlung 1940 und Neuansiedlung auf Gut Czarnopole.

5. Generation

Georg Zimmermann, geboren in Friedenstal am 16. 5. 1900, gestorben in Ludwigsburg am 12. 2. 1975. Nach der Flucht vor der Roten Armee 1944/45 Ankunft in Gronau mit Pferdegespann am 1. 4. 1945. Das Haus in Gronau wurde nur eine Woche später am 8. 4. 1945 durch Luftangriff stark zerstört. Wiederaufbau des alten Familienanwesens.

Nach: Landkreis Ludwigsburg (Hrsg.): Die Eingliederung der Vertriebenen im Landkreis Ludwigsburg. Ein Rückblick auf die vier Jahrzehnte seit 1945. Landratsamt Ludwigsburg 1986, S. 40 f.

Aktuelle Patenschaft:

Von Zanegg nach Mosonszolnok

Weithin sichtbar ragt er aus der Tiefebene Nordwestungarns, dem Kisalföld, empor: der Kirchturm des Dorfes, etwa 60 km von Wien entfernt. Mosonszolnok steht auf dem Ortsschild, darunter auf deutsch Zanegg. Zwei Namen, zwei Geschichten: das Heute – eine ungarische Siedlung, das Gestern ein fast rein deutsches Dorf.

Bauern aus Franken und Bayern siedelten hier auf dem »Heideboden« schon vor der Landnahme der Magyaren (896 n. Chr.), und seit der Regierungszeit König Stefans I. (997–1038) kamen immer mehr deutsche Siedler; so wurde im Laufe der Jahrhunderte aus Szolnok allmählich Zanegg. 1908 erhielt das Dorf, das seit dem »Ausgleich« von 1867¹ zur ungarischen Reichshälfte gehörte, im Zuge der Assimilierungspolitik der neuen Herren den Namen Mosonszolnok. Am Charakter des Ortes änderte das freilich nichts. Noch bei der Volkszählung von 1941 nannten über 80 % seiner Bewohner Deutsch als ihre Muttersprache.

Ihre bitterste Stunde kam nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Um die Magyarisierung zu vollenden und Grund und Boden für vertriebene oder landlose Ungarn requirieren zu können, erzwangte die neue kommunistische Führung in Budapest von den Siegermächten die Erlaubnis, die Deutschstämmigen des Landes zu vertreiben. Zanegg wurde zum Sammellager für die deutsche Bevölkerung des Verwaltungsbezirks Wieselburg, die von hier aus nach Deutschland abgeschoben wurde. Zanegg/Mosonszolnok, April 1946: Auf dem Bahnhof werden die Deutschen in Viehwaggons verladen, nur notdürftige Habe (50 kg/Person) dürfen sie mitnehmen. Langsam setzt sich der Zug in Bewegung, einer ungewissen Zukunft irgendwo im Westen entgegen. Letzter Blick auf die Heimat. »Von den älteren Leuten weinten viele.« (Anna Huber)

Mosonszolnok/Zanegg, Juni 2002: Neben dem Rathaus wartet Bürgermeister Törek auf einen Bus mit ehemaligen Zaneggern. Später findet in der Kirche eine Messe in deutscher Sprache statt, vor dem wieder restaurierten Kriegerdenkmal wird ein Kranz niedergelegt, eine Gedenktafel zur Erinnerung an den deutschen Ehrenbürger Johann Neuberger enthüllt, und dann feiern Alt- und Neu-Zanegger, Deutsche und Ungarn, gemeinsam in der Mitte des Ortes.

Längst sind die vertriebenen Zanegger vor allem in Baden-Württemberg heimisch geworden. Ihren früheren Besitz haben Ungarn, die man aus der Slowakei ausgewiesen hat oder die kein Land besaßen, übernommen. Geblieben ist den einstigen Bewohnern nur die Erinnerung und ein Gefühl der Zusammengehörigkeit, so dass man sich Ende der 50er-Jahre regelmäßig wieder zu treffen begann: seit 1962 in Leinfeld-Echterdingen, das auch die Patenschaft für diese Zusammenkünfte übernommen hat. Johann Neuberger, bis 1949 noch Lehrer im Dorf, dann auf den Fildern, knüpfte seit Ende der 80er-Jahre erste Kontakte zur ehemaligen Heimat. Von ihm organisierte Busfahrten führten nach der Wende ins Burgenland und nach Ungarn. 1994 fand erstmals ein Empfang im Rathaus von Mosonszolnok statt, und inzwischen erinnern eine Tafel im Ort und eine offizielle Schrift – wenn auch noch mit etwas vorsichtigen Formulierungen – an das bittere Unrecht der Vertreibung. Im Jahre 2001 nahm Bürgermeister Törek mit einer Kindertanzgruppe am Treffen der Zanegger in Leinfeld-Echterdingen teil, ein Jahr darauf wurden ehemalige Zanegger zu einem Fest nach Mosonszolnok eingeladen. So gehen denn die Menschen eines Dorfes aufeinander zu, das ihnen Heimat war und ist.

Fast jedes Gespräch mit Ungarn endet heute mit dem Hinweis: »Bald sind wir auch in der EU.« Ungarn kehrt heim in das Haus Europa, dem es seit über 1100 Jahren angehört. Zukunft kann niemals auf verdrängter und vergessener Vergangenheit wachsen. Erinnern, vergeben, sich die Hände reichen – hier auf dem »Heideboden« geschieht es beispielhaft.

Nach Schriften von Johann Neuberger, einem Faltblatt von Regine Weisz und Berichten von Gretel Weisz aus Leinfeld-Echterdingen

1 siehe »DEUTSCHLAND & EUROPA«, Heft 41/2000 »Die Donau«, S. 13 ff.

Dietrich Rolbetzki



III. Auswanderung

nach Nordamerika
im 18. und 19. Jahrhundert

1. Neuländer, Menschendiebe und Seelenverkäufer: Auswanderung in die englischen Kolonien Nordamerikas im 18. Jahrhundert

Von Ulrich Maier

Noch bis zu Beginn des 19. Jahrhunderts zogen die meisten Auswanderer aus dem deutschen Südwesten nicht nach Nordamerika, sondern nach Russland, Polen oder in die Donauländer. Auswanderung nach Nordamerika hat es aber auch schon im 18. Jahrhundert gegeben. In den Hafenstädten Heilbronn und Mannheim begann für Zehntausende die lange Reise über Rotterdam in die Neue Welt. Mit Beginn des amerikanischen Unabhängigkeitskriegs war dieser Weg dann allerdings für Jahrzehnte versperrt, so dass sich zwei Zeiträume der Amerikaauswanderung abgrenzen lassen: Die erste Phase erstreckte sich auf das 18. Jahrhundert bis auf sein letztes Viertel, die zweite begann nach dem Ende der napoleonischen Kriege, dauerte das ganze 19. Jahrhundert hindurch an und reichte bis in das 20. Jahrhundert in die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg. Danach gingen die Auswandererzahlen deutlich zurück.

Meist wird die Gründung von Germantown 1683 durch 13 Familien Krefelder Mennoniten als Beginn der deutschen Einwanderung in Amerika bezeichnet. Doch schon fünf Jahre früher ließen sich Pfälzer Hugenotten in der Nähe von New York nieder. Sie bauten 1678 die Siedlung »New Paltz«. Auch das ist typisch für die Auswanderung dieses Zeitabschnitts: Flüchtlinge, die aus Glaubensfragen vertrieben worden waren und im protestantischen Südwestdeutschland Aufnahme fanden, tendierten zur Weiterwanderung in die klassischen Auswanderungsländer. Das gilt für Hugenotten und Waldenser ebenso wie für Schweizer Mennoniten und Salzburger Protestanten. Insgesamt bildeten sie aber nur einen kleinen Teil der Auswanderer aus Südwestdeutschland.

Aus der südlichen Kurpfalz, Baden-Durlach und dem nördlichen Württemberg kamen bis in die Mitte des 18. Jahrhunderts die meisten Auswanderer in die Neue Welt, so dass man in Amerika bald alle deutschen Auswanderer als »Palatines« bezeichnete. 1775 machten die Deutschen mit 110 000 Bewohnern fast ein Drittel der Gesamtbevölkerung Pennsylvaniens aus.

Was trieb die Leute aus dem Land?

Wie kommt es, dass in Südwestdeutschland, das noch wenige Jahrzehnte zuvor Einwanderungsgebiet war, um die Wende vom 17. zum 18. Jahrhundert Auswanderung im großen Stil einsetzte? Die Pfalz, Württemberg und Baden hatten nach den verheerenden Verwüstungen und Bevölkerungsverlusten während des Dreißigjährigen Krieges Glaubensflüchtlinge aus Frankreich, dem Piemont,

Österreich und Wallonien aufgenommen (vgl. Kapitel I). Schweizer Mennoniten und auch Wirtschaftsflüchtlinge aus dem gesamten Alpenraum besiedelten die verwüsteten Dörfer. Auch hatte Südwestdeutschland zu Beginn des 18. Jahrhunderts längst noch nicht die Bevölkerungszahlen vor dem Dreißigjährigen Krieg erreicht.

Die Gründe für die erste große Auswanderungswelle zu Beginn des 18. Jahrhunderts sind vor allem in den schwierigen politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen zu suchen. Auch nach dem Dreißigjährigen Krieg war das Land an Rhein, Neckar, Donau und Bodensee nicht zur Ruhe gekommen. Die zahlreichen Reichskriege gegen Frankreich dauerten mit kurzen Unterbrechungen von den Siebzigerjahren des 17. bis in die Mitte des 18. Jahrhunderts. Die südliche Kurpfalz und die angrenzenden Regionen, d.h. der größte Teil des heutigen nördlichen Baden-Württembergs, war Aufmarschgebiet der kaiserlichen Armeen gegen Frankreich, Durchmarschgebiet österreichischer Truppen zwischen den habsburgischen Niederlanden und den vorderösterreichischen Landen zwischen dem Breisgau und Oberschwaben, aber dieser Landstrich war auch direkt vom Krieg betroffen. 1688 drangen die Franzosen bis zum Neckar vor, fünf Jahre später sanken 40 Städte und Dörfer bei einem erneuten Vorstoß der Franzosen in Schutt und Asche, darunter Marbach, Backnang, Großbottwar und Beilstein. Die kaiserlichen Heere belasteten die Gemeinden durch Einquartierungen und Requirierung von Nahrungs- und Futtermitteln (M 1). (Zu den Hauptmotiven der Auswanderer im 19. Jahrhundert vgl. Kapitel III. 2).

Im 1706 veröffentlichten »Goldenen Buch« der Auswanderung des Eschelbronner Pfarrers Josua Harrsch, der sich Josua Kocherthal nannte, werden die Hauptmotive der Auswanderer genannt: Franzosenangst, Angst vor Plünderung, auch durch die Reichsarmeen, und Hoffnung auf ein »gelobtes Land« jenseits des großen Meeres (M 2). Dieses Buch hatte eine ungeheure Wirkung. Es erschien bereits 1709 in vierter Auflage und fand vor allem in der Kurpfalz, aber auch im angrenzenden Baden, Württemberg und weit darüber hinaus Verbreitung. Im Jahre 1709 machten sich 13 000 Auswanderer aus dieser Region nach Amerika auf, in den folgenden Jahren bis zu 8000 pro Jahr, vorwiegend Kleinhandwerker, Weingärtner, Tagelöhner mit meist nur wenig Grundbesitz. In der Zeit zwischen 1749 und 1753 waren darunter ca. 25 000 Württemberger, obwohl in Württemberg Auswandererwerbung nach dem Gesetz verboten war. Nicht verhindern konnte die herzogliche Regierung allerdings, dass sich in den Reichsstädten, vor allem in Ulm und Heilbronn, Agenten britischer Maklerfirmen niederließen, um von dort aus die Werbung auch in das Herzogtum Württemberg hineinzutragen.

Das Geschäft mit der Werbung

Das Geschäft mit der Auswandererwerbung war einträglich. Die Werber erhielten für jeden Geworbenen von ihren Auftraggebern eine Kopfprämie (**M 9**). Gemeinsam mit den Reedereien waren die Auswandereragenturen bemüht, jedes Schiff mit genügend Auswanderungswilligen auszulasten. Besonders aktiv war Friedrich Heerbrand in Heilbronn, Agent des britischen Maklers John Dick, der sich in Rotterdam niedergelassen hatte. Von Heilbronn aus versorgte Heerbrand seine Leute, die im Herzogtum illegal wirkten, mit Werbematerial (**M 4**). Ein Blick in die Auswandererwerbeschriften zeigt die Strategie: Die Auswanderung sollte als wohl organisierte Unternehmung und die Ansiedlung in Amerika als Garant für eine glückliche Zukunft erscheinen (**M 3**). Kein Wort davon, dass Neuschottland (heute Nova Scotia, an Kanadas Ostküste) noch völlig unerschlossen war und man noch ständig mit Indianerüberfällen rechnen musste (**M 12**). Die zunehmenden Auswandererzahlen behagten der württembergischen Regierung überhaupt nicht. Man befürchtete einen Verlust von Volksvermögen. Württembergische Untertanen hatten aber das Recht des »freien Zuges«. Deshalb konnte die Auswanderung nicht einfach untersagt werden. So erließ man Verbote, den zurückgelassenen Besitz der Auswanderer zu kaufen. Im Jahr der ersten Massenauswanderung 1709 heißt es in einem herzoglichen Erlass Eberhard Ludwigs an seine Amtleute, dass wer trotz aller Ermahnungen dennoch auswandern wolle, davon ausgehen müsse, dass er seine Güter niemandem verkaufen könne. Den Untertanen wurde nämlich verboten, Besitztümer von Auswanderern käuflich zu erwerben.

Die Überfahrt

Die organisierte Schiffsreise begann in Heilbronn oder Mannheim, wo sich auch die Auswanderer vom Oberrhein trafen. Dann fuhr man auf dem Rhein nach Rotterdam. Erst später, in der zweiten Phase der Amerikaauswanderung nach 1815, gewannen die Häfen in Frankreich an Bedeutung für die Auswanderer, vor allem Le Havre. Bereits diese erste Phase war äußerst beschwerlich und langwierig. Unzählige Grenzkontrollen hielten die Reisenden auf und ließen ihre Vorräte schmelzen (**M 6**). Viele von ihnen waren bereits in Rotterdam völlig mittellos, konnten aber dank des seit 1728 nachweisbaren »Redemptioner-Systems« auch ohne Reisegeld in die Neue Welt gelangen. Zeitweise gelangten bis zu 75 % der Auswanderer auf diese Weise in das Land ihrer Träume. Sie verpflichteten sich, in Amerika das Reisegeld abzuverdienen und begaben sich in eine »Dienstknechtschaft« auf Zeit (**M 8**). Diese Möglichkeit öffnete der organisierten Schlepper- und Schleuserkriminalität Tür und Tor (**M 9**). Die Vermittlung solcher unglücklicher Auswanderer nach ihrer Ankunft an amerikanische Interessenten nannte man dann auch recht deutlich »Deutschenhandel« (**M 10**). In der zweiten Phase der Massenauswanderung, nach 1815, wurde dieses Verfahren verboten. Nur noch diejenigen, welche ihr Reisegeld selbst aufbringen konnten, wurden von den Auswandererschiffen mitgenommen (vgl. dazu auch **Kapitel III. 2**). Die Reisebedingungen auf den Atlantikschiffen schildert der Enzweihinger Schulmeister Gottlieb Mittelberger recht anschaulich. 1750 fuhr er mit einer Auswanderergruppe

von Heilbronn nach Pennsylvanien. Er sollte eine in Heilbronn gebaute Orgel nach Philadelphia bringen und dort aufbauen. Eine große Zahl von Quellen bestätigen seine Angaben, so dass sein Bericht durchaus als realistisch anzusehen ist. Viele Auswanderer erreichten ihr Ziel nicht und starben während der strapaziösen mehrwöchigen Überfahrt (**M 6**). Die Verhältnisse auf den überfüllten Schiffen des 18. Jahrhunderts glichen ohne Übertreibung denen der »Boatpeople« unserer Tage (**M 7**). Erst als sich um die Mitte des 19. Jahrhunderts Dampfschiffe auf der Nordatlantikroute durchgesetzt hatten, verbesserten sich die Bedingungen der Überfahrt für die Auswanderer entscheidend.

Die Aufnahme

Die Lebensbedingungen in den englischen Kolonien Nordamerikas waren unterschiedlich. Städtisches Leben hatte sich an der Ostküste bereits ausgebildet (**M 13**). Für Handwerker bestanden hier gute Möglichkeiten, eine Existenz aufzubauen. Bauern mussten meist in die Grenzregionen ziehen und das Land, das sie erwerben konnten, mühsam urbar machen. Dabei waren sie noch lange den Gefahren der Wildnis ausgesetzt (**M 11** , **M 12**). Pioniergeist war gefragt.

Außerst skeptisch betrachtete die einheimische Oberschicht die Einwanderung der »Pfälzer« (**M 14**). Benjamin Franklin empfand Angst vor einer drohenden Überfremdung und forderte eine rasche Akkulturation. Selbst wenige Jahre zuvor ausgewanderte deutsche »Pilgerväter«, wie die Pastoren Mühlenberg, Brunnholz und Handschuh befürchteten gesellschaftliche Verwerfungen. In einem gemeinsamen Bericht von 1754 schrieben sie:

»Es kommen nun in diesen Jahren unter den viel Tausenden Kolonisten viele freche, verkehrte und unruhige Köpfe mit herein, solche, die in Europa weder Gott noch der Welt und geistlichen Obrigkeiten haben Gehorsam leisten wollen; Männer, die mit keinem Nachbar haben friedlich wohnen können; Leute, die den Müßiggang und ein unmäßiges Leben gelebt und geführt und nur auf List und Ränke denken, wie sie hier ohne Arbeit reich und hochangesehen werden können.«
(Charnitzky, 1997, S. 148)

Erstaunlich weitsichtig und fortschrittlich dachte dagegen der Verfasser eines Artikels, der am 21. August 1816 im »Essex Register« in Salem, Massachusetts, erschien:

»Die Auswanderung ist ein Vorgang von solchem Ausmaß, dass sie für die Lebensweise der Menschheit ein neues Zeitalter einleitet. Jede Familie wird, derjenigen Abrahams gleich, danach Ausschau halten, auf welchem Teil der bewohnbaren Erde sie sich niederlässt, um den Ort zu finden, wo die Lebensgewohnheiten den Wünschen am ehesten entsprechen. Die Bevölkerung wird sich – wie der Markt – daran orientieren, wo das Leben den höchsten Wert, die größte Sicherheit und die längste Dauer hat, und die Mehrheit wird lernen, die Minderheit zu respektieren.«
(Zit. n.: U. Maier, 2002, S. 162)

Literaturhinweise:

Charnitzky, Jürgen (Hrsg.): Gottlieb Mittelbergers Reise nach Pennsylvanien im Jahr 1750 und Rückreise nach Deutschland im Jahr 1754. Sigmaringen 1997

Cronau, Rudolf: Drei Jahrhunderte deutschen Lebens in Amerika. Eine Geschichte der Deutschen in den Vereinigten Staaten. Berlin 1909

Ehmer, Hermann: Die Auswanderung aus Südwestdeutschland nach Nordamerika, in: Haselier, Günther (Hrsg.): USA und Baden-Württemberg in ihren geschichtlichen Beziehungen. Stuttgart 1976

Fertig, Georg: Lokales Leben, atlantische Welt. Die Entscheidung zur Auswanderung vom Rhein nach Nordamerika im 18. Jahrhundert. Osnabrück 2000

Hippel, Wolfgang v.: Auswanderung aus Südwestdeutschland. Studien zur württembergischen Auswanderung und Auswanderungspolitik im 18. und 19. Jahrhundert. Industrielle Welt, Band 36, Stuttgart 1984

Maier, Ulrich: Auf nach Neuschottland, in: Archivnachrichten 22, Mai 2001, Quellenbeilage

Moltmann, Günter (Hrsg.): Aufbruch nach Amerika. Stuttgart 1989

Rehs, Michael und Haager, Hans-Joachim: Wurzeln in fremder Erde. Zur Geschichte der südwestdeutschen Auswanderung nach Amerika. Stuttgart 1984

Materialien

M 1 Ein Augenzeuge berichtet über den Reichskrieg 1693 gegen Frankreich

Als die Franzosen wieder aus dem Land marschierten, zogen die Unsrigen über den Neckar, legten sich ins Zabergäu, darunter der Kurfürst von Sachsen in Person selber nach Brackenheim, und räumt er nicht allein auf, was die Franzosen übrig gelassen, sondern hausen, sonderlich an Früchten und Feldungen ... bald übler als die Franzosen selber getan.

Zit. n.: Ehmer, Hermann: Au champ d'Ilfeld, in: Härle, Eugen (Hrsg.): Ilfeld in Geschichte und Gegenwart. Stadt Ilfeld 1989, S. 109

M 2 Aus dem »Goldenen Buch« der Auswanderung des Eschelbronner Pfarrers Josua Kocherthal (1706)

Da nun sehr viele Orte unseres Deutschlands in einem sehr gefährlichen Zustand verfallen, indem einerseits die französischen Waffen der Festung Landau sich bemächtigt und mithin die gesamten Landschaften jenseits des Rheins wieder in viele harte Troublen und Pressuren [Unruhen und Unterdrückung] gesetzt haben; andererseits die ausgedehnten bayerischen Vormärsche allen benachbarten Ländern zum Schrecken geraten – sind viele dadurch veranlasst worden, an besagte Landschaft Carolina zu denken und in Erwägung zu ziehen, ob es nicht ratsam sei, aus dem so viel und hart bedrängten Deutschland auszuwandern und sich dahin zu begeben.

Zit. n.: Ehmer, Hermann: Die Auswanderung aus Südwestdeutschland nach Nordamerika, in: Haselier, Günther (Hrsg.): USA und Baden-Württemberg in ihren geschichtlichen Beziehungen. Landesarchivdirektion Stuttgart 1976, S. 42

M 3 Aus einer Auswandererwerbsschrift von 1751

Weil Neu-Schottland in einer so gesegneten und fruchtbaren Gegend liegt und die Regierung so vortrefflich eingerichtet ist, dass ein jeder, wenn er nur will, in seinem Stand ruhig, vergnügt und glücklich leben kann, [...] so darf man sich nicht wundern, dass alljährlich so viele Personen Deutschland verlassen und sich in großer Menge in dieses gesegnete und glückselige Land begeben.

Zit. n.: Lehmann, Heinz: Zur Geschichte des Deutschtums in Kanada. Band 1: Das Deutschtum in Ostkanada. Schriften des Deutschen Auslands-Instituts, A Kulturhistorische Reihe, Band 31, Stuttgart 1931, S. 23 f.

M 4 Das Geschäft mit der Auswandererwerbung

Jacob Friedrich Heerbrand, in Heilbronn niedergelassener Werbeagent, schreibt in einem Brief an seinen Vetter in Balingen am 27. 9. 1751:

»Hierbei folgen wieder 30 Exemplare neuschottischen Drucks, von welchem durch dero Fleiß einen guten Effekt wünsche. Es wäre gut, wenn ein paar tausend Frachten [Auswanderer] vor [für] Schottland und Neu-England könnten zusammengebracht werden.«

Hauptstaatsarchiv Stuttgart, A 211 Bü 673

M 5 Auswandererschiff vor den Kreidefelsen der Isle of Wight



Aus: Charnitzky, Jürgen: Gottlieb Mittelbergers Reise nach Pennsylvanien im Jahr 1750 und Rückreise nach Deutschland im Jahr 1754. Thorbecke, Sigmaringen 1997, Farbtafel 1

M 6 Gottlieb Mittelberger über seine Reise nach Pennsylvanien im Jahr 1750

Diese Reise währte von Anfang des Maien bis Ende des Oktobris, also ein ganzes halbes Jahr, unter solchen Beschwerlichkeiten, die niemand im Stande ist, genugsam mit ihrem Elend zu beschreiben. Die Ursache ist, weil die Rheinschiffe von Heilbronn aus bis nach Holland an 36

Zollstationen vorbei zu passieren haben, bei welchen die Schiffe alle visitiert werden. Unterdessen werden die Schiffe mit den Leuten lange Zeit aufgehalten, dass man vieles verzehren muss, und bringt man demnach nur mit der Rheinfahrt vier, fünf, bis sechs Wochen zu. Wenn alsdann die Schiffe mit den Menschen nach Holland gekommen sind, so werden sie daselbst gleichfalls fünf bis sechs Wochen aufgehalten. Weil es allda sehr teuer ist, so müssen die armen Leute in dieser Zeit schier alles verzehren. [...]

Es werden die Menschen teils in Rotterdam, teils in Amsterdam in die großen Seeschiffe sehr nahe, bald sozusagen wie die Heringe zusammen geladen. Da wird einer Person kaum zwei Fuß breit und sechs Fuß lang Platz in der Bettstatt gelassen, weil ein manches Schiff vier, fünf bis 600 Seelen fährt, ohne der unzählig viel Gerätschaften, Kisten, Proviant, Wasserfässer und anderes, welches auch viel Platz einnimmt. [...]

Während der Seefahrt aber entsteht in den Schiffen ein jammervolles Elend, Gestank, Dampf, Grauen, Erbrechen, mancherlei Seekrankheiten, Fieber, [...], Mundfäule und dergleichen, welches alles von alten und sehr scharf gesalzenen Speisen und Fleisch, auch von dem sehr schlimmen und wüsten Wasser herrührt, wodurch viele elendiglich verderben und sterben. [...] Dieser Jammer steigt alsdann aufs höchste, wenn man noch zwei bis drei Tag und Nacht Sturm ausstehen muss, dabei jedermann glaubt, dass das Schiff samt den Menschen werde zugrundegehen. In solcher Not betet und schreit das Volk erbärmlich zusammen. [...] Mancher seufzt und schreit: »Ach! Wäre ich wieder zu Hause und läge nur in meinem Schweinestall«, oder ruft: »Ach, lieber Gott, hätte ich nur noch einmal ein gutes Stücklein Brot oder einen guten frischen Tropfen Wasser!«

Zit. n.: Charnitzky, Jürgen: Gottlieb Mittelbergers Reise nach Pennsylvanien, S. 75 ff.

M 7 Ein Auswandererschiff geht unter

Anno 1754, am Tage Jacobi [25. 7.], ist ein Schiff mit 300 etlich und 60 Seelen, meistens Württemberger, Durlacher [Baden-Durlach] und Pfälzer, zwischen Holland und Alt-England durch einen Sturmwind in der Nacht auf einen Felsen getrieben worden, wo es drei Stöße erlitten und allemal große Knälle getan, auch sich endlich nach der Länge unten voneinander getan hat, dass das Wasser eingedrungen ist, welches so überhandgenommen, dass das Schiff morgens früh angefangen zu sinken. Da nun die Not am größten und sich die Menschen zu erretten suchten, sprangen 63 Personen in ein Boot. Weil nun dieses Boot schon gar zu sehr überladen war und noch eine Person dasselbe schwimmend erreicht und lange festgehalten, hat man sie nicht anders abtreiben können, bis man derselben die Hände abgehauen, dass sie hat versinken müssen. [...] Auch habe man noch das große Schiff mit 300 Seelen im Hinwegfahren vor ihren Augen versinken sehen; der barmherzige Gott aber hat den übrigen, die sich auf dem Boot errettet, in der Nähe ein englisches Schiff zu Hilfe gesendet, welche sie in ihrer großen Not und erlittenem Schiffbruch aufgenommen und wiederum zurück an Land gebracht.«

Zit.n.: Charnitzky, Jürgen, Gottlieb Mittelbergers Reise nach Pennsylvanien, S. 91

M 8 Wie kommt man ohne Geld nach Amerika?

Wir, die untergeschriebenen Passagiere an Bord des Schiffes genannt die Pearl, geführt von hier aus Rotterdam über See nach Halifax, gelegen in der Provinz Nova Scotia oder Neu-Schottland in Nordamerika, bezeugen und bekennen hiermit: dass wir an den Herrn John Dick, Seiner Britannischen Majestats Agent von der Provinz Nova Scotia in der Port [Hafen] Rotterdam, [...] für unsere und unserer Familien Transportation von hier nach [...] Nova Scotia [...] in holländischer Währung und Summen auf eine ehrliche, treuliche und rechtmäßige Weise schuldig sind [...] treulichst zu bezahlen und abzuführen, durch unserer Hände Arbeit in allem demjenigen, was der all dasige Herr Gouverneur von uns zu begehren oder befinden wird und zwar Arbeitslohn 18 Pence Sterling täglich abzuverdienen so lange, bis unsere Schulden [...] bezahlt sein [werden]. Eigenhändig Unterschriebene und Unterzeichnete, Actum Rotterdam, den 30. Juni 1751.

Zit. n.: Lehmann, Heinz: Zur Geschichte des Deutschtums in Kanada. Band 1, Das Deutschtum in Ostkanada, Schriften des Deutschen Auslands-Instituts, A Kulturhistorische Reihe, Band 31, Stuttgart 1931, S. 24

M 9 Schlepper und Schleuserkriminalität

Diese Menschendiebe belügen Leute von allerlei Stand und Profession, worunter auch viele Soldaten, Gelehrte, Künstler und Handwerker sind. Sie verführen die Leute und liefern sie zum Verkauf bis nach Rotterdam oder Amsterdam. Sie bekommen allda von ihren Kaufleuten für eine jede Person, welche zehn Jahr und darüber ist, drei Gulden oder einen Dukaten; dahingegen die Kaufleute von einer Person in Philadelphia 60, 70 bis 80 Gulden bekommen, nachdem eine Person auf der Reise mehr oder weniger Schulden gemacht.

[...] Öfters geschieht es, dass die Kaufleute in Holland mit ihrem Kapitän und Neuländern [Amerikawerber] einen verborgenen Akkord [Absprache, Vertrag] gemacht haben, dass sie die Schiffe mit den eingeladenen Menschen an einen amerikanischen Platz [Ort], und nicht nach Pennsylvanien, wo die Leute hinwollen, führen sollen, sondern dahin, wo sie gedenken, die Menschen besser zu verkaufen. [...] So muss man also in Holland und zur See sich dem Wind und des Kapitäns Willen überlassen, weil man auf der See nicht gewiss weiß, wohin das Schiff geführt wird. Daran aber sind die Neuländer und einige gewissenlose Menschenhändler in Holland schuld.

Zit. n.: Charnitzky, Jürgen: Gottlieb Mittelbergers Reise nach Pennsylvanien, S. 94 f.

M 10 Anzeigen aus einer deutschsprachigen Zeitung in Philadelphia

Philadelphia, den 9. November 1764
Heute ist das Schiff »Boston« hier angelangt mit etlichen 100 Deutschen, unter welchen sind allerlei Handwerker und junge Leute, sowohl Manns- wie Weibspersonen, auch Knaben und Mädchen. Diejenigen, welche geneigt sind, sich mit dergleichen zu versehen, werden ersucht, sich zu melden bei D. Rundle in der Frontstraße.

Philadelphia, 4. August 1766

Es ist zu verkaufen einer deutschen Magd Dienstzeit; sie ist ein starkes, frisch und gesundes Mensch und wird keines Fehlers wegen verkauft, sondern nur, weil sie sich in den Dienst nicht schickt, in welchem sie jetzt steht; sie versteht alle Bauernarbeit, wäre auch gut für ein Wirtshaus; sie hat noch 5 Jahre zu stehen.

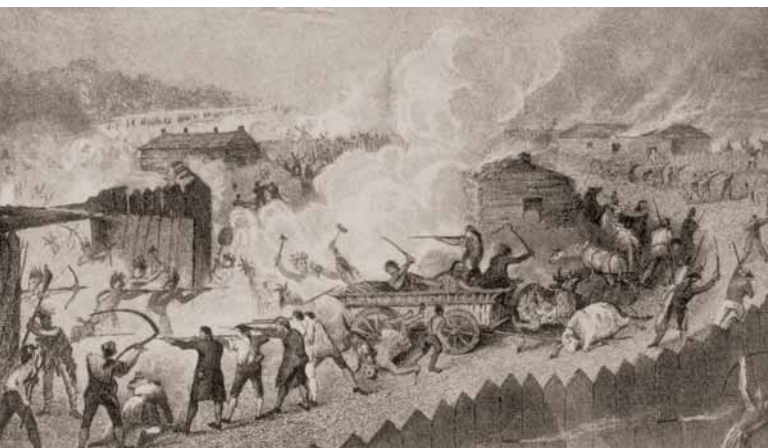
Zit. n.: Rehs, Michael und Haager, Hans-Joachim: Wurzeln in fremder Erde. Zur Geschichte der südwestdeutschen Auswanderung nach Amerika. DRW, Stuttgart 1984, S. 28

M 11 Bau einer ersten Unterkunft



Aus: Cronau, Rudolf: Drei Jahrhunderte deutschen Lebens in Amerika. Eine Geschichte der Deutschen in den Vereinigten Staaten. Reimer, Berlin 1909, S. 124

M 12 Indianerüberfall auf eine befestigte Siedlung im 18. Jahrhundert



Aus: Cronau, Rudolf: Drei Jahrhunderte deutschen Lebens in Amerika, S. 129

M 13 Gottlieb Mittelberger berichtet über die Deutschen in Philadelphia 1756:

In dieser Stadt sind auch schon acht Kirchen, drei englische, drei deutsche, eine schwedische und eine Quäker-Kirche. [...] Es ist in dieser Stadt auch schon ein Gymnasium erbaut, worinnen mancherlei Sprachen traktiert werden, denn es sind in dieser Stadt und in diesem Land Leute aus allen Teilen der ganzen Welt zu sehen, sonderlich Europäer, und könnte man derer mehr denn einhunderttausend zählen. Die größte Anzahl der Einwohner von Pennsylvanien sind die Deutschen. Es studieren auch in gedachtem Gymnasio viele von den Deutschen in unterschiedlichen Sprachen.

Zit.n.: Charnitzky, Jürgen, Gottlieb Mittelbergers Reise nach Pennsylvanien, Sigmaringen 1997, S.105 f.

M 14 Ausländer raus? Benjamin Franklin über deutsche Einwanderer

a) 1753

»Diejenigen [Deutschen], die hierherkommen, gehören für gewöhnlich zu den Ungebildetsten und Dümmden ihrer eigenen Nation. Weil aber Unbildung oft der Gaunerei mit Gutgläubigkeit, der Aufrichtigkeit mit Misstrauen begegnet, weil nur wenige Engländer die deutsche Sprache verstehen, und sich somit weder durch die Presse noch die Kanzel an die Deutschen wenden können, ist es fast unmöglich, ihnen Vorurteile auszutreiben, denen sie einmal anhängen. [...] Auf dem Lande lernen wenige ihrer Kinder Englisch; sie führen viele Bücher aus Deutschland ein, und von den sechs Druckereien in der Provinz sind zwei völlig deutsch, zwei halb englisch und halb deutsch und nur zwei völlig englisch. Sie haben eine deutsche und eine halbdeutsche Zeitung. Anzeigen, die sich an die Allgemeinheit richten, werden jetzt auf Deutsch und Englisch gedruckt. Die Schilder auf unseren Straßen haben Inschriften in beiden Sprachen und stellenweise nur auf Deutsch. [...] Kurzum, solange der Einwandererstrom nicht von dieser in andere Kolonien umgeleitet werden kann, [...] werden wir bald in der Minderheit sein, so dass alle Vorzüge, die wir besitzen, meiner Ansicht nach nicht in der Lage sein werden, unsere Sprache zu bewahren, und selbst die Regierung wird in Gefahr geraten.«

Zit.n.: Charnitzky, Jürgen, Gottlieb Mittelbergers Reise nach Pennsylvanien, S. 37–38

b) 1751

»Warum sollen wir ertragen, dass die pfälzischen Bauerntrampel in unsere Siedlungen einfallen und durch ihre Zusammenrottungen uns ihre Sprache und ihre Sitten aufzwingen? Wieso sollte Pennsylvania, das doch von den Engländern gegründet wurde, eine Kolonie der fremden Ausländer werden? Diese Fremden werden in kurzer Zeit so zahlreich sein, dass sie uns germanisieren, anstatt dass wir sie anglisieren.«

Zit.n.: Knauf, Diethelm: Deutsche Auswanderer in den USA, Praxis Geschichte 1/1992. Westermann, Braunschweig S. 47

III. Auswanderung

nach Nordamerika
im 18. und 19. Jahrhundert

2. Neue Heimat in Amerika – Massenauswanderung im 19. Jahrhundert

Von Eva Maria und Wilhelm Lienert

Bereits Ende des 17. Jahrhunderts fanden Deutsche in Nordamerika ihre neue Heimat, im 19. Jahrhundert sind aber richtiggehende »Auswanderungswellen« feststellbar, die mindestens zwei bis drei Jahre anhielten. 1800–1803 ist die erste Welle zu verzeichnen, 1816/17 nach den Not- und Hungerjahren folgte die zweite, weitere sind 1832/33, 1847 bis 1854, 1864–1867 und dann wieder 1880–1883 festzustellen. Insgesamt wanderten in den siebzig Jahren zwischen 1820 und 1890 etwa fünf Millionen Deutsche nach Amerika aus. Dies heißt, dass etwa 30 % aller Einwanderer nach Amerika aus Deutschland kamen.

Dennoch – mit Zahlen zu arbeiten ist kritisch, zu zersplittert war Deutschland, zu unterschiedlich sind die Zeiträume, die in heutigen Tabellen verglichen werden, zu unsystematisch ist das Material gesammelt worden. Die »Buchführung« über die Auswanderer lag häufig bei den Pfarrämtern, wer bei Nacht und Nebel »entwich«, ist oft nicht erfasst. Dennoch seien einige Daten genannt, um die Größenordnung zu umreißen, wenn wir von Auswanderung aus dem Südwesten sprechen. W. Boelcke zählt in der »Sozialgeschichte Baden-Württembergs von 1800–1989« für die Zeit zwischen dem Wiener Kongress und der Reichsgründung 400 000–430 000 Auswanderer allein aus Württemberg, für Baden werden in den zehn Jahren um 1850 über 130 000 Auswanderer genannt. Südwestdeutschland erlebte in jenen Jahren den Verlust von 13 % der »mittleren Bevölkerung« (Boelcke, S. 154). Auch unter allen deutschen Auswanderern machten die Bürger aus dem Südwesten in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts über ein Drittel aus. Für 1835–39 wurden 36,8 % ermittelt, 1865–69 waren es noch 13,8 %, was aber durch die Zunahme von Auswanderern aus anderen Landesteilen zu erklären ist (Moltmann, 1979, S. 22). Württemberger und Badener sind auch in dieser Zeit in »schon gewohnter Zahl« abgewandert.

Die List'sche Untersuchung in Neckarsulm

Erste gesicherte Erkenntnisse über die Motive der Auswanderer liegen uns aus der Zeit von 1817 vor, als Friedrich List im Auftrag des württembergischen Königs in Heilbronn, Weinsberg und Neckarsulm Auswanderer befragte, heute eine unschätzbare Geschichtsquelle. Als Motive der Auswanderer (vgl. **M 1** und **M 2**) gelten zu allen Zeiten wirtschaftliche Not, oft die Sorge ums nackte Überleben, so war das Jahr 1817 z. B. das dritte Jahr in Folge, das der bäuerlichen Bevölkerung Missernten brachte. Aber Lists detaillierte Auflistung nennt

daneben explizit sechs Bereiche, in denen auswanderungswillige Bürger über die »mangelhaften Institutionen des Staates« klagen. Dies sind unerschwingliche Auflagen und Steuern, teils infolge der Kriegsergebnisse, teils begründet aus schlechter Haushaltsführung und Korruption auf Gemeindeebene, persönliche Bedrückungen des »gemeinen Mannes« durch Ortsvorsteher und Beamte, überhöhte Schreibgebühren für jede Amtshandlung, Langsamkeit der Justiz im Zwangsvollstreckungswesen, Wildschäden und Willkür der Forstbeamten und letztlich Unterdrückung durch Grundherren. So mussten viele Bürger zusehen, wie ihr Vermögen beständig – trotz fleißiger Arbeit – schrumpfte und sie konnten sich ausrechnen, wann es aufgebraucht sein würde. Die meisten sahen ihr Heil in der Auswanderung, da sie jeden Glauben an eine Besserung der Verhältnisse im Lande verloren hatten.

Der Bürgerrechtsverzicht

Durch Erbteilung waren die Höfe zunehmend unwirtschaftlich geworden, von der Bevölkerung wurden hohe Steuern und zahlreiche Dienste verlangt, die Verwaltung war kaum in der Lage, in Notzeiten wie bei den Missernten nach 1815 Hilfe zu leisten. Dagegen wurden Auswanderungsanträge liberal behandelt. Trotzdem war das Sich-Herauslösen aus der Heimat keine einfache Angelegenheit. Wer einfach »nach Amerika entwich«, wie oft in den Gemeindeprotokollen angegeben, kam zwar schneller aus dem Land, war aber ohne die nötigen Papiere zumindest bis zum Erreichen des Schiffes zum Untertauen verurteilt. Wer den offiziellen Weg beschritt, brauchte die Erlaubnis der Regierung, den Pass vom Oberamt, die Sichtvermerke der Durchreiseländer (die seit 1817 vom nötigen Reisegeld abhingen), er durfte keine Schulden hinterlassen, was auch die Steuern mit einschloss. Zudem musste die Auswanderungsabsicht in der Presse bekannt gemacht werden, damit sich Gläubiger melden konnten und wer kurzfristiger abreisen wollte, brauchte einen Bürgen, der für eventuelle Schulden aufkommen sollte. Besitzverhältnisse, und damit auch oft Erbschaftsfragen, mussten geregelt werden, zurückbleibendes Gut wurde verkauft oder versteigert, auf das Bürgerrecht musste verzichtet werden. Die Auswanderung einer Familie war also ein Abschied für immer.

Reise über Land und Meer

Während von Württemberg, dem Lauf der Donau folgend, vor 1820 oftmals Südosteuropa das Ziel der Auswanderer

war (vgl. Kapitel II), zogen die Badener auf dem Rhein zu den Atlantikhäfen und damit weiter nach Amerika. Wer diesen Fluss auch nur ein Stück weit nutzte, konnte von Köln in späteren Jahren mit der Bahn Bremen oder Hamburg erreichen, viele überquerten auch gleich den Rhein und steuerten Le Havre an. Bis 1817 war die Auswanderung nach Amerika relativ billig, die Überfahrtskosten mussten nicht im Voraus bezahlt werden (M 3). Die Auswanderungswilligen konnten die Passage kostenlos nutzen und wurden in Philadelphia oder Baltimore von den Kapitänen an amerikanische Farmer »vermittelt«, d. h. sie arbeiteten einige Jahre ihre Überfahrtskosten ab. Die damalige Bezeichnung »white slaves« trifft nicht den Sachverhalt, denn die Einwanderer waren rechtlich den Einheimischen gleichgestellt und nach Ableistung ihrer Arbeitsverpflichtung freie Menschen. Viele Auswanderer sahen in diesem »Redemptioner-System« durchaus Vorteile, mussten sie sich doch nicht sofort in einem fremden Land mit anderer Sprache auf sich allein gestellt zurechtfinden. Sie konnten sich darauf verlassen, dass sie in den ersten Jahren Unterkunft und Arbeit hatten und sich allmählich einleben konnten. Es waren meist junge Leute, vor allem Männer, Mitte oder Ende Zwanzig – welche Zukunftsaussichten hätte ihnen das Leben in ihrer Heimat beschert? 1817 geriet wegen der immens steigenden Zahl von Neuankömmlingen das Redemptioner-System aus den Fugen, die Arbeitskontrakte wurden für immer längere Zeit geschlossen, um bei sinkenden Preisen für die Arbeitskraft noch den Preis für die Schiffspassage zu erzielen. Dies rief die amerikanischen Behörden auf den Plan, die eine gesetzliche Regelung für diesen Markt vorsehen und den raffgierigen Kapitänen das Geschäft verderben. So bestanden seit dieser Zeit die meisten Kapitäne auf einer vorherigen Bezahlung der Überfahrt, was sich im Lauf der Jahre auch durchsetzte. Problematisch wurde es für diejenigen Auswanderungswilligen, die 1817 in Amsterdam und Antwerpen festsaßen und weder Geld für die Überfahrt noch für die Rückkehr hatten und nicht mehr kostenlos mitgenommen wurden. Ihnen blieb nur der Weg zurück in die »alte« Heimat, aus der sie nicht immer im Guten weggezogen waren und wo sie nun als Bettler wieder ankamen. Erst in den 1860er-Jahren setzten sich die Dampfschiffe auf der Nordatlantikroute durch. Vorher wurde die Überfahrt auf Segelschiffen unternommen, ein zeitlich ungewisses Unterfangen. Die Fahrt konnte in acht Wochen glücken, das Schiff konnte aber auch drei Wochen vor den Azoren in einer Flaute liegen. Unzählige sind die Briefe, die von den Beschwerden der Reise berichten, von unzureichender Versorgung mit Nahrungsmitteln, von verfaultem Wasser, von Stürmen und vor allem von den unzumutbaren Verhältnissen im Zwischendeck. Die Passagiere waren eingezwängt auf engstem Raum, Waschmöglichkeiten gab es kaum, frische Luft kam wenig durch die Luken – und bei Sturm wurden diese geschlossen, der Angstschweiß der vielen Menschen vermischte sich mit dem Geruch, den Seekrankheit hinterlässt. Langeweile führte zu Aggressionen, ebenso wie die Kontakte zwischen jungen Männern und Frauen an Bord zu Konflikten führten. Und während bei jedem Sturm an Bord Verzweiflung herrschte und sich die Passagiere wünschten, nie ihre Heimat verlassen zu haben, war an

jedem sonnigen, ruhigen Tag die Hoffnung auf eine goldene Zukunft zu spüren (M 5 – M 7).

Gelockt, geflohen, abgeschoben

Neben den wirtschaftlichen Gründen für die Auswanderung sind religiöse Gründe zu nennen, die meist ganze Gemeinschaften zum Abzug bewogen. Politische Gründe waren nur kurzzeitig nach der gescheiterten Revolution von 1848 vorherrschend.

Ein Hauptfaktor für die Auswanderung ist aber auch der bestehende briefliche Kontakt mit schon Ausgewanderten (M 8 – M 10). Sie machten oft Hoffnung auf ein besseres Leben, schilderten Amerika in besten Farben oder ließen auch nur das herauslesen, was der Sehnsüchtige herauslesen wollte. Und wer eine Adresse hatte, an die er sich wenden konnte, reiste schon unbesorgter. Viele Gemeindeprotokolle belegen eine richtiggehende »Familienzusammenführung«, wenn Frau und Kinder nachgeholt werden, wenn Geschwister den vorher Ausgewanderten nachzogen oder die 68-jährige Mutter ihrem Sohn folgte. Doch nicht alle gingen freiwillig. Viele Gemeinden dachten ökonomisch und erkannten, dass es besser sei, die Dorfarmen mit Fahrgeld nach Amerika auszustatten, anstatt sie über Jahre hinweg in der eigenen Gemeinde zu unterstützen. Auch Straftäter wurden direkt aus dem Gefängnis abgeschoben und schwer erziehbare Waisenknaben schienen mit 14 Jahren bereits alt genug für die Ausweisung in die neue Welt (M 4).

Am Ziel

Wie haben sich nun die Ausgewanderten in Amerika eingelebt, etabliert? Allgemein lässt sich sagen, dass die, welche in Gruppen kamen, zusammenblieben, die, welche ihren Familienangehörigen nachzogen, sich in deren Nähe niederließen. Pennsylvania mit den Auswanderern aus der Kurpfalz ist wohl das bekannteste Beispiel aus dem 17. Jahrhundert (vgl. Kapitel III. 1). Kuhnerts Untersuchung dokumentiert anschaulich, wo es deutsche »Hochburgen« gab.

Viele der Auswanderer aus Südwestdeutschland, deren Briefwechsel dokumentiert ist, zog es nach Cincinnati und St. Louis zu Verwandten (vgl. M 9), etliche blieben in New York. Auch hier muss einschränkend gesagt werden, dass nur die erste Zeit nach der Ankunft verfolgt werden kann. Wohin es die Emigranten nach einigen Jahren verschlug, ob sie sich in den Städten des Ostens dauerhaft ansiedelten, ob sie Farmland im mittleren Westen suchten, um wieder wie zu Hause Landwirtschaft zu betreiben, dies kann nur am Einzelschicksal verfolgt werden. Sicher waren auch Badener und Württemberger unter den Tausenden, die auf dem Oregon-Trail nach Westen zogen, die nach 1849 in Californien nach Gold schürften oder die den Homestead-Act nutzten, für wenig Geld 160 acres »Staatsland« (1 acre = 0,4 ha = 4000 qm) erwarben und auf Jahre hinaus zwar auf eigener Scholle, aber in den Grassodenhäusern in Kansas lebten. M 11a, b zeigen die Einwanderung in die USA insgesamt sowie zwischen 1821 und 1980, aufgeschlüsselt nach Herkunftsländern.

Literaturhinweise:

Adams, Willi Paul (Hrsg.): Die deutschsprachige Auswanderung in die Vereinigten Staaten. Berlin 1980

Auf Auswanderersegeln. Berichte in Zwischendecks- und Kajüt-passagieren (sic). Bremerhaven 1976

Boelcke, Willi: Sozialgeschichte Baden-Württembergs 1800–1989. Stuttgart 1989

Helbich, Wolfgang (Hrsg.): Briefe aus Amerika. Deutsche Auswanderer schreiben aus der neuen Welt 1830–1930. München 1988

Kuhnert, Reinhard: Deutsche Einwanderer in die USA – Unterrichtsmaterialien für die Sekundarstufe I, in: Englisch-Amerikanische Studien. Münster 1984

Landesarchivdirektion Baden-Württemberg (Hrsg.): USA und Baden-Württemberg in ihren geschichtlichen Beziehungen. Stuttgart 1976 (mit zahlreichen Einzelbildern von Auswanderern, u. a. Astor, Sutter, von Struve, Hecker, Frasch)

Moltmann, Günter: Aufbruch nach Amerika. Friedrich List und die Auswanderung aus Baden und Württemberg 1816/17. Dokumentation einer sozialen Bewegung. Tübingen 1979

Schelbert, Leo/Rappolt, Hedwig: Alles ist ganz anders hier. Auswandererschicksale in Briefen aus zwei Jahrhunderten. Olten 1977

Waibel, Barbara: Auswanderung vom Heuberg 1750–1900. Hrsg. vom Geschichtsverein für den Landkreis Tuttlingen, Bd. 2. Trossingen o. J.

Lokalgeschichtliche Veröffentlichungen in den Archiven oder bei den Stadtverwaltungen von Balingen, Filderstadt, Freiburg, Göppingen, Offenburg, Rottweil, Schramberg, Spaichingen, Tuttlingen (ohne Anspruch auf Vollständigkeit). Zeitschriftenbeiträge in:

- »Badische Heimat«, Registerbände Bd. 56 (1976) und Bd. 65 (1987)
- »Die Ortenau« enthält Texte zur Auswanderung: 1968/69, 1977, 1986, 1988, 1989
- Zeitschrift des Breisgau-Geschichtsvereins »Schau-ins-Land«, Bd. 116 (1997), Bd. 106 (1987), Bd. 100 (1981)

Materialien

M 1 Frondienste und Vetterwirtschaft

»Ich habe ungefähr 350 Gulden mit meinem Weibe zusammengebracht und habe mich seither als Tagelöhner genährt. Mein Schultheiß hat mich sehr gedrückt und mich namentlich zweimal in den Turm gesperrt, weil ich nicht bei der Jagdfron erschienen bin, was mir unmöglich gewesen ist, da ich jedesmal an einer Fußkrankheit, welche ich mir im Russischen Feldzug durch Frost zugezogen, darnieder gelegen bin. Einzig deswegen gehe ich fort und es gehen noch mehrere aus diesem Grund. Der Schultheiß und Bürgermeister halten zusammen, denn sie sind Vettern, und die anderen Magistratspersonen halten auch mit, weil sie alle zusammen verwandt sind.«

So schilderte Jakob Hampf aus Eglosheim (OA Ludwigsburg) 1815 vor Friedrich List die Gründe für seine Auswanderungsabsicht. Aus: Moltmann, Günter: Aufbruch nach Amerika. Friedrich List und die Auswanderung aus Baden und Württemberg 1816/17. Dokumentation einer sozialen Bewegung. Tübingen 1979, S. 130 f.; © 2002 Wunderlich bei Rowohlt, Reinbek

M 2 Weitere Auswanderungsgründe, die von Friedrich List genannt werden

a) »Die Abgaben der Bauern sind unsäglich. In dieser teuren Zeit hat man mich noch gepfändet und ich habe im Zorn meine Güter verkauft. Dann habe ich auch befürchtet, wenn ich jetzt nicht gehe, so komme ich vollends um mein Sach und könne dann erst recht nicht fort.« Jakob Klein von Dettingen, 58 Jahre, 3 Kinder, besitzt ungefähr 1000 Gulden im Vermögen.

Aus: Moltmann, 1979, S. 136

b) »Man hat mich Schulden halber verklagt und wenn ich gepfändet werde, bin ich ruiniert und muss fortziehen. Es warten viele in meinem Ort auf den Verkauf, und mein Ortsvorsteher selbst hat mir den Vorschlag gemacht, nach Amerika zu ziehen, weil sein eigener Schwiegersohn Güter neben den meinen hat.« Christian Schwarz von Sülzbach.

Aus: Moltmann, 1979, S. 158

M 3 Anzeigen von Auswandereragenturen und Schiffslinien

Anzeigen von Auswandereragenturen und Schiffslinien im "Heuberger Bote" 1879

Abbildung aus: Waibel, Auswanderung vom Heuberg 1750–1900, hrsg. vom Geschichtsverein für den Landkreis Tuttlingen, Bd. 2. Trossingen, o. J., S. 50 (Heuberger Bote 1879)

M 4 Abschiebung statt Fürsorge

»Der Gesamtgemeinderat versammelt sich heute, um über die Verhältnisse des dieses Jahr konfirmierten Knaben Johannes Weigele von Eckwälden, Stiefsohn des Johannes Thudium, Webers, zu beraten, da er Gegenstand der öffentlichen Fürsorge ist. ... Dieser Johannes Weigele ist ein völlig verwahrloster Knabe bei völliger Armut und Arbeitsscheu der Eltern, indem er nur zum Bettel angehalten wurde und hat alle daraus entspringenden Untugenden angenommen, insbesondere schon mehrere Diebstähle begangen. Nach seiner Konfirmation machte man einen Versuch, ihn bei einem Meister das Weberhandwerk erlernen zu lassen. Es fand sich aber keiner, der ihn aufgenommen hätte, weil er in der ganzen

Gegend schlecht prädiziert (angesehen) ist. Da nun derselbe noch ein väterliches Vermögen hat, so wurde beraten und beschlossen, denselben nach Amerika zu senden und demselben noch von der Gesamtgemeindegasse 15 Gulden zu geben, indem aber von keinem weiteren ein Anspruch gemacht werden darf, nur in diesem Fall, da doch zu befürchten wäre, dass er in kurzer Zeit die Gemeinde mehr kosten würde.«

Protokoll der Sitzung des Gesamtgemeinderats der Gemeinde Eckwälden, OA Göppingen vom 30. Juli 1853. Aus: Geschichte regional, Heft 1/1979, S. 85 f.; © Kreisarchiv Göppingen 2002

M 5 Überfahrt erster Klasse

1. Oktober 1853: »Unser Kämmerchen ist schmal und lang, wir schlafen in Kojen übereinander, die aber so schmal sind, dass unsere Matratzen auf beiden Seiten herauf gehen und wir wie in einer Backmulde liegen. Die Kinder liegen eins oben und eins unten; die dadurch gewonnenen Kojen sind angefüllt mit einem Kleiderkoffer, einem Weißzeugkoffer (Bettwäsche) und sämtlichen Lebensmitteln, berechnet auf 10 Wochen. Schinken, Butter, Schmalz, Käs, Zwiebeln, Äpfel, überhaupt die verschiedensten Gerüche. In dem übrigen schmalen Raum stehen die Geschirrkisten und die Proviantkiste, die gleichzeitig als Tisch dient. Wir mussten alle unseren Scharfsinn aufbieten, um die vielen Rucksäcke, Hutschachteln, Mäntel, Schirme usw. unterzubringen und uns doch noch bewegen zu können. Die Nacht war sehr stürmisch. Kein Licht zum Ausziehen, und wenn die Türe zu ist, ist es stockfinster. Über unseren Köpfen der Hasenstall, Hühner, Enten, Gänse und Gott weiß was noch alles; neben uns, nur durch ein Brett getrennt, zwei Schweine, sechs Hammel, 100 Hühner, eine Kuh. Machen Sie sich einen Begriff von diesem Konzert und diesem Geruch! Es ist ein entsetzlicher Aufenthalt, und dabei sagen unsere Mitreisenden, wir seien im Himmel gegenüber denen im Zwischendeck. Da ist es schauerlich, ein ganzes Heer von Kindern von drei Wochen alten an. Unreinlichkeit, Gestank und Hitze zum Ersticken, je vier auf einem Schargen, man macht sich keine Vorstellung. Um keinen Preis der Welt möchten wir so die Überfahrt machen. Pauline will oft fast verzweifeln darüber, aber wir werden uns noch über vieles hinwegsetzen lernen.«

Den 7. Oktober 1853: »Wieder heftiger Regen. ... Wie sehnte ich mich jetzt nach einer Tasse Kaffee. ... In der Küche geht es zu wie in der Hölle. Stellen Sie sich eine ganz kleine Küche vor und 300 hungrige Menschen, die schon vier Tage gar nichts Gekochtes hatten! Was das für ein Gedränge ist! Männer und Weiber schlagen, treten und schimpfen sich, jedes will zuerst hin. ... Sie schälten Kartoffeln und richteten die Schnitze in den Topf, morgens neun Uhr, allein es ist zwei Uhr und wir warten immer noch vergebens auf Essen. Karl Lang steht schon zwei Stunden mit der Schmalzpfanne drüben, kann aber nicht hin. Die Kinder hätten jetzt Appetit, warten aber geduldig.«

Hier enden die Tagebuchaufzeichnungen. Das Segelschiff brauchte insgesamt 45 Tage für die Überfahrt von Le Havre nach New Orleans.

Aus dem Tagebuch der Gaildorfer Arztgattin Karoline Rösch. Ihr Mann hatte für 300 Gulden extra eine sogenannte »Einzelkabine« gebucht – worin 10 Personen untergebracht waren.

Aus: Gaildorfer Rundschau, »Extrablatt« vom 8. 11. 1995, S. 15. Verfasst von Hans König

M 6 Auswanderer aus Baden und Württemberg im Zwischendeck



Abbildung aus: Moltmann, 1979, S. 280. Wunderlich Verlag. © Rowohlt, Reinbek 2002 (Original im Musée de la Marine, Paris)

M 7 Ankunft in Amerika



Abbildung aus: Schulz, Karin: Hoffnung Amerika. NWD-Verlag Bremerhaven, S. 156 © 2002 Förderverein Deutsches Auswandereremuseum Bremerhaven

M 8 Amerika – die Hölle?

»Hierher zu kommen rat ich niemandem. Arbeitslose Leute sind hier sehr viele, in New York bei 30 000. Die heutige Zeitung enthält die ersten Cholerafälle in St. Louis. Alle bis jetzt gemachten Erfahrungen und alles, was ich Gelegenheit hatte zu hören von solchen, die länger im Lande sind, gehen dahin und, oh dass ich es einem jeden in die Ohren schreien könnte, dass jeder zu Hause bleiben möchte. Denn obgleich viel Land auf Menschenhände wartet, so muss ein Farmer, wenn er bestehen will, ein wahres Einsiedlerleben führen, wenn er nicht ordentlich Geld mitbringt, um Land aus zweiter und dritter Hand zu kaufen. Was dann mit diesen Landverkäufen für schändlicher Betrug getrieben wird und wie mancher Auswanderer, der wegen seinem Mangel an Sprachkenntnis an die Geschäftsleute und Unterhändler gebunden ist, um sein Hab und Gut geprellt wird, ist nicht auszusprechen. Denn da kaufen sie oft Land von Leuten, die nicht den geringsten Anspruch auf das verkaufte Land haben. Hier herrscht neben der Cholera jetzt auch das Goldfie-

ber, veranlasst durch die Schilderungen von Kaliforniens Schätzen, und es wandern viele dorthin aus.«

Bericht eines Auswanderers, der 1849 mit dem Segelschiff von Le Havre nach New Orleans fuhr und dann nach St. Louis weiter reiste. Aus: Schelbert, Leo/Rappold, Hedwig: Alles ist ganz anders hier. Walter-Verlag, Olten 1977, S. 232–235.
© Patmos Verlag, Düsseldorf 2002

M 9 Amerika – das gelobte Land!

»Wir haben uns um eine eigene Wohnung umgesehen und alle nötigen Möbel gekauft, einen schönen eisernen Kochherd und einen eisernen Heizofen und wohnen jetzt so nobel als je einer in Deutschland. Ich arbeite wirklich in einem Pferdestall und habe neun Pferde zu besorgen. Diese Pferde habe ich bloß morgens zu putzen und einzuspannen, zu füttern brauche ich sie nicht und bin dann bis 9 Uhr fertig. Ich verdiene in diesem Stall monatlich 25 Dollars nebst Kost, die morgens besteht in zwei- bis dreierlei Fleisch, Butter, Weißbrot und nie ohne Honig, danach Kaffee. Von Mittag und Abend will ich nicht reden. Kurz: in Amerika hat ein armer Mann bessere Kost als in Deutschland mancher Herr. Mein Sohn Adelbert hat gleich Arbeit bekommen in einer Brauerei. Er wurde krank, nachdem ihm die Arbeit auch zu hart war. Jetzt arbeitet er in einer anderen Brauerei, vielleicht bloß 200 Schritt von unserer Wohnung. Er verdient 50 Dollar, später bekommt er noch mehr.«

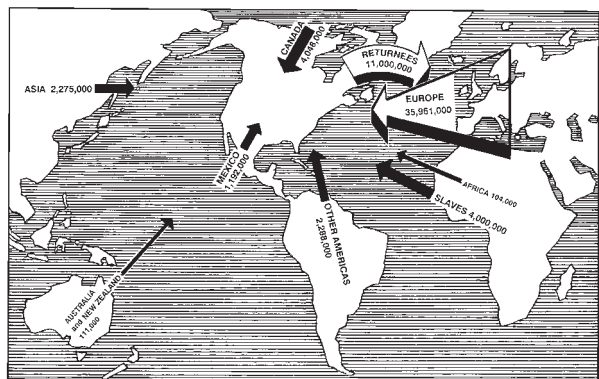
Aus einem Brief von John Beck, Auswanderer aus Waldmössingen an seine Verwandten im Schwarzwald, wie er jetzt (1883) in St. Louis lebt. Aus: 1000 Jahre Waldmössingen 994–1994. Hrsg. von der Großen Kreisstadt Schramberg 1994, S. 125

M 10 Das bessere Leben

»Ich könnte nicht mehr draußen (in Deutschland) sein. Die deutsche Arbeit mit dem deutschen Geschirr wäre mir nicht mehr passend, und die deutsche Kost könnte ich auch nicht mehr essen! Schwarzes Brot ohne Butter und das ganze Jahr ohne Fleisch und des morgens keinen Kaffee, das würde meinem Maul nicht mehr schmecken. Wir essen nicht trocken Brot. Wenn ich zurückdenke an meine Erziehung und sehe, wie es hier meine Kinder haben, dann bin ich meinem Schöpfer dankbar, dass ich hier bin. Arbeiten muss ich zwar hart, aber Lebensmittel im Überfluss.«

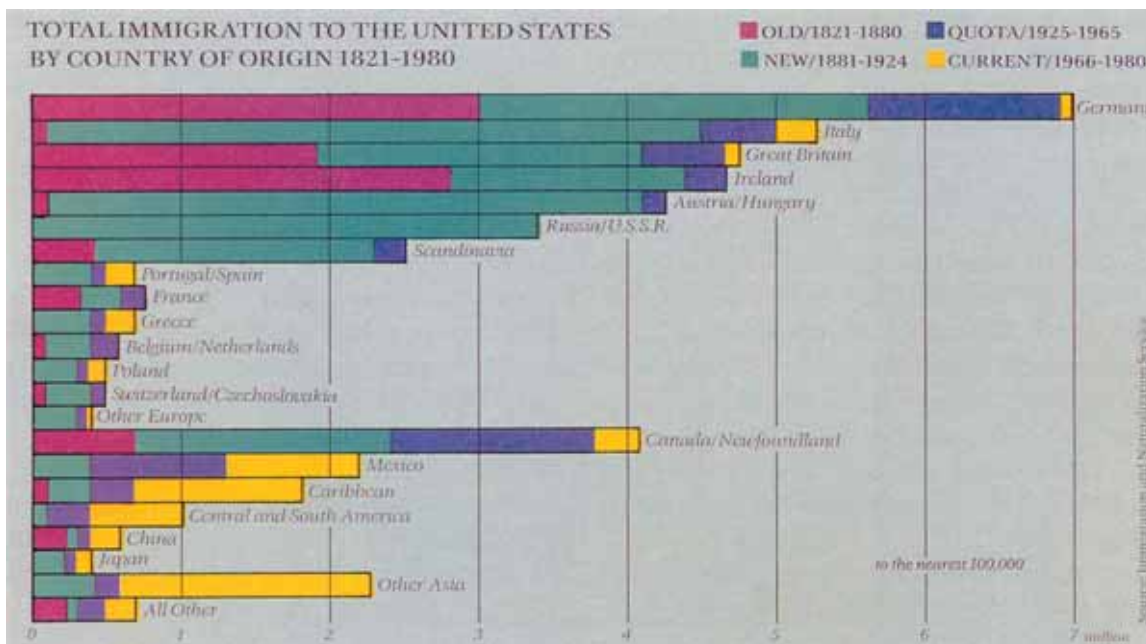
Aus einem Brief von Johann Georg Ziller, Weber aus Großsüßen bei Göppingen, der 1854 im Alter von 33 Jahren ausgewandert ist, an den Pfleger seines Vermögens (Brief von 1865). Aus: Geschichte regional, Heft 1, S. 85, Göppingen 1979. Zitiert nach: Ziegler Walter: Von Siezun bis Süßen. 1971, S. 270

M 11a



Aus: Hoerder/Knauf, Aufbruch in die Fremde, Ed. Temmen, 1992, S. 130

M 11b



Aus: Hoerder/Knauf, Aufbruch in die Fremde, S. 129
Quelle: Ellis Island Museum, New York

IV. Erzwungene Migration

im Zusammenhang
mit dem Zweiten Weltkrieg

1. Nationalsozialistische Umsiedlungsaktionen im Osten 1939–1944

Von Wolf-Rüdiger Gröbl

»Mit dem Jahr 1939 begann eine Völkerwanderung von Osten und Südosten nach Westen, deren Höhepunkt in der Evakuierung, Flucht und Vertreibung in den Jahren 1944–1948 lag. [...] Am Anfang dieser Bewegung standen die Umsiedlungen der deutschen Bevölkerung aus dem Baltikum, aus Wolhynien, Galizien, der Bukowina, Bessarabien, der Dobrudscha und der Gottschee ins Deutsche Reich.« (Eberl, S. 255) (M 1). Dabei waren zwei Entwicklungen miteinander verbunden: 1. die Konzepte und Zielvorstellungen in Bezug auf ein weitreichendes Kontinentalimperium und die damit verbundene »völkische Flurbereinigung« durch gewaltige Umsiedlungsaktionen ohne jede Rücksicht auf die nichtdeutsche Bevölkerung der betroffenen Gebiete, und 2. die nationalsozialistische Rassenideologie, in deren Mittelpunkt die Knechtung und Ausbeutung der nichtdeutschen Bevölkerung und die Vernichtung der europäischen Juden stand.

Hitlers Absichten und der Zusammenhang mit dem Genozid

Schon bei Beginn des Zweiten Weltkrieges ließ Hitler keinen Zweifel daran, dass er eine völlige Neuordnung Europas anstrebte. In seiner Rede vor dem Reichstag am 6. Oktober 1939 verkündete er ganz offen sein Ziel einer »völkischen Flurbereinigung« im Osten und Südosten. Die Begründung, die er dafür öffentlich gab, nämlich die Umsiedlung der außerhalb der Reichsgrenzen lebenden Deutschen sei Voraussetzung für stabile politische Verhältnisse in den betroffenen Gebieten und damit für den Frieden (M 2), war fast die gleiche wie sie als Rechtfertigung für die Vertreibung der Deutschen ab 1945 von polnischer oder tschechoslowakischer Seite abgegeben wurde, und nicht zu Unrecht stellten die Alliierten ihre Umsiedlungsbeschlüsse auf der Potsdamer Konferenz 1945 in den Kontext der nationalsozialistischen Vertreibungspolitik zwischen 1939 und 1944 (vgl. S. 34 f.). Mit dem Angriffskrieg auf die Sowjetunion, den Hitler am 22. Juni 1941 eröffnete, war eine durchgreifende Veränderung der ethnischen Strukturen in Osteuropa geplant, in deren Zusammenhang auch die »biologische Vernichtung« der Juden Europas stand, denn die Deportation der Juden war zur Grundlage der Kriegs- und Nachkriegsplanung der Nationalsozialisten geworden. Spätestens im Winter 1941/42 aber war das imperiale Programm einer »Ostraumlösung« gescheitert und eine Abschiebung der Juden immer weiter nach Osten nicht mehr möglich. Andererseits wurde aber angeblich Platz benötigt für die

beabsichtigten **Umsiedlungsaktionen** der »Volksdeutschen« auf dem Balkan und in den besetzten Gebieten der Sowjetunion, und Hitler, Himmler und ihre zahlreichen Helfer wollten diesen Platz durch die **Vernichtung** von Minderheiten, besonders der Juden, schaffen. Der Zusammenhang zwischen »völkischer Flurbereinigung« und der geplanten ethnischen »Neuordnung Europas« einerseits und der Vernichtungspolitik andererseits wird deutlich, wenn man die verschiedenen Konzepte betrachtet, die dazu im Vorfeld entwickelt worden waren, um den angeblich benötigten Siedlungsraum zu gewinnen (vgl. Aly/Heim 1993). Diese reichten von der »Aus-siedlung aller Polen« über die Reduktion der Bevölkerung in Osteuropa durch Sterilisationen, Hunger u. a. inhumane Maßnahmen bis zur Ermordung der Juden. Dass der **Genozid** im Zusammenhang mit der »erzwungenen Migration«, hier v. a. der Umsiedlung der »Volksdeutschen« stand, zeigen zahlreiche Dokumente, in denen z. B. Adolf Eichmann »eine ganze Serie von Juden-deportationen unter das bürokratische Kürzel stellte: ›Betr.: Freimachung für Litauendeutsche« (zit. in: Aly 1998, S. 14). Ein deutlicher Hinweis auf die Verknüpfung von Genozid und Siedlungspolitik ist auch, dass beide Maßnahmen mit einer Person verbunden waren: Heinrich Himmler. Dieser war im Oktober 1939, kurze Zeit nach Kriegsbeginn, zum »Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums« (RKF) ernannt worden und er war damit für das »Heim-ins-Reich-Programm« verantwortlich, durch das etwa 500 000 sog. »Volksdeutsche« aus dem Baltikum, Bessarabien, Wolhynien, der Bukowina und der Dobrudscha, aus Kroatien und Serbien, selbst aus Südtirol ins Reich und das besetzte Polen umgesiedelt werden sollten (M 1; M 3). Dazu wurden schon vor dem Angriff auf die Sowjetunion Polen und Juden aus den für die »Volksdeutschen« reservierten Gebieten vertrieben oder in Ghettos gesperrt. Umsiedler kamen auch ins Reichsgebiet, wo sie, wie z. B. in Stuttgart und Umgebung, entgegen den vollmundigen Versprechungen zum größten Teil in Lagern hausen mussten.

Die Deportation der Juden

Schon 1940 wurden mehrere hunderttausend Juden aus dem »Altreich« in einer noch unkoordinierten Aktion ins besetzte Frankreich abgeschoben (vgl. Mommsen 1995, S. 437). Auch aus Baden wurden Juden in einer überraschenden Aktion am 22. 10. 1940 nach Gurs in Südfrankreich gebracht, und vom 27. 11. bis 1. 12. 1941 warteten auf dem Killesberg in Stuttgart mehr als 1000 Juden

darauf, um angeblich ins »Reichskommissariat Ostland« transportiert zu werden, wo man aber keine jüdischen Siedler erwartete; stattdessen endeten die Transporte in Riga, wo die meisten als »Arbeitssklaven« umkamen – nur etwa 30 von ihnen überlebten den Genozid (vgl. Sauer 1969). Die Dimension der jüdischen Emigration aus Baden und Württemberg soll **M 5** verdeutlichen. Den Schülerinnen und Schülern soll ganz deutlich werden, dass von Anfang an Polen Objekt der Umsiedlungspolitik war. Die Deutschen hatten ihren 1939 besetzten Teil aufgeteilt und dabei den wirtschaftlich bedeutendsten Westteil mit Posen als Zentrum annektiert. Das übrige Zentralpolen zwischen Warschau, Krakau und Lublin wurde zum »Generalgouvernement« unter Hans Frank zusammengefasst. Im Westen Polens wohnten 1940 etwa 8 Millionen Menschen, darunter etwa 550 000 Juden, im »Generalgouvernement« waren es 12 Millionen Polen, darunter 1,5 Millionen Juden. Von den im annektierten Teil lebenden Menschen »sollten etwa die Hälfte der Polen und alle Juden innerhalb kurzer Zeit ins Generalgouvernement vertrieben werden, um deutschen Siedlern zu weichen« (Aly 1998, S. 17), und die beauftragten Stellen formulierten in ihren Denkschriften den Zusammenhang von Annexion, Vertreibung bzw. Deportation und Umsiedlung. Im Oktober 1939 wurde im Innenministerium ein Entwurf für eine Denkschrift vorgelegt, in dem Alternativen für die »ostdeutsche Reichs- und Volkstumsgrenze« entwickelt wurden (**M 4**). Der Entwurf machte deutlich, dass »die Herstellung eines geschlossenen deutschen Volksbodens in diesen Gebieten [...] Bevölkerungsverschiebungen allergrößten Ausmaßes notwendig« machten, und er sah als »Sofortmaßnahmen« u. a. vor, große Teile der dort lebenden Polen zu enteignen, umzusiedeln und den anzusiedelnden »Volksdeutschen« mit großzügigen Aufbaukrediten zu helfen (vgl. Ebbinghaus/Roth 1992, S. 84–91). Die Polen sollten auf Kosten der dort lebenden Juden ins »Generalgouvernement« vertrieben werden, wobei auch an eine Ansiedlung in noch trockenliegenden Sümpfen gedacht war. Dass dabei Hunderte, Tausende sterben würden, wurde bewusst in Kauf genommen, denn mit der »Umsiedlung« sollte auch eine Verringerung der nichtdeutschen Bevölkerungszahl verbunden sein. In diesem Zusammenhang entstanden zahlreiche »Reservatspläne«: Das Ost-Ministerium Alfred Rosenbergs schlug vor, an der deutsch-sowjetischen Grenzlinie ein Reservat für Juden zu errichten, Adolf Eichmann wollte im Bezirk Lublin die Juden aus dem Protektorat ansiedeln. Die Umsetzung dieser Pläne ist 1940/41 gescheitert. »Und eben dieses Scheitern führte [...] in einem zweiten Schritt zum Bau und Betrieb der Vernichtungslager.« (Aly 1998, S. 17)

Der »Generalplan Ost« – Plan eines Kontinentalimperiums

Die Deportation von Polen aus den annektierten Gebieten stellte nur »die erste Stufe der im »Generalplan Ost« kulminierenden »Aufsiedlungsprogramme« im Osten« dar (Mommsen 1995, S. 438), zunächst mit den aus dem Baltikum und der UdSSR »heim geholten« Volksdeutschen, dann mit den übrigen Deutschen im Osten und Südosten Europas (**M 6**). Der im Auftrag Himmlers Ende 1941 erstellte, mehrfach umgearbeitete »Generalplan Ost« sah eine schrittweise »Umvölkung« der Gebiete bis zum Ural vor, wobei mehr als 31 Millionen so genannte

»Fremdvölkische« aus ihrem Siedlungsraum vertrieben werden sollten, um deutschen und anderen »germanischen« Siedlern Platz zu machen. Da die SS sowohl für die Vernichtungspolitik als auch für die Umsiedlungsaktionen verantwortlich war, übertrug Reinhard Heydrich im Dezember 1939 dem Leiter des »Judenreferates«, Adolf Eichmann, auch das Referat »Auswanderungs- und Räumungsangelegenheiten«. Die Absicht Hitlers war, die landwirtschaftlichen Güter in den eroberten und besetzten Gebieten Osteuropas für die Ernährung des Reiches heranzuziehen. Sie sollten daher weitgehend konfisziert und durch deutsche Behörden verwaltet werden. Die deutschen Pläne für den »Aufbau der Ostgebiete« sahen vor, den deutschen Bevölkerungsanteil auf 50, in den landwirtschaftlich genutzten Gebieten sogar auf 70 Prozent zu erhöhen, wobei die gesamte jüdische Bevölkerung deportiert und schließlich ermordet werden sollte. Auf Befehl Himmlers wurde im Oktober 1939 die Deutsche Umsiedlungs-Treuhand-Gesellschaft m.b.H. (D.U.T) eingerichtet, um die umgesiedelten »Volksdeutschen« zu betreuen. Laut ihren Unterlagen wurden bis Ende 1940 bereits etwa 500 000 »Volksdeutsche« von der D.U.T. betreut und bis 31. 12. 1942 war die Zahl auf über 800 000 gestiegen. Das für diese Menschen benötigte Mobiliar »beschlagnahmte der RKF [= Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums, Himmler] zum Beispiel im Ghetto Lodz« (Aly/Heim 1993, S. 153), da die Umsiedler ihren eigenen Hausrat weitgehend in der alten Heimat belassen mussten.

Fremdarbeiter und »volksdeutsche Umsiedler« in Baden und Württemberg

Hier können die Schülerinnen und Schüler auch in begleiteter Archivarbeit den regionalen bzw. lokalen Einsatz von »Fremdarbeitern« selbstständig erforschen. Zahlreiche Publikationen der Regional- und Lokalgeschichte bieten Informationen für Schülerreferate oder Facharbeiten (vgl. Beckmann 1995, Haller 1998, Jeggler 1989, Schäfer 2000, Thalhofer 1988 u. a.)

Der NS-Staat verfolgte mit seiner Bevölkerungspolitik mehrere Ziele: Einmal sollte der deutsche »Volkskörper« von »fremdem Blut gereinigt« werden, dann wollte man dringend benötigte Arbeitskräfte ins Reich holen (vgl. Herbert 1985) und zum anderen den »Volksdeutschen« auch im Reich selbst eine neue Heimat bieten. Nach der Besetzung Polens stellte die SS Ermittlungen an, ob sich unter der Bevölkerung nicht Menschen befänden, die man »eindeutschen« könnte. Diese wurden dann aus ihrer Umgebung herausgerissen und ins Reich gebracht, wo sie streng getrennt von den Fremdarbeitern, aber nach deren Regeln, lebten, arbeiteten und wie diese als »Arbeitssklaven« ausgebeutet wurden (vgl. Sauer 1975, S. 417–424; Gruner 1997). Auch »**Volksdeutsche**« kamen ins Reich, auch nach Württemberg und Baden. Württemberg sollte nach den Plänen Himmlers über 20 000 Deutschstämmige vornehmlich vom Balkan, aber auch aus Südtirol aufnehmen, deren Umsiedlung im November 1940 einsetzte. Wegen des Raummangels gingen die Behörden ziemlich rabiat vor und beschlagnahmen in erster Linie »Einrichtungen der katholischen Kirche« (Sauer 1975, S. 428), so die

Klöster Weingarten, Sießen, Untermarchtal und viele andere Gemeindehäuser. Die Umsiedler selbst, die »zumeist streng kirchlich gesinnt waren« (Sauer 1975, S. 429), empfanden die Kirchenfeindlichkeit in ihrer »neuen Heimat« als abschreckend. Enttäuscht aber waren sie, denen man vollmundige Versprechungen gemacht hatte, über die Missstände in den Lagern, die sogar der Stuttgarter Oberbürgermeister, Dr. Strölin, als empörend empfand. »Die Umsiedler würden in den Lagern häufig wie in Gefängnissen und Kasernen gehalten. Es fehle weithin an einer verständnisvollen menschlichen Behandlung« (Sauer 1975, S. 430). Im Laufe der Jahre 1941 und 1942 wurden dann die meisten Lager wieder aufgelöst, die Volksdeutschen in den annektierten polnischen Gebieten angesiedelt oder z. B. ins Baltikum zurückgeführt.

Die Kriegswirtschaft in Deutschland und besonders die Landwirtschaft waren auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen, und schon seit 1938 dachte man an deren massenhaften Einsatz im Kriegsfall. Während des Krieges mussten ausländische »Arbeitsklaven« die Kriegsmaschinerie am Laufen halten.

»Im August 1944 waren [...] 7 615 970 ausländische Arbeitskräfte im sogenannten Großdeutschen Reich beschäftigt, davon 1,9 Millionen Kriegsgefangene, die anderen waren Zivilisten. 2,8 Millionen stammten aus der Sowjetunion, 1,7 Millionen aus Polen, 1,3 Millionen aus Frankreich.« (Jeggle 1989, S. 223)

1944 befanden sich ungefähr 107 000 ausländische **Zwangsarbeiter** in Baden, von denen jeweils etwa 50 Prozent in der Landwirtschaft und in der Industrie arbeiten mussten. Der größte Teil kam aus der Sowjetunion.

»Insgesamt kamen 13 Prozent der Beschäftigten, die an badischen Werkbänken des Landes standen, aus dem Ausland – im Reich traf dies auf über 21 Prozent zu.« (Peter 1996, S. 213) Im Mannheimer Werk von Daimler-Benz arbeiteten z. B. 2400 ausländische Zwangsarbeiter, das waren 45 Prozent der Belegschaft; 1000 von ihnen waren KZ-Häftlinge (vgl. Peter 1996, S. 213).

Die **Lebensbedingungen für die Zwangsarbeiter** änderten sich im Verlauf des Krieges erheblich und waren abhängig von der Rassenpolitik der Nazis und von der Haltung der Bevölkerung. So waren vor allem in der Landwirtschaft die 1939/40 eingesetzten Polen willkommenen Arbeitskräfte, die von den Bauern oftmals als ihresgleichen behandelt wurden, zumal der gemeinsame katholische Glaube verbindend wirkte, was die badische NS-Führung nicht ruhen ließ. Gauleiter Wagner betrieb eine scharfe Propagandakampagne und verbot 1941, dass Polen weiterhin einzeln in der Landwirtschaft eingesetzt wurden; sie wurden von nun an in Lagern eingesperrt. Wie in der Industrie erhielten die deutschen Bauern das Züchtigungsrecht für ihre »Landarbeiter«, von dem aber nur wenige Gebrauch machten. Daher griff die Nazi-Führung zu härteren Mitteln: Schon eine freundliche Geste gegenüber einer deutschen Frau konnte die Todesstrafe nach sich ziehen, und deutsche Frauen wurden öffentlich angeprangert, wenn man ihnen »Polenfreundlichkeit« nachsagen konnte. Dennoch gelang es nicht, die Kontakte völlig zu unterbinden.

Bis 1943 wurden auch in den besetzten Gebieten Westeuropas Arbeitskräfte angeworben. Anfang 1943 wurde dann für Franzosen und Belgier eine Arbeitspflicht für das Reichsgebiet eingeführt. Diese Arbeitskräfte waren dabei in Bezug auf Lohn und Verpflegung den Deutschen gleichgestellt, während die Polen »weniger Geld und

weniger Nahrungsmittel« erhielten (Peter, S. 217). Besonders schlecht ging es den sowjetischen Zwangsarbeitern, die noch mehr als die Polen als »Untermenschen« galten und die schon vor ihrem Arbeitseinsatz dem Hungertod nahe waren. Beim Aufbau der Lager wurde auf sanitäre Einrichtungen und Hygiene nur wenig geachtet, galten die Gefangenen ja »nur« als »Untermenschen«.

Literaturhinweise:

Aly, Götz: »Endlösung«. Völkerverschiebung und der Mord an den europäischen Juden. Fischer-Tb 14067, Frankfurt 1998

Aly, Götz/Heim, Susanne: Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung. Fischer-Tb 11268, Frankfurt 1993

Beckmann, Ralf: Fremde in Fellbach 1939–1945. In: Schwäbische Heimat 46 (1995) H. 1, S. 46–56

Borst, Otto (Hrsg.): Minderheiten in der Geschichte Südwestdeutschlands. Stuttgarter Symposion Bd. 3, hrsg. vom Haus der Geschichte Baden-Württemberg, Tübingen 1996

Eberl, Immo (Bearb.): Die Donauschwaben. Deutsche Siedlung in Südosteuropa. Ausstellungskatalog, hrsg. vom Innenministerium Baden-Württemberg, Thorbecke, Sigmaringen 2/1989

Ebbinghaus, Angelika/Roth, Karl Heinz: Vorläufer des »Generalplans Ost«. In: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. u. 21. Jahrhunderts, 7/1992, S. 84–91

Gruner, Wolf: Der geschlossene Reichseinsatz deutscher Juden. Zur Zwangsarbeit als Element der Verfolgung 1938–1943. Metropol Verlag, Berlin 1997

Haller, Ulrich: Zwangsarbeiter und Rüstungsproduktion in Geislingen an der Steige 1939–1945. In: Zeitschrift f. Württ. Landesgeschichte 57 (1998), S. 305–368

Herbert, Ulrich: Fremdarbeiter. Politik und Praxis des »Ausländer-Einsatzes« in der Kriegswirtschaft im Dritten Reich. Bonn/Berlin 1985 (neu: 1999)

Jeggle, Utz: Fremde Arbeiter in der NS-Zeit. 88 Griechen in Lauerthal. In: Schwäbische Heimat 40 (1989) H. 3, S. 223–231

Mommsen, Hans: Der Weg zum Völkermord an den europäischen Juden. In: Universitas 5/1995, S. 431–443

Peter, Roland: Ausländische Zwangsarbeiter im Baden des Zweiten Weltkrieges. In: Borst, Otto (Hrsg.): Minderheiten, S. 212–229

Sauer, Paul: Die Schicksale der jüdischen Bürger Baden-Württembergs während der nationalsozialistischen Verfolgungszeit 1933–1945. Veröffentlichungen der Staatlichen Archivverwaltung Baden-Württemberg Bd. 20, Stuttgart 1969

Sauer, Paul: Württemberg in der Zeit des Nationalsozialismus. Süddeutsche Verlagsgesellschaft, Ulm 1975

Schäfer, Annette: Zwangsarbeiter und NS-Rassenpolitik: russische und polnische Arbeitskräfte in Württemberg 1939–1945. Kohlhammer, Stuttgart 2000

Schäfer, Annette: Der Einsatz polnischer und russischer Zwangsarbeiter in Ulm 1939–1945. In: Zeitschrift f. Württ. Landesgeschichte 59 (2000), S. 273–299




Thalhofer, Frank: Fremdarbeiter in Kirchheim unter Teck 1940–1945. In: Schwäbische Heimat 39 (1988) H. 4, S. 318–326

Materialien

M1 Deutsche Siedlungsgebiete im Osten vor 1945



KARTE NACH: BAYERISCHES STAATSMINISTERIUM FÜR ARBEIT UND SOZIALORDNUNG

-  Bestehende deutsche Sprachgebiete und Volksgruppen
-  Nur noch Reste der deutschen Bevölkerung vorhanden
-  Vollständig vertriebene deutsche Volksgruppen

Aus: Grulich, Rudolf/Kotzian, Ortfried: Die Deutschen in Ost- und Südosteuropa. Heiligenhofer Schriften zu Volksgruppenfragen 1. Eine Arbeitshilfe für Jugendgruppen, Schulen und die Erwachsenenbildung. Königstein Ts, o. J. © 2002 Marie-Luise Kotzian

M 2 Aus Hitlers Reichstagsrede am 6. Oktober 1939: Plan einer »völkischen Flurbereinigung«

[...] Die Ziele und Aufgaben, die sich aus dem Zerfall des polnischen Staates ergeben, sind dabei, soweit es sich um die deutsche Interessensphäre handelt, etwa folgende:

1. Die Herstellung einer Reichsgrenze, die den historischen, ethnographischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten gerecht wird.
2. Die Befriedung des gesamten Gebietes im Sinne der Herstellung einer tragbaren Ruhe und Ordnung.

[...]

5. Als wichtigste Aufgabe aber: eine neue Ordnung der ethnographischen Verhältnisse, das heißt, eine Umsiedlung der Nationalitäten, so daß sich am Abschluß der Entwicklung bessere Trennungslinien ergeben, als es heute der Fall ist.

In diesem Sinne aber handelt es sich nicht um ein Problem, das auf diesen Raum beschränkt ist, sondern um eine Aufgabe, die viel weiter hinausgreift. Denn der ganze Osten und Südosten Europas ist zum Teil mit nicht haltbaren Splittern des deutschen Volkstums gefüllt. Gerade in ihnen liegt ein Grund und eine Ursache fortgesetzter zwischenstaatlicher Störungen. Im Zeitalter des Nationalitätenprinzips und des Rassegedankens ist es utopisch zu glauben, daß man diese Angehörigen eines hochwertigen Volkes ohne weiteres assimilieren könne.

Es gehört daher zu den Aufgaben einer weitschauenden Ordnung des europäischen Lebens, hier Umsiedlungen vorzunehmen [...]. Deutschland und die Union der Sowjetrepubliken sind übereingekommen, sich hierbei gegenseitig zu unterstützen. [...]

Wenn Deutschland und Sowjetrußland diese Sanierungsarbeit übernehmen, dann können beide Staaten mit Recht darauf hinweisen, daß der Versuch, dieses Problem mit den Methoden von Versailles zu lösen, restlos mißlungen ist. [...]

Aus: Domarus, Max (Hrsg.): Hitler. Reden und Proklamationen 1932–1945, Bd.II: Untergang, 1.Halbband: 1939–1940, R. Löwit Verlag, Wiesbaden 1973, S. 1383

M 3 Hitler beauftragt Himmler mit der Durchführung der »völkischen Flurbereinigung« (7. 10. 1939)

Die Folgen von Versailles in Europa sind beseitigt. Damit hat das Großdeutsche Reich die Möglichkeit, deutsche Menschen, die bisher in der Fremde leben mußten, in seinem Raum aufzunehmen und anzusiedeln und innerhalb seiner Interessengrenzen die Siedlung der Volksgruppen so zu gestalten, daß bessere Trennungslinien zwischen ihnen erreicht werden. Die Durchführung dieser Aufgabe übertrage ich dem Reichsführer-SS [Himmler] nach folgenden Bestimmungen:

- I. Dem Reichsführer-SS obliegt nach seinen Richtlinien:
 1. Die Zurückführung der für die endgültige Heimkehr in das Reich in Betracht kommenden Reichs- und Volksdeutschen im Ausland,
 2. die Ausschaltung des schädigenden Einflusses von solchen volksfremden Bevölkerungsteilen, die eine Gefahr für das Reich und die deutsche Volksgemeinschaft bedeuten,
 3. die Gestaltung neuer deutscher Siedlungsgebiete durch Umsiedlung, im besonderen durch Seßhaftmachung der aus dem Ausland heimkehrenden Reichs- und Volksdeutschen.

Der Reichsführer-SS ist ermächtigt, alle zur Durchführung dieser Obliegenheiten notwendigen allgemeinen Anordnungen und Verwaltungsmaßnahmen zu treffen.

Zur Erfüllung der in Absatz 1 Nr. 2 gestellten Aufgabe kann der Reichsführer-SS den in Frage stehenden Bevölkerungsteilen bestimmte Wohngebiete zuweisen.

Zit. in: Michalka, Wolfgang (Hrsg.): Deutsche Geschichte 1933 bis 1945. Dokumente zur Innen- und Außenpolitik. Fischer-Tb 11251. Frankfurt 1994, S. 225 f.

M 4 Völkerverschiebung und der Mord an den europäischen Juden

Wie schon der Vertreibungsplan [Theodor] Schieders, der nur einer von mehreren war, exemplarisch zeigt, traf die Politik des Umsiedelns die Juden in ihrer Gesamtheit schnell fast vollständig enteignet, darüber hinaus mußten sie nicht nur deutschstämmigen Siedlern, sondern auch polnischen Vertriebenen weichen. Wo immer in den folgenden Monaten beim Heim-ins-Reich von rund 500 000 Volksdeutschen Schwierigkeiten auftraten, Häuser, Geld, Hausrat und Arbeitsplätze für »rückgesiedelte« Deutsche oder für »abgesiedelte« Polen fehlten oder »ausgetauschte« Rumänen unterzubringen waren, wurden die Angehörigen der jüdischen Minderheit Europas noch schneller beraubt, zusammengepreßt, an die Peripherie der jeweiligen Städte und Regionen verjagt.

Da die Neuansiedlung der Deutschen immer mit ökonomischer Rationalisierung verbunden war, mußten für eine deutsche Familie zwei, oft auch drei »fremdvölkische«, so der Terminus technicus, weichen. Darüber hinaus sollten riesige Truppenübungsplätze angelegt und aus den ländlichen Armutsregionen des Reiches etwa 300 000 Kleinbauernfamilien in den Osten »verpflanzt« und dort auf 20-Hektar-Höfen eingesetzt werden. Aus diesen ganz unterschiedlichen Projekten errechnete sich schon im Winter 1940/41 die Gesamtzahl von fünf Millionen Menschen, die kurzfristig vertrieben werden sollten.

Aus: Aly, Götz: »Endlösung«. Völkerverschiebung und der Mord an den europäischen Juden, fi-Tb 14067. Frankfurt 1998, S. 18

M 5 Jüdische Auswanderung aus Baden-Württemberg 1933–1941

(Am 30. Januar 1933 waren im Sinne der NS-Rassengesetze etwa 32 272 Juden im Gebiet des heutigen Baden-Württemberg ansässig.)

Zielländer	absolute Zahlen der Auswanderer	Prozentualer Anteil an der Gesamtauswanderung
USA	8846	46,02
Palästina	2873	14,94
Großbritannien	1432	7,45
Frankreich	1307	6,80
Schweiz	855	4,45
Argentinien	799	4,15
Niederlande	559	2,91
Brasilien	380	1,97
Südafrika	287	1,49
Uruguay	238	1,24
Belgien	195	1,01
Australien	151	0,78
Italien	111	0,58
Polen	93	0,48
Gesamtzahl	19 224	100,00
Ermordet wurden etwa	8 500	

Nach: Sauer, Paul: Die Schicksale der jüdischen Bürger Baden-Württembergs während der nationalsozialistischen Verfolgungszeit 1933–1945, Kohlhammer Verlag, Stuttgart 1969, S. 7 und 147 f.

M 6 Zeittafel zur NS-Umsiedlungspolitik 1939–1941

- 7. 10. 1939** Hitler unterzeichnet den »Erlass zur Festigung des deutschen Volkstums«, durch den Heinrich Himmler, »Reichsführer SS«, zum »Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums« ernannt wird. Hitler beauftragt Himmler zugleich mit der Umsiedlung der im Ausland lebenden »Volksdeutschen«, denen die »Entgermanisierung« drohe.
- 12. 10. 1939** Beginn der Deportation von Juden aus Österreich und dem Reichsprotektorat Böhmen und Mähren nach Polen.
- 15. 10. 1939** Abkommen mit Estland über die Umsiedlung der deutschen Volksgruppe (etwa 12 900 Personen), die als »Splitter des deutschen Volkstums« bezeichnet werden.
- 18. 10. 1939** Erlass Hitlers über die Bildung der »Reichsgaue Westpreußen« und »Posen«, später Ziel der Umsiedlungspolitik.
- 21. 10. 1939** »Abkommen über die Umsiedlung von Reichsdeutschen und Volksdeutschen aus Südtirol in das Deutsche Reich« zwischen Deutschland und Italien. Die Reichsdeutschen sollen innerhalb von drei Monaten nach Deutschland zurückkehren, die Umsiedlung der Volksdeutschen soll freiwillig sein.
- 31. 10. 1939** Unterzeichnung eines Umsiedlungsvertrages zwischen dem Deutschen Reich und Lettland, von dem 48 600 Baltendeutsche betroffen sind. Die Aktion wird am 15. 12. 1939 für abgeschlossen erklärt. Himmler ordnet die Vertreibung aller Juden aus den ländlichen Gebieten Polens und deren Deportation in Ghettos in den größeren Städten an, v. a. in Lodz (Litzmannstadt) und Warschau, um für die Umsiedler Platz zu schaffen. Bis 1940 werden 88,6 % der deutschbaltischen Bevölkerung (nach der Volkszählung von 1935) umgesiedelt. Davon werden rd. 51 000 auf Höfen und in Wohnungen vertriebener Polen und Juden im Warthegau und 11 000 in Danzig-Westpreußen angesiedelt.
- 3. 11. 1939** Abkommen zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion zur Umsiedlung aller Deutschen aus der Ukraine und Weißrussland sowie aller Ukrainer, Weißrussen und Russen aus den früher zu Polen gehörenden Gebieten. Die Umsiedlung soll freiwillig erfolgen. Betroffen sind etwa 128 000 Deutsche in Wolhynien und Ostgalizien.
- 7. 11. 1939** Beginn der Deportation der Juden im Wartheland v. a. in die Ghettos von Lodz (Litzmannstadt), Warschau und Radom.
- 22. 12. 1939** Die ersten etwa 1000 Volksdeutschen aus Wolhynien treffen in Pabianice bei Lodz ein.
- 3. 1. 1940** Bis zum Jahresbeginn sind, so eine amtliche Verlautbarung, 20 405 Volksdeutsche aus Ostgalizien und Wolhynien im Raum Lodz eingetroffen. Bis zum 8. Januar steigt die Zahl auf etwa 40 000.
- 1. 2. 1940** Umsiedlung der Volksdeutschen aus Ostgalizien und Wolhynien wird für abgeschlossen erklärt. 107 000 Menschen seien in 250 Transporten in Lodz eingetroffen, von denen 65 000 ins »Altreich« umgesiedelt werden.
- 15. 3. 1940** Himmler erklärt die Vernichtung aller Polen zur »Hauptaufgabe« der deutschen Nation.
- 7. 9. 1940** Ein erster Transport Deutschstämmiger aus der Bukowina, v. a. aus der Stadt Czernowitz, trifft auf von Deutschland besetztem Territorium Polens ein.
- 23. 9. 1940** Beginn deutsch-sowjetischer Verhandlungen über die Umsiedlung Deutschstämmiger aus Litauen, Lettland und Estland, die sich 1939 für den Verbleib ausgesprochen hatten.
- 1. 10. 1940** Beginn der Umsiedlung der Bessarabiendeutschen. Bis zum 18. 10. sind nach amtlicher Darstellung bereits über 100 000 Menschen ausgesiedelt.
- 22. 10. 1940** Vertrag über die Umsiedlung der Deutschstämmigen aus der Südbukowina und der Dobrudscha. Sie wurden bis Juli 1942 in den Reichsgauen Wartheland und Danzig-Westpreußen in Wohnungen und auf Höfen angesiedelt, deren polnische und jüdischen Besitzer zuvor deportiert worden waren; einige kamen ins »Altreich« zur Arbeit in der Landwirtschaft und in der Rüstungsindustrie, ein kleiner Teil lebte in Lagern. Beginn der Deportation der jüdischen Bevölkerung aus Baden, der Pfalz und dem Gau Saar nach Gurs in Südfrankreich. Von den etwa 6500 Menschen sterben 1050 bis Anfang März 1941.
- April 1941** Aufteilung Jugoslawiens und Beginn der Umsiedlung der Deutschstämmigen aus Unterkrain (Gottschee), die als »Wehrbauern« (Hitler) in der Untersteiermark und in Kärnten angesiedelt werden (Ranner Dreieck). Dafür sollen die dort lebenden Slowenen nach Kroatien umgesiedelt werden. Widerstand v.a. der Gottscheer, der gewaltsam gebrochen wird. 2900 Deutsche aus Serbien und etwa 18 300 aus Bosnien werden in der Folgezeit im Raum Lodz und Lublin angesiedelt.
- 31. 10. 1941** Hitler ordnet den Masseneinsatz sowjetischer Kriegsgefangener in der deutschen Kriegswirtschaft an.
- 1. 12. 1941** Erster Deportationszug von etwa 1000 Juden verlässt Stuttgart mit Ziel Riga; nur etwa 30 von ihnen erleben das Kriegsende. Die »Umsiedlungsaktionen« der Deutschen aus Südosteuropa und dem Baltikum galten bis April 1941 als abgeschlossen, obgleich noch bis 1943 v. a. aus Bulgarien Deutschstämmige umgesiedelt wurden.

Nach: Overesch, Manfred: Das III. Reich 1939–1945. Eine Tageschronik der Politik, Wirtschaft, Kultur. Droste, Düsseldorf 1983, und: Eberl 1993, S. 67–69

IV. Erzwungene Migration

im Zusammenhang
mit dem Zweiten Weltkrieg

2. Vertriebene finden eine neue Heimat

Von Eva Maria und Wilhelm Lienert

Ein Vertriebener in der Rückschau über seine Vertreibung und seine Aufnahme im Ostalbkreis in Württemberg:

»Die Lebenserfahrung lehrt, dass im Rückblick viele Beschwernisse der Vergangenheit viel milder erscheinen, als sie im akuten Stadium des Erlebens zu spüren waren, lange Phasen der Entbehrungen schrumpfen auf scheinbar kurze Zeiten zusammen, und mancher spätere Beobachter ist schnell mit der Phrase zur Hand, dass es ja wohl so schlimm gar nicht gewesen sein könne ... Vielen Vertriebenen ist der Start von der Basis Null geglückt, die Integration gelungen, dank eigenen Fleißes, dank der Hilfe vieler. Vom Schicksal der Gescheiterten schweigt die Geschichte.« Der Schwerpunkt der hier ausgewählten Materialien liegt auf dem Aspekt »neue Heimat« im Südwesten mit ausgewählten Materialien, darunter Zeitzeugeninterviews, zur Alltags- und Mentalitätsgeschichte.

Nach der Volkszählung von 1939 lebten in den Ostgebieten Deutschlands, die nach den Verträgen von Teheran, Jalta und Potsdam abgetreten werden mussten, 9 621 000 Menschen, nahezu ausnahmslos Deutsche. In den Vertreibungsgebieten außerhalb der damaligen Reichsgrenzen lebten allein in der Tschechoslowakei 3,5 Millionen Sudetendeutsche, etwa 1,3 Millionen Deutsche im besetzten Polen, etwa 0,5 Millionen in Danzig und dem Memelland und über 2 Millionen in Rumänien, Ungarn, Jugoslawien. Berücksichtigt man die Umsiedlungen und rechnet man die Todesopfer ab, die der Krieg und die Wirren des Kriegsendes forderten, so kann man von ca. 15 Millionen Deutschen ausgehen, die nach 1945 gezwungen wurden, ihre Heimat zu verlassen. Die Gräueltaten zu dokumentieren, die sich bei diesen »Austreibungen« abspielten, würde den Rahmen dieser Dokumentation sprengen. Berechnungen des Statistischen Bundesamtes führen zu dem Ergebnis, dass die Zahl der in Zusammenhang mit Flucht und Vertreibung ums Leben gekommenen Deutschen zwischen 2 und 2,5 Millionen liegen mag. Hiernach liegt die Zahl der Deutschen, die als Vertriebene im zerstörten Deutschland Aufnahme finden mussten, zwischen 12,5 und 13 Millionen. (Nach: betrifft: Eingliederung der Vertriebenen, S. 12–18)

Konflikte bei der Unterbringung

Zunächst kam es vor allem darauf an, diese Menschen unterzubringen. Hier waren die Gemeinden gefordert, es halfen Fürsorgeeinrichtungen, Wohlfahrtsverbände, vielerorts die Kirchen und auch Privatpersonen, manchmal

wurden eigens »Nothilfen« gegründet. Die Menschen wurden in leerstehenden Baracken und Kasernen, in Schulen und Turnhallen untergebracht. In vielen Dörfern erfolgte die Einweisung gleich in Privathäuser, vor allem in Bauernhöfen ging dies oft problemlos vonstatten, erwartete man doch von den Neuankömmlingen, dass sie die Stelle der jetzt in ihre Heimat abwandernden Zwangsarbeiter übernahmen und auf dem Hof mitarbeiteten. Die Bild- und Textquellen **M 1 – M 6** (vorzugsweise Interviews der Verfasser mit Zeitzeugen) geben davon beredt und sehr eindringlich Zeugnis. Die organisierte Verteilung und Unterbringung von Vertriebenen entwickelte sich erst allmählich und war von Besatzungszone zu Besatzungszone unterschiedlich. Vergessen werden sollte dabei nicht, dass allein in die Länder der sowjetischen Besatzungszone etwa 3 Millionen Vertriebene kamen. Die französische Zone weigerte sich einfach, Flüchtlinge aufzunehmen. Erst im Frühjahr 1949 wurde diese Anordnung förmlich aufgehoben.

Die Amerikaner drängten am stärksten auf die Selbstverwaltung der Deutschen. In ihrer Besatzungszone (in den Ländern Bayern, Hessen und Württemberg-Baden) gab es schon im November 1945 eigene Flüchtlingsverwaltungen. Dadurch konnte die Ansiedelung und Eingliederung der Vertriebenen sehr bald planmäßig vorgenommen werden. Im heutigen Baden-Württemberg fanden vor allem Vertreibungsoffer aus dem Sudetenland, Ungarn und Südosteuropa und in geringerem Umfang aus Schlesien Unterkunft. 1950 lag die Zahl der »Neubürger« in den drei Landesteilen bei 15,6 %. Im einzelnen: 20,6 % in Nordwürttemberg, 16,4 % in Nordbaden, 11,4 % in (Süd)Württemberg-Hohenzollern und 9,4 % in (Süd)Baden. 1946 und 1947 kamen fast täglich Züge mit Ausgewiesenen vor allem aus der Tschechoslowakei im Westen an. Für viele dieser Menschen war die Ankunft in Deutschland eine »Befreiung«, zu sehr waren sie dort durch die Benes-Dekrete in ihrem alltäglichen Leben eingeschränkt und schikaniert worden. Nachdem die Ausweisung der deutschen Bevölkerung von den Siegermächten in Potsdam beschlossen worden war, schuf Edvard Benes durch seine Dekrete die rechtliche Grundlage für die entschädigungslose Enteignung der deutschen Minderheit, die Zerstörung ihrer Kultur und gewährte sogar Straffreiheit bei Gewalttaten gegen Deutsche (vgl. S. 35).

Wie sollten die Millionen von Vertriebenen untergebracht werden – das war das drängendste Problem. Die Neuankömmlinge wurden zunächst in Sammellagern registriert und mit Papieren versehen. Hier konnten sie, nach dem langen Transport, endlich sich und ihre Wäsche waschen. Je nach Raumkapazität und Eintreffen des nächsten

Es ist hier im Rahmen des Themas »Vertriebene finden eine neue Heimat« nicht möglich, den schwierigen Komplex Potsdamer Protokolle – Benes-Dekrete – Recht bzw. Unrecht und Vertreibung ausführlich darzustellen. Zum Hintergrund sollten wir jedoch wissen:

Edvard Benes war ab 1935 Staatspräsident der Tschechoslowakei. Nach dem Münchner Abkommen 1938, das auf Druck der Nationalsozialisten die Zerschlagung seines Landes vorsah, dankte der bürgerliche Politiker ab und ging ins Exil. In London trat er als rechtmäßiger Präsident der von den Nazis besetzten Tschechoslowakei auf. Nach Ende des Zweiten Weltkrieges regierte Benesch mittels Dekreten, die Gesetzeskraft hatten. 18 der letztlich 143 Dekrete beschäftigten sich mit der zunehmenden Entrechtung der sudetendeutschen und ungarischen Minderheiten. Ihnen wurde die Staatsangehörigkeit aberkannt, ihr Eigentum wurde entschädigungslos enteignet und deutsche Einrichtungen wurden verboten. Die Vertreibung von rund 2,5 Millionen Sudetendeutschen war in den Dekreten nicht ausdrücklich geregelt, sondern geht auf das Potsdamer Abkommen vom Oktober 1945 zurück.

Da Tschechien zu den Ländern gehört, die bald in die Europäische Union aufgenommen werden sollen, ist erneut ein Streit um die Benes-Dekrete entflammt. Soll Brüssel den Fortbestand der Dekrete im EU-Beitrittsvertrag »sichern«, wie liberal-konservative bürgerliche Politiker in Tschechien fordern, während in Deutschland die Vertriebenen-Präsidentin Erika Steinbach betont, der Ungeist dieser Dekrete dürfe nicht in die EU einziehen. Die radikalste Forderung mancher Vertriebener geht dahin, die Dekrete rückwirkend (»ex tunc«) aufzuheben, gemäßigte Kräfte fordern lediglich die Aufhebung für die Zukunft (»ex nunc«). Die Ersteren fordern eine prinzipielle Aufhebung der Dekrete, pochen auf Entschädigungen und verlangen von Prag die Übernahme der Verantwortung für die Vertreibung und die in ihrem Zuge begangenen Verbrechen; die Letzteren hoffen auf eine versöhnliche Geste von Seiten der Tschechen.

Das Europäische Parlament hat bei drei international anerkannten Rechtsexperten ein Gutachten in Auftrag gegeben, das prüfen soll, ob die Dekrete mit EU-Recht vereinbar sind.

Nach Werner Birkenmaier, in: Stuttgarter Zeitung, 18. Mai 2002, S. 5 und Walter Rzepka (bis 1997 Generallandesanwalt in Bayern), die tageszeitung, pflingsten 2002, S. 5

Das Gutachten liegt seit Anfang Oktober 2002 vor. Aus Brüssel wird gemeldet: »Die umstrittenen Benes-Dekrete werden kein Hindernis für die Aufnahme Tschechiens in die Europäische Union sein. [...] Unter Federführung des Heidelberger Professors Frowein kommen die Gutachter zu dem Schluss, dass das EU-Recht, das von Tschechien bei einem Beitritt übernommen werden muss, nicht auf die Geschehnisse der Vergangenheit angewendet werden kann.«

Nach: Stuttgarter Zeitung vom 1. 10. 2002, S. 4

(Red.)

Transportes wurden diese Durchgangslager mehr oder weniger schnell geräumt, die Flüchtlinge wurden auf die umliegenden Dörfer verteilt oder in der Stadt in Wohnungen eingewiesen. Spannungen waren vorprogrammiert: einerseits besitzlose, verwahrlost scheinende Menschen, die aufgenommen werden wollten, andererseits Einheimische, die auch während der Kriegszeit kaum etwas Neues kaufen konnten, die ihren Besitz durch die Wirren des Kriegsendes »gerettet« hatten – und die nichts von dem wussten, was den Vertriebenen widerfahren war (M 7). Und dann die unterschiedlichen psychischen Belastungen! So hatten die Vertriebenen den Verlust der Heimat und der Bindungen zu beklagen, sie hatten ihren gesamten Besitz verloren, oft bis hin zum Essbesteck (M 3), sie hatten weder Ersparnisse noch Wertgegenstände. Aber auch Einheimische waren in Sorge um ihre Männer, Väter und Söhne, die an der Front gewesen waren. Bei den Vertriebenen kam hier aber eine weitere Sorge hinzu. Wie sollten die Familienangehörigen sie finden, hier in der Fremde? Wohin würden sich die aus dem Krieg Heimkehrenden wenden, was würde mit ihnen geschehen, wenn sie nach Komotau oder Brünn zurückkehrten, als ehemalige deutsche Soldaten – und wie würden sie vom Schicksal der »ausgetriebenen« Bevölkerung überhaupt erfahren? Waren inzwischen Briefe geschrieben worden, die man verpasst hatte? Fast jede Vertriebene hat diese Stunden des Wartens und Bangens erlebt, in der ständigen Ungewissheit über das Schicksal der Angehörigen. Doch auch praktisch war Hilfe zu leisten. In jedem Dorf war eine Wohnungskommission zu bilden, die allen »überflüssigen« Wohnraum festzustellen und zu verteilen hatte. Oft wurden hier schon Vertriebene mit einbezogen, damit diese sich selbst ein Bild von den örtlichen Verhältnissen machen konnten und ihren Landsleuten gegenüber vermittelnd auftreten würden, denn auch die Einheimischen schwelgten nicht im Luxus oder Überfluss. Jedoch war, auch bei gutem Willen aller Beteiligten, diese Unterbringung unbefriedigend und weckte den Wunsch nach einer Verbesserung, bei den Flüchtlingen vor allem nach einer eigenen, abschließbaren Wohnung (M 8 – M 9). So entstanden in vielen Gemeinden Neubausiedlungen, oft genug in Eigeninitiative der »Neubürger«, die selbst ihre Tonziegel formten und trockneten oder »ihre Straße selbst bauten«, wie es in vielen Publikationen über jene Zeit heißt. Unterstützt wurden sie dabei häufig von den Aufnahmegemeinden, die Bauland zur Verfügung stellten, Holz aus dem Gemeindewald schlugen und mit der Landsiedlungsgesellschaft verhandelten, damit Kredite flossen.

Arbeitsplätze

Arbeit zu finden war eines der geringsten Probleme der damaligen Zeit. Jeder und jede versuchte, sich zu beschäftigen, etwas zu verdienen. Frauen und Kinder waren gern eingesetzte Helfer in der Landwirtschaft, zumal sie mit Naturalien bezahlt werden konnten. Adäquate Arbeitsplätze standen für die Vertriebenen aber nirgends zur Verfügung. Die ehemals selbstständigen Landwirte konnten nur in den seltensten Fällen wieder einen Bauernhof übernehmen, woher sollte man für sie Grund und Boden nehmen? Und als Knecht bei einem Bauern hielt es kaum einer lange aus, zu groß waren die psychischen Belastungen. So zog es viele als ungelernete Arbeiter in die Städte und auch viele junge Menschen, die durch die Kriegswirren ohne Lehre ins erwerbsfähige Alter

hineingewachsen waren, sahen in der Fabrikarbeit ein sicheres Auskommen. Schließlich konnte in einem zerstörten Land alles gebraucht werden, und das größte Problem der Firmen war nicht der Absatz, sondern die Rohstoffbeschaffung.

Viele der Vertriebenen, die einst selbstständige Kaufleute und Unternehmer waren, fanden sich nun in einem landwirtschaftlich geprägten Raum wieder und versuchten, sich so schnell wie möglich wieder selbstständig zu machen. Zahlreiche der inzwischen gesammelten Lebensberichte muten bezüglich der Produktionsstätten, der Materialbeschaffung und vor allem der Transportmittel recht abenteuerlich an. Nahezu jede Gemeinde bietet Beispiele für Betriebsgründungen, vom Handwerker bis zur Firma mit Weltruf.

Einzelne Industriezweige, wie die in der Vorkriegszeit weltweit operierende Gablonzer Glas- und Schmuckwarenindustrie, versuchten einen Neuaufbau ihres Wirtschaftsgflechts. Neugablonz in Bayern, Schwäbisch Gmünd in Württemberg und Karlsruhe in Baden waren die Hauptorte ihrer Bemühungen.

Mit Gründung der Bundesrepublik schuf der Staat zunehmend bessere Voraussetzungen für die berufliche Eingliederung der Vertriebenen. Beamten wurde die Wiedereinstellung in den Staatsdienst ermöglicht, für Firmengründungen wurde finanzielle Unterstützung gewährt, zinsgünstige Darlehen bereitgestellt und durch das Lastenausgleichsgesetz eine geringe Entschädigung für die erlittenen Vermögensverluste geboten. Fazit bleibt dennoch, dass die meisten Vertriebenen viele Jahre lang unter ihrer früheren beruflichen Position beschäftigt waren und große Einkommenseinbußen hinnehmen mussten. Viele Vertriebene mussten den Aufbau ihrer selbstständigen Existenz unter großen Opfern durchführen.

Religion und Brauchtumspflege

Bis zum Kriegsende war, trotz aller Evakuierten und »Fremdarbeiter« (Zwangsarbeiter), die Struktur der dörflichen Welt weitgehend unverändert geblieben. Die Einweisung von Flüchtlingen nahm nun keinerlei Rücksicht auf die gewachsenen religiösen Strukturen der Gemeinden. In den protestantischen Landstrichen des alten Königreichs Württemberg wurden die österreichisch-katholischen Sudeten-deutschen angesiedelt, in ehemals katholischen Reichsstädten fanden sich pietistisch orientierte Rückkehrer aus der Batschka oder der Walachei. So entstanden vielerorts neue Kirchengemeinden, die altehrwürdigen Pfarrkirchen vieler Dörfer wurden für die Gottesdienste beider Konfessionen genutzt, neue Feiertage wie das Reformationstfest oder Christi Himmelfahrt fanden Eingang ins Bewusstsein der gesamten Bevölkerung. Doch auch ihr Brauchtum brachten die Vertriebenen mit: Sternsinger, Fasching, das Aufstellen von Maibäumen, Sonnwendfeuer und Kirchweihfeste (Kiritog) wurden neue Termine im Jahreslauf. Viele Gemeinden übernahmen Patenschaften, so Schwäbisch Gmünd für die Brünnler oder Geislingen an der Steige für die Südmährer, und richteten solche Heimattreffen aus.

Politische Eingliederung

Von den Alliierten, namentlich den Amerikanern, wurde größter Wert darauf gelegt, die Vertriebenen nicht zu einer Minderheit in ihrer neuen Heimat werden zu lassen. Zahl-

lose Verwaltungsanordnungen beschäftigten die neuen Landräte und Bürgermeister, gingen aber an den tatsächlich Betroffenen, den Vertriebenen selbst, meist unmerklich vorüber. Sie stellten allenfalls fest, dass keine zwei Transporte aus einer Stadt dasselbe Zielgebiet erreichten, doch auch diese Maßnahme wurde teilweise gezielt unterlaufen (z. B. die Ansiedlung der Gablonzer Industrie in Schwäb. Gmünd). Dabei war die Idee der Zwangsintegration durchaus positiv zu sehen. Die »Neubürger« waren Deutsche wie die Einheimischen, eine Rückkehr in ihre alte Heimat war in den Verträgen von Teheran, Jalta und Potsdam ausgeschlossen worden. Also sollten Alt- und Neubürger von vornherein gleichberechtigt miteinander leben, sich gemeinsam am Aufbau des neuen Deutschland beteiligen. Allerdings unterschätzten die Amerikaner die Mentalität der Menschen, die landschaftlich geprägten Unterschiede, die bei Dialekt und Religion angingen und natürlich auch die jeweiligen Besitzverhältnisse der Menschen. Während die Vertriebenen mit Nichts ankamen, hatten die Badener und Württemberger ihre Güter, ihre Höfe oder zumindest ihre Wohnungen. Zerstörung durch Kriegseinwirkung war nur in manchen Gebieten vorgekommen; selbst hier waren die Menschen oft vorher evakuiert worden und hatten doch noch die nötigen Gebrauchsgegenstände mitnehmen können. Die Vertriebenen sahen sehr schnell die Notwendigkeit, sich zusammenzuschließen, um ihre Interessen zu vertreten. Wenngleich bei den ersten Wahlen offiziell keine Listen der Vertriebenen zugelassen waren, schafften sie meist eine Repräsentanz auf lokaler Ebene, also in den Gemeinderäten. Und nachdem die Alliierten den Vertriebenen nach Kriegsende noch verboten hatten, sich politisch zu organisieren, erlaubte die Bundesrepublik 1949 die Gründung des BHE (Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten), der an Wahlen teilnehmen konnte, oder auch im Bundestag vertreten war und Regierungsverantwortung trug. In vielen Stadträten war diese Gruppe als Interessenvertretung bis in die 70er-Jahre zu finden – in Schwäbisch Gmünd saßen sogar noch bis 1989 BHE-Stadträte im Gemeinderat. Die Verkündung der Charta der Heimatvertriebenen in Bad Cannstatt 1950 (→ abgedruckt in: Zeitschrift **D&E**, Heft 43/44, 2001/2002, S. 13) ist sicherlich der früheste Schritt zu einem dauerhaften Arrangement mit der Zukunft gewesen.

In einer für den deutschen Südwesten aber entscheidenden Frage erwiesen sich die Vertriebenen als politische Macht, ganz in dem Sinne, wie es sich die Amerikaner gewünscht hätten. Bei der Gründung des Landes Baden-Württemberg in seiner heutigen Form waren es die Neubürger, die, frei von traditionellen Bindungen und gegenseitigen Animositäten der alteingesessenen Bevölkerung, die Chancen erkannten, die ein größeres Gemeinwesen brachte. Zu künstlich war die Zersplitterung in die drei Länder gewesen, im Norden waren Badener und Württemberger ohnehin in einem Land vereint. So waren die Sprecher des BHE vor der Volksabstimmung 1951 viel im Land unterwegs, um bei ihren Landsleuten für das neue Land zu werben – mit Erfolg, wie man heute weiß. Insgesamt kamen 1,2 Millionen Vertriebene nach Baden-Württemberg, jede(r) Vierte im deutschen Südwesten stammt aus einer Vertriebenenfamilie.

Die Integration der Vertriebenen gilt heute als gelungen, die Geschichte hat die Unterschiede zwischen »Alt- und Neubürgern« geglättet. Durch den Zustrom von »Spätaussiedlern« seit den 80er-Jahren fand das Thema »Integration der

Vertriebenen« besonders in den Schulen neues Interesse. Vor allem durch die Möglichkeit der Zeitzeugenbefragung und das vorhandene vielfältige Fotomaterial eröffnen sich für den Unterricht neue Zugänge. Dabei lassen sich vielfältige Methoden praktizieren, wie Rollenspiel und Lerntheke, gestaltpädagogischer Ansatz und »Oral History«, lokalgeschichtliche Quellenarbeit oder Ausstellungen.

Tipps zum Weiterlesen und Spurensuchen:

- Die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg veröffentlichte in ihrer Zeitschrift **DEUTSCHLAND & EUROPA**, Heft 43–44/2002 mit dem Titel »Europa in Baden-Württemberg: 50 Jahre – ein Panorama« einen Beitrag zur Integration der Ostflüchtlinge im deutschen Südwesten mit Karten, Statistiken und Bildern.
(Vgl. auch www.lpb.bwue.de/publikat.htm)
- Flucht, Vertreibung, Gefangenschaft und Wiedereingliederung 1945–1955. Heft 11 in der Schriftenreihe des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. Landesverband Baden-Württemberg. Hrsg. in Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg. Konstanz/Stuttgart 1999
- Das Haus der Heimat des Landes Baden-Württemberg gab in Zusammenarbeit mit dem Innenministerium Baden-Württemberg Ende 2002 heraus: Umsiedlung, Flucht und Vertreibung der Deutschen als internationales Problem – Zur Geschichte eines europäischen Irrwegs. Stuttgart 2002 (92 S.)

(Red.)

Literaturhinweise

Angekommen – Angenommen? Flucht und Vertreibung 1945–1995, Hrsg. von: Haus der Heimat des Landes Baden-Württemberg, Weinmann, Filderstadt 1996

Beer, Matthias: Flüchtlinge und Vertriebene im deutschen Südwesten nach 1945. Eine Übersicht der Archivalien in den staatlichen und kommunalen Archiven des Landes Baden-Württemberg. Sigmaringen 1994

Der Bundesminister des Innern (Hrsg.): betrifft: Eingliederung der Vertriebenen, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigten. Bonn 1982

Innenministerium Baden-Württemberg (Hrsg.): Flucht, Vertreibung, Eingliederung. Baden-Württemberg als neue Heimat. Begleitband zur Ausstellung (bearb. von Immo Eberl). Sigmaringen 1993

Lienert, Eva und Wilhelm: Die Eingliederung der Heimatvertriebenen in Schwäbisch Gmünd unter besonderer Berücksichtigung der Vertriebenen aus dem Sudetenland. In: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hrsg.): Zeugen des Wiederaufbaus. Villingen-Schwenningen 1985, S. 163–238

Schwarz, Sepp (Hrsg.): Drei Jahrzehnte. Die Heimatvertriebenen in Baden-Württemberg. Stuttgart 1975

Wagnerová, Alena: 1945 waren sie Kinder. Flucht und Vertreibung im Leben einer Generation. Kiepenheuer & Witsch, Köln 1990 (In 15 Interviews befragt die tschechische Autorin Deutsche nach ihren Erinnerungen an die Zeit der Flucht und Vertreibung).

Hirsch, Helga: Schweres Gepäck. Flucht und Vertreibung als Lebensthema. Edition Körber-Stiftung, Hamburg 2004

Lokalgeschichtliche Veröffentlichungen (auch Unterrichtsprojekte mit Schülern) in den Archiven oder bei den Stadtverwaltungen von Aalen, Bad Friedrichshall, Bad Mergentheim, Biberach, Bietigheim-Bissingen, Böblingen, Bretten, Bruchsal, Buchen (Abt-Bessel-RS), Eberbach/N. (Hohenstaufen-Gymn.), Eislingen/Fils, Esslingen, Filderstadt, Freiburg/Neckar, Freiburg/Br., Gerlingen, Giengen/Brenz, Güglingen, Heilbronn, Heubach, Karlsruhe, Kirchheim/Teck, Knittlingen, Leinfelden-Echterdingen, Ludwigsburg, Mosbach, Neckarsulm, Nürtingen, Offenburg, Rastatt, Rheinau, Schorndorf, Schwäbisch Gmünd, Schwäbisch Hall, Ulm, Villingen-Schwenningen, Waiblingen, Walldürn, Weinsberg, Wendlingen, Wertheim.

Materialien

M 1 Vertreibung und Ankunft in Deutschland

Der Zug wurde zuoplombiert und am nächsten Morgen war die Abfahrt. Nach vier Tagen Fahrt (mit vielen Aufenthalten unterwegs) kamen wir in Furth im Wald an. Zur Begrüßung gab es Rübensuppe. Einen Tag später, an einem Sonntag Morgen um 9 Uhr, war die Ankunft auf dem Güterbahnhof in Schwäbisch Gmünd.

Nach langem Palaver wurden wir ausgeladen und in der Parler-Turnhalle untergebracht. Der Lagerverwalter begrüßte uns mit einer großen Rede: »Wir werden euch den Brotkorb höher hängen ... früher haben wir solche wie euch mit der Musikkapelle abgeholt, aber heute haben wir genügend von euch ... ihr hättet doch nicht davonlaufen brauchen.« Die Unterbringung erfolgte getrennt nach Männern und Frauen in den Klassenzimmern des Parlergymnasiums. ... Fünf Personen erhielten pro Tag ein Kilo Brot. Das Essen im Lager war sehr schlecht, man konnte es nur mit viel Hunger essen. Meist gab es Lauchsuppe mit fingerlangen Stücken von ungewaschenem Lauch, so dass beim Essen der Sand zwischen den Zähnen knirschte. Mehrfach wurden im Hof des Gymnasiums Impfungen durchgeführt. Viele Leute haben vom Impfen große Beulen bekommen, weil sie unzureichend ernährt waren.

Interview der Verfasser mit Frau Adolfine Mück aus Bärn (Ost-sudeten), abgedruckt in: Schnabel, Thomas: Zeugen des Wiederaufbaus. Villingen-Schwenningen 1985, S. 219 ff.

M 2 Ankunft der Vertriebenen am Bahnhof in Seckach bei Buchen im Neckar-Odenwald-Kreis



© Archiv des Jugenddorfes »Klinge« in Seckach bei Buchen im Neckar-Odenwald-Kreis

M 3 Unterbringung auf dem Dorfe

Nach vierzehn Tagen, im Oktober 1946 wurden wir auf die Dörfer verteilt. Durch den Bürgermeister von Deinbach wurden wir (meine Schwägerin, ich und meine kleine Tochter) in einen Bauernhof in Pfersbach eingewiesen. Die Bauern waren ganz aufgeregt, weil sie fremde Leute ins Haus bekamen, wahrscheinlich hatten sie Angst vor Diebstählen. Sie hielten uns für Zigeuner, bis sie gesehen haben, dass wir auch arbeiten können und anständige Leute sind. Durch Rot-Kreuz-Spenden, die in Deinbach von einem Vertriebenen verteilt wurden, wurden wir mit Kleidung (alten Mänteln, alten Hosen, alten Kleidern) und Hausrat notdürftig versorgt. Ich bekam einen Teller, eine Gabel, ein Messer, mit dem wir später zu dritt auskommen mussten. Schon bei dieser Verteilung gab es Drängeleien und Ungerechtigkeiten. Auf dem Hof bekamen wir ein Zimmer, ca. 3 m auf 3 m. In diesem Zimmer haben wir gekocht, gewaschen, geschlafen. Um Essen zu bekommen, haben wir freiwillig auf dem Hof geholfen. ... Die Bäuerin, bei der wir waren, war auch Kriegerwitwe, und wenn wir uns unterhalten wollten, holte sie immer ihre Schwester als Dolmetscherin. Natürlich suchten wir bald nach unserer Ankunft in Deutschland nach meinem Sohn (7 Jahre), von dem wir seit Februar 1945 nichts mehr gehört hatten. Er war im September 1944 in Glaserhau eingeschult und sofort mit einem Transport nach Österreich in ein Lager verschickt worden. Das erste halbe Jahr hatten wir noch brieflich Kontakt mit dem Rektor, aber dann mussten auch wir Glaserhau verlassen. Von einem früheren Dorfgenossen bekamen wir nun die Adresse des Lehrers und über diesen erfuhren wir dann die Adresse des Kindes. Er war von Österreich im September 1945 nach Bad Reichenhall verlegt worden, und dort hat ihn meine Schwägerin dann im Dezember 1946 mit der Bahn abgeholt. Mit zerrissenen Kleidern und halb barfuß kam er in Pfersbach an. Er hatte großen Hunger gelitten und die ersten vierzehn Tage nur gefressen. Da ich wegen der Kinder nicht in die Fabrik gehen konnte, haben wir auch weiterhin bei den Bauern gearbeitet und in der Erntezeit haben auch die Kinder mitgeholfen. Wenn der Sohn mit seinen neun Jahren abends mit einem Stück Brot vom Bauern zurückkam, hat er schon durchs Fenster gerufen: »Schau mal, ich hab ein Stück Brot gekriegt!« Darüber waren wir schon glücklich. Ich lebte von der Sozialrente und dem Geld, das ich beim Bauern verdiente.

Interview der Verfasser mit Frau Maria Michele aus Glaserhau (Slowakei), in: Schnabel, Zeugen, S. 217–218

M 4 Verteilung der Vertriebenen in Kleinsachsenheim



Einweisung der Flüchtlinge in ihr neues Heim durch den Bürgermeister in Kleinsachsenheim. Kreis-Medienzentrum Ludwigsburg. Landratsamt

M 5 Organisation der Nothilfe

»Wir haben Lager für 6000 Menschen gegründet, Gmünd war eine Durchgangsstadt. Ankommende Flüchtlingstransporte wurden zuerst von meinem Mann begrüßt, zunächst im Namen der Stadt als Flüchtlingskommissar, später als Oberbürgermeister. Dann wurde jeder Flüchtling von einem Arzt zwar nicht untersucht, aber doch angesehen, ob er lagerfähig sei. Dazu haben wir eine Ärztekommision gebildet. Mit requirierten Bussen wurden die Flüchtlinge dann in eines der Lager gebracht. Der Aufenthalt dauerte ca. 10–14 Tage, die Flüchtlinge sollten sich vom Transportschock erholen, wegen der Weiterverwicklung wurden die Berufe registriert, das gehörte zum Aufnahmeverfahren im Lager.

Im Herbst 1945 haben die Amerikaner eine große Kleidersammlung durchgeführt. Die gesamte Bevölkerung musste dafür ein größeres Kleidungsstück (Mantel, Anzug) abgeben. Die Amerikaner nahmen zunächst für die DPs (Displaced Persons) was sie brauchten, den Rest haben wir uns dann erbettelt, schließlich waren wir schon beim Einsammeln dabei. Somit hatten wir für die Flüchtlingstransporte Vorräte.

Das Zusammentragen der Lebensmittel war eines der größten Probleme, denn die Lebensmittelmarken reichten doch nicht aus! Einmal sind Frau M. und ich allein mit einem LKW nach Bayern gefahren, um Kartoffeln zu holen. Nur das Benzin zu beschaffen war damals schon ein Problem. Auf dem Gut eines befreundeten Großgrundbesitzers bekamen wir eine LKW-Ladung Kartoffeln, das reichte dann wieder für eine Weile.

Mit der Währungsreform hörte die Nothilfe auf, Ende September 1948 lief unsere Tätigkeit aus. Von der Nothilfe haben wir Wärmestuben eingerichtet, Schulspeisungen mit Lebensmitteln von den Amerikanern organisiert, ein Kinderheim und zwei Altenheime gegründet, Nähstuben und eine Hausschuhmacherei eingerichtet und eine Schuhtauschzentrale organisiert. Wir haben versucht, die Flüchtlinge mit allem zu versorgen, was sie brauchten. Mein Mann »erfand« den Flüchtlingsausweis, der dann auf Landesebene, später bundesweit eingeführt wurde.«

Interview der Verfasser mit Frau Käthe Czisch, Begründerin der Nothilfe in Schwäb. Gmünd und Gattin des späteren Oberbürgermeisters (unveröff. Ms.)

M 6 Mit dem Koffer auf dem Bett leben



Abbildung aus: Im Schwabenland eine neue Heimat gefunden. Nürtingen 1989, S. 51.

© Caritasverband der Diözese Rottenburg-Stuttgart

M 7 Wohnen bei anderen Leuten

Nach ca. 3–4 Wochen im Lager bekamen wir eine Wohnung Ecke Lessing-/Haußmannstraße. Uns wurde das ehemalige Wohnzimmer (ca. 20 qm) im ersten Stock und eine Dachkammer zugewiesen. Dort konnten wir aber nur die Betten für unsere beiden ältesten Kinder stellen. Die Miete betrug 45 RM, das entsprach einem Wochenlohn. Für die Familie mit damals drei Kindern musste auf einem Sparherd gekocht werden, wenn die Gnädigste es gestattete, durfte meine Frau eine Flamme auf ihrem Herd mitbenutzen. Zu Geburtstag hat sie meiner Frau gestattet, in dem Badewasser, aus dem sie gerade entstiegen war, zu baden. Der Mann hat sich immer wieder für das Verhalten seiner Frau entschuldigt, aber sie war eben eine Xanthippe.

Interview der Verfasser mit Herrn Josef Janota, Gründer des Hilfsverbandes in Schwäb. Gmünd und von 1950–1964 Landtagsabgeordneter des BHE (später SPD), aus: Schnabel, Zeugen, S. 206–208

M 8 Frauen formen von Hand 40 000 Hohlblocksteine, die an der Luft getrocknet werden



Abbildung aus: Zeugen des Wiederaufbaus, S. 163
(Foto: Josef Janota)

M 9 Bau eines Eigenheims

1951 äußerte ich gegenüber dem Bürgermeister Bauabsichten, wenn er mir schon keine Wohnung zuweisen könne. Ich war sehr überrascht, dass er mir ohne Zögern eine Parzelle zuwies: »Aber die ist noch nicht vermessen.« Da ging ich zum Vermessungsrat Lang. Der war gerade eine Woche verheiratet. Ich erzählte seiner Frau mein Schicksal und bat sie um ihre Hilfe. Herr Lang forderte mich auf, am kommenden Donnerstag Grenzsteine und ein Vermessungsgerät mitzubringen und ihn auf der Parzelle zu erwarten. Nachdem er 4 von 5 Grenzsteinen gesetzt hatte, kam der Bürgermeister und wollte eingreifen. Herr Lang ließ sich aber nicht abhalten und setzte mir den letzten Stein. Der Bürgermeister schimpfte, dass andere Jahre auf die Vermessung warten müssten. »Das wollte ich eben vermeiden, so lange habe ich nicht Zeit«, entgegnete ich. Vom Kreisbaumeister, den ich noch von meiner Zeit in der Baufirma (ich hatte dort von 1946–1948 die Buchhaltung gemacht) her persönlich kannte, ließ ich mir für 129 Mark einen Bauplan sofort genehmigen und brachte ihn persönlich beim Herlikofer Bürgermeister vorbei. Es presstierte uns, denn mein Mann wollte am 1. Mai mit dem Ausheben der Baugrube beginnen. Nun stand mir noch ein Besuch beim Landrat wegen der Bezugsbewilligung für das Baumaterial bevor. Ich besaß ein einziges besseres Kleid, das ich bei solchen Besuchen immer trug. Da ich auch ihn schon persönlich kannte, bekam ich die nötigen Bezugsscheine. Vom Landrat aus ging ich zur Kreissparkasse. Dort saß eine frühere Mitbürgerin aus der alten Heimat. Bei ihr erkundigte ich mich nach dem für Kredite zuständigen Herrn – die Zinsen lagen damals bei 10 %. Der Direktor hielt mich für verrückt. Ich sagte ihm: »Ich habe hier schon viele Kriegsrüinen gesehen, aber noch keine Bauruine eines Sudeten-deutschen, der nicht in sein Haus hätte einziehen können.« Den Kredit bekam ich dann auch. Das Haus haben wir, mein Mann und ich, gemeinsam gebaut, hier ist keine Schaufel Mörtel, die wir nicht selbst hergeschleppt haben. Im Herbst 1951 sind wir ins eigene Haus eingezogen – zuerst nur in einige Zimmer, aber es ging. Als das Haus dann fertig war, haben wir es durch die Kommission abnehmen lassen – und da hat uns der Bürgermeister vier Personen, die eine Wohnung suchten, eingewiesen! Aber mein Schwager hat dann auch gebaut und diese Leute als Mieter in sein neues Haus übernommen.

Interview der Verfasser mit Frau Adolfine Mück aus Bärn (Ost-sudeten), die in Herlikofen bei Schwäb. Gmünd untergekommen war, aus: Schnabel, Zeugen, S. 221



V. Migration nach Deutschland

Migration

1. Gastarbeiter: Zuwanderung von Arbeitskräften in den Jahren 1955–2000

Von Ernst Heilig und Walter-S. Kircher

Wie es begann: 1955–1973

Die Zuwanderung von Arbeitskräften nach Deutschland begann nicht erst 1955. Bereits in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts stieg die Zahl der überwiegend wirtschaftlich motivierten Zuwanderer stark an. Sie kamen meist aus Österreich, Ungarn, Polen, Russland, Dänemark, der Schweiz, den Niederlanden, Italien und wurden überall dort eingesetzt, wo viele Handarbeiter gebraucht wurden, also zum Beispiel in der Landwirtschaft, im Bergbau, beim Auf- und Ausbau der Eisenbahnstrecken.

Und doch kommt dem Jahr 1955 im Zusammenhang mit dem Thema dieses Beitrags eine besondere Bedeutung zu. Im Dezember dieses Jahres wurde nämlich die **erste Anwerbevereinbarung** für Arbeitskräfte zwischen der Regierung Italiens und derjenigen der Bundesrepublik Deutschland getroffen. Somit konnten ein Jahr später die ersten ausländischen Arbeitskräfte offiziell nach Deutschland kommen. In der Folgezeit gab es dann noch weitere Anwerbeabkommen: 1960 mit Spanien und Griechenland, 1961 mit der Türkei, 1964 mit Portugal, 1965 mit Tunesien und Marokko und 1968 mit dem damaligen Jugoslawien. Tatsächlich liegen die Wurzeln der Anwerbung von

Arbeitsmigranten im Württembergischen. Der zunächst vergeblichen Eigeninitiative von Vertretern des Bauernverbandes seit 1953 war es zu verdanken, dass im Jahr 1955 die ersten 300 landwirtschaftlichen Arbeiter nach Baden-Württemberg kamen und auf Betriebe der Region verteilt werden konnten (**M 1a**); vgl. zum gesamten Themenkomplex für die letzten 50 Jahre die Veröffentlichungen von K.-H. Meier-Braun und Martin A. Kilgus, s. Literaturverzeichnis, S. 50. **M 1b** schildert die **Ankunft** in Deutschland und die erste Zeit in der Rückschau. Wie ein türkischer Arbeiter seiner Enkelin sein Leben in Deutschland erzählt, stellt **M 2** dar: Das vorgestellte Interview kann als Anregung dienen für eine selbstständige Spurensuche.

Von 1955 bis 1973 sah man die Beschäftigung von Ausländern als eher **vorübergehende Erscheinung** an. Man ging davon aus, dass die ausländischen Arbeitnehmer über kurz oder lang in ihre jeweiligen Heimatländer zurückkehren würden. Infolgedessen wurde kein Konzept erarbeitet, in dem infrastrukturelle, sozial- oder bildungspolitische Gesichtspunkte eine nennenswerte Rolle gespielt hätten.

Bereits im Jahr 1964 kam mit dem Portugiesen Armando Rodrigues der einmillionste »Gastarbeiter« nach Deutschland; auf ihn wartete am Kölner Hauptbahnhof ein Empfangskomitee, das ihm einen Blumenstrauß und ein Moped überreichte. Der fünfhunderttausendste baden-württembergische »Gastarbeiter« kam 1970 aus Kroatien. Der **Begriff »Gastarbeiter«** selbst, obwohl vorher schon

gebräuchlich, setzte sich schließlich im Rahmen eines Wettbewerbs durch, der im Jahr 1970 ausgeschrieben wurde und an dem mehr als 30 000 Leute teilnahmen. Die Einsendungen deckten dabei die ganze Bandbreite der Empfindungen ab: »Auslandsroboter«, »Boombändiger«, »Kulis«, »Zastarbeiter«, »Fremdarbeiter«.

Die wachsende Zahl ausländischer Arbeiter in der Bundesrepublik Deutschland warf nun schon in den 1960er-Jahren die Frage auf, wie derart große Minderheiten, die zum allergrößten Teil des Deutschen nicht oder nur sehr bedingt mächtig waren, mit Informationen versorgt werden könnten, die ihnen helfen sollten, sich in der ihnen fremden Arbeitswelt zurechtzufinden. Die Landesrundfunkanstalten der ARD reagierten mit der Schaffung eines täglichen **Hörfunkprogramms** für die in der Bundesrepublik lebenden und arbeitenden Ausländer. Die erste Sendung in den Sprachen Italienisch, Spanisch, Griechisch und Türkisch wurde am 1. November 1964 ausgestrahlt, im Mai 1970 kam noch eine Sendung in serbokroatischer Sprache hinzu.

Andererseits bildeten sich bereits in dieser ersten Phase **Vereine** innerhalb der neu Hinzugezogenen (**M 3**), die es sich zur Aufgabe machten, ein Stück Heimat in der Fremde zu schaffen und als Informationsplattform für Neuankömmlinge zu dienen. Daneben nahmen die Vereine auch die Aufgabe wahr, die deutsche Umgebung über die jeweiligen Heimatländer auf authentische und unkomplizierte Weise zu informieren: Das führte zur Einrichtung von unzähligen Flamenco-, Sirtaki- und Tarantellafesten, bei denen neben Tanz- und Musikfolklore Essen und Trinken der jeweiligen Länder im Mittelpunkt standen – eine Tatsache, die langfristig gesehen nicht unwesentlich zur Erweiterung des kulturellen und kulinarischen Horizonts der deutschen Bevölkerung beitragen sollte.

Ausländerbeschäftigung 1973–1979: Begrenzung und neuer Zuzug

Was nicht anders geschehen konnte, geschah: Immer mehr ausländische Arbeitnehmer holten ihre Familien nach Deutschland, und es stellte sich heraus, dass die Idee der vorübergehenden Beschäftigung von Ausländern eben doch nicht trug. Anfang der Siebzigerjahre entstand eine Diskussion darüber, was diese Beschäftigung insgesamt kostete und welcher Nutzen von ihr erwartet werden konnte, ebenso machte sich eine Besorgnis um möglicherweise entstehende soziale Konflikte breit. Das führte dazu, dass im Jahr 1973 ein **Anwerbestopp** für ausländische Arbeitnehmer verhängt wurde. Der neue Grundsatz hieß »Konsolidierung« und bedeutete, dass die Zahl der

ausländischen Arbeitnehmer begrenzt und daran angepasst werden sollte, wie viele von ihnen die soziale Infrastruktur aufnehmen konnte.

Angekündigt wurde auch erstmals eine Eingliederungspolitik für die ausländischen Familien, deren Ziel es war, auch auf längere Sicht in der Bundesrepublik Deutschland bleiben zu wollen. Die Maßnahme führte dazu, dass die bereits in Deutschland lebenden Arbeitnehmer veranlasst wurden, ihre Familien nachkommen zu lassen. Ein Übriges schuf die im Jahr 1975 getroffene Regelung, das Kindergeld für Kinder, die in ihren Heimatländern geblieben waren, herabzusetzen, wodurch der Zuzug zusätzlich gesteigert wurde.

1979–1990: Integrationskonzepte und der Weg zu einem neuen Ausländergesetz

Als erster forderte damals der ehemalige Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Heinz Kühn, der erste **Ausländerbeauftragte der Bundesregierung**, dass die »faktische Einwanderung« anerkannt, ein Kommunalwahlrecht für Ausländer geschaffen und die Einbürgerung von ausländischen Jugendlichen erleichtert werden müsste. Er kritisierte die nur arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkte der bisherigen Ausländerpolitik. Die Bundesregierung stellte sich jedoch gegen die Forderungen ihres eigenen Ausländerbeauftragten.

Ab dem Jahr 1981 verstärkte sich der Druck der CDU/CSU-Opposition auf die von einer Koalition aus SPD und FDP gebildeten Bundesregierung, indem die Opposition von der Regierung eine effektive Begrenzungs politik forderte. Die Bundesregierung stellte für das Jahr 1982 eine Novelle des Ausländergesetzes in Aussicht und beschloss am 14. Juli 1982 Maßnahmen, welche die **Rückkehr ausländischer Arbeitnehmer** fördern sollten. Kurz darauf löste eine Koalition aus CDU, CSU und FDP die alte Bundesregierung ab, dabei spielte die Ausländerpolitik bei den Koalitionsverhandlungen eine wichtige Rolle. Die Ausländerproblematik bildete so auch einen der Schwerpunkte des Dringlichkeitsprogramms der neuen Regierung und fand ihren Niederschlag in der Bildung einer Kommission »Ausländerpolitik«, in der sich Vertreter von Bund, Ländern und Gemeinden fanden. Im Jahr 1983 kündigte die Bundesregierung ein neues Ausländergesetz an. Ordnungspolitische Maßnahmen traten immer stärker in den Vordergrund und führten zu einer wachsenden Politisierung des Problems in der öffentlichen Diskussion, zugespitzt auf die Frage der Herabsetzung des Nachzugsalters für ausländische Kinder und der Rückführung ausländischer Arbeitnehmer. Ein **neues Ausländerrecht** konnte schließlich am 1. Januar **1991** in Kraft treten. Allerdings erfüllte auch dieses neue Ausländergesetz, das die Integration durch mehr Sicherheit hinsichtlich ihres Aufenthaltsstatus erleichtern sollte, nicht die Anforderungen, die man an ein modernes Ausländergesetz stellen konnte: Erleichterte Einbürgerung oder gar Doppelstaatsangehörigkeit wurden nicht gewährt.

1990–2000: zwischen Asylbewerberfurcht und erwünschter Zuwanderung

In den frühen 90er-Jahren wurde die Diskussion über Integration oder Rückführung besonders türkischer Gastarbeiter zeitweilig überlagert von den Auseinandersetzungen

gen um **Asylbewerber, Aussiedler sowie Wirtschafts-, Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge**. Ausführlich dargestellt und mit umfangreichen Materialien versehen sind diese Themenbereiche in den nachfolgenden Heften.

- Migration. In: Politik und Unterricht, Heft 1/1994, hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg
- Türken bei uns. In: Politik und Unterricht, Heft 3/2000, hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg
- Islam in Deutschland. In: Der Bürger im Staat. Heft 4/2001, hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg
- zur Grundgesetzänderung »Asyl«: GG im Profil. In: Politik und Unterricht, Heft 1/1999, hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg
- Aussiedler. In: Informationen zur politischen Bildung Nr. 267, 2/2000, hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn

Anforderungen an

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg:

- service@verlag-weinmann.com direkt oder über www.lpb.bwue.de/publikat/html

Informationen zur politischen Bildung:

- schriftlich: Franzis' print & media, Postfach 15 07 40, 80045 München (Postkarte) oder Fax: (0 89) 5 11 72 92

Rassistische Ausschreitungen (Hoyerswerda, Mölln, Solingen) und latente Fremdenfeindlichkeit führten dazu, dass sich Politik und Öffentlichkeit erneut mit den Fragen einer effizienten Ausländerpolitik auseinandersetzen mussten. Könnte ein neues Staatsbürgerschaftsrecht, das zum Beispiel den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit für in Deutschland geborene Ausländerkinder erleichterte, zu einer rascheren Integration führen? Auch die Frage der doppelten Staatsbürgerschaft wurde erneut erwogen, aber von der damaligen Regierung wieder verworfen.

Nach dem **Maastrichter Vertrag** (»Vertrag über die Europäische Union«, unterzeichnet von den zwölf Mitgliedern der EG am 7. Februar 1992, in Kraft gesetzt am 1. November 1993) erhielten in Deutschland lebende EU-Bürger, neben dem Recht an Wahlen zum Europaparlament teilzunehmen, auch das **kommunale Wahlrecht**. Damit konnte ein Viertel der Ausländer an Kommunalwahlen teilnehmen, in Baden-Württemberg erstmals 1999. Ende der 90er-Jahre hatte sich schließlich in nahezu allen Parteien und Verbänden, in Kirchen und der Wirtschaft die Erkenntnis durchgesetzt, dass Deutschland faktisch zu einem Einwanderungsland geworden war, zumal trotz des Ausländerstopps während der gesamten 90er-Jahre auf Drängen der Wirtschaft hin jährlich circa 1 Million vorwiegend Saison-, Gast- und Werkvertragsarbeiter ins Land gekommen waren, weil keine Deutschen oder Arbeiter aus EU-Ländern zur Verfügung standen (vgl. Meier-Braun, Einwanderungsland, 2002, S. 90).

Neue Brisanz bekam die Diskussion um die Integration ausländischer, in erster Linie türkischer Jugendlicher durch die Veröffentlichung der **PISA-Studie 2000**. Der Ausländerbeauftragte der Landesregierung Baden-Württemberg stellt in seinem Jahresbericht 2001/2002, S. 37 im Hinblick auf die Schülerschaft mit Migrationshintergrund fest:

»Jugendliche aus Familien mit Migrationshintergrund bleiben in fast allen drei Bereichen im Durchschnitt deutlich unter den Kompetenzniveaus, die 15-Jährige erreichen, deren beide Eltern in Deutschland geboren wurden. [...] Die entscheidende Hürde (zu höheren Bildungsabschlüssen) ist das Fehlen einer ausreichenden Lesekompetenz. [...]

Knapp zwei Millionen **Menschen türkischer Herkunft** leben als größte Minderheit in Deutschland (**M 4**). Knapp eine halbe Million von ihnen besuchen derzeit allgemeinbildende Schulen. Ein Fünftel davon verlässt die Schule ohne Abschluss, 40 Prozent erreichen nur den Hauptschulabschluss. 1998 waren 40 Prozent ohne Berufsausbildung. Dennoch sind Fortschritte zu verzeichnen. Die Abiturquote hat sich in den letzten zehn Jahren verdreifacht und im Jahre 2002 studierten 23 689 türkische Studenten und Studentinnen an deutschen Hochschulen (ein Drittel sind weibliche Studierende). 73,4 Prozent von ihnen haben das Abitur in Deutschland erworben. Dennoch ist die Situation weiterhin alarmierend, wie **M 5** zeigt. Die Frage der **Integrierbarkeit**, der **Integrationsbereitschaft** ausländischer Migranten wird in der deutschen Öffentlichkeit, Wissenschaft, Politik und Kultur durchaus sehr kontrovers, ja sogar pointiert zugespitzt beantwortet (vgl. **M 6** und **M 7**). Die Notwendigkeit der Offenheit und der Anstrengungen auf beiden Seiten, der »angestammten Bevölkerung« und der »Dazukommenden«, betont Bundespräsident Rau in seiner Rede (**M 6**). Aber am Beispiel der Türken in Deutschland, der überwiegenden Mehrheit der eingewanderten Arbeitskräfte und ihrer Familien, wird von dem Bielefelder Historiker Wehler vor allem ihre Fähigkeit zur Integration mit dem Hinweis u. a. auf die grundsätzlichen unterschiedlichen Kulturen in Frage gestellt (**M 7**). Der Geschichtsdidaktiker Pellens hingegen spricht davon, »dass wir es in der Türkei von der modernen Staatsidee her mit dem aufgeklärten Islam zu tun haben« (Migration, S. 236), räumt aber ein: »Trotzdem sind in der Türkei und bei Gastarbeiterfamilien fundamentalistische Tendenzen festzustellen. So ist aus dem Jahre 1987 die Schätzung überliefert, dass ca. 60 % der türkischen Jugendlichen in Deutschland neben dem regulären Schulunterricht auch die Koranschulen besuchen.« (ebd.) Die Hinwendung muslimischer Jugendlicher der zweiten und dritten Generation zum Besuch der Koranschulen, zur Strenggläubigkeit (und zum Fundamentalismus?) nimmt nach Pressemeldungen in jüngster Zeit weiterhin zu. Für ein Heraustreten aus der Reserve sowohl der Deutschen als auch der Muslime plädiert der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime Deutschlands (**M 8**). Ein Arbeitspapier der Konrad-Adenauer-Stiftung »Projekt Zuwanderung und Integration. Türken in Deutschland« (Dezember 2001) befragte ihre Einstellung zu Staat und Gesellschaft und kam als Ergebnis zu einem relativ positiven Bild (<http://www.kas.de>).

Literaturverzeichnis siehe S. 50

Materialien

M 1 Anwerbung und Ankunft

a) Anwerbung

Karl Lutterbeck vom Bauernverband Baden-Württemberg machte sich 1953 auf eigene Faust auf nach Oberitalien, um die ersten Landarbeiter zu holen. Erst bei der dritten Fahrt, bei der man den italienischen Vizekonsul aus Freiburg mitnahm, gelang es, die Sache perfekt zu machen. Im Arbeitsamt Udine sammelten sich 600 Arbeitswillige, die nach Deutschland wollten. Daraus suchten sich die Vertreter des Bauernverbandes etwa 300 Bewerber aus. Karl Lutterbeck schildert in Sendungen des Süddeutschen Rundfunks die Auslese so: »Da saßen wir an einem Tisch, so wie bei einer Musterungskommission, und die defilierten dann also an uns vorbei. Und dann haben wir sie uns nach der Größe, nach der Stärke, nach Körperbau angeguckt. Manchmal haben wir uns auch die Hände zeigen lassen, ob sie auch möglichst große Hände und feste Schwielen an den Fingern haben. Daraus meinten wir zu sehen, ob er also das Arbeiten gewöhnt ist. Ab und zu guckte man einem dieser Italiener in den Mund, um festzustellen, ob auch seine Zähne einigermaßen in Ordnung sind!«

Aus: Karl-Heinz Meier-Braun: 40 Jahre »Gastarbeiter« und Ausländerpolitik in Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament B 35/95, 25. August 1995, S. 14

b) Ankunft in Deutschland – erste Zeit

Für Silvano J. ging es 1959 zunächst per Sammeltransport nach München. Eine Verpflegung im Zug während der 12-stündigen Fahrt hatte es nicht gegeben. Von München wurden sie auf Züge verteilt, die in verschiedene Städte gingen. Silvano J. war in den Zug Richtung Stuttgart gestiegen. In Augsburg stiegen die ersten aus, in Ulm die nächsten. »Da war jemand, der hat gesagt, Du und Du und Du, Ihr geht da jetzt raus. Leute waren da, die haben uns praktisch an der Hand geführt wie Kinder.«

Er kam mit weiteren 15 Italienern in Stuttgart an. Dort standen schon Leute von Firmen am Bahnsteig zur Abholung bereit. Zu Silvano J. und einem Kollegen sagte jemand: »Ihr geht jetzt in diesen Zug rein, Richtung Ludwigsburg. In Ludwigsburg hat der Schaffner gesagt: Ihr geht jetzt da raus.«

Dann kam jemand von der Firma mit dem VW-Bus, um sie abzuholen. »Mein Kollege hat den Fahrer gefragt: »Du Patron? Der war nämlich schon in Frankreich und wollte wissen, welche Stellung der in der Firma hatte. Keine Antwort. Dann hat er gefragt: Du Chef? Keine Antwort. Dann hat mein Kollege zu mir gesagt: Du, ich glaube, der ist taubstumm.«

Die Unterbringung erfolgte nicht in Holzbaracken, sondern in festen Häusern, zu dritt in einem Zimmer ohne Stockbetten. »Nur das Bett war nicht gut, es bestand aus einem Holzbrett und als Matratze ein bisschen Stroh.« Als sie den Chef fragten: »Schlafen Sie auch so?«, bekamen sie richtige Betten.

Jeden Tag wurden die Arbeiter mit einem LKW zu den Baustellen gefahren und wieder abgeholt. Ständig brachten Lastwagen Material zur Baustelle. Dies musste von Hand verteilt werden, Maschinen gab es dafür noch nicht.

»Ich habe mir gedacht, mit 21 Jahren, was soll ich da mein ganzes Leben lang Steine verteilen, ich kann bestimmt noch was anderes machen.«

Anfang 1960 ging Silvano J. zu einer Gipserfirma. »Das war auch schwer, aber schon etwas besser bezahlt. Wir haben im Akkord Häuser verputzt. Als es im Herbst kalt wurde, bin ich in die Fabrik gegangen. Man hat damals Arbeit gehabt, so viel man wollte.«

So kam er am 18. 10. 1960 zur Firma Getrag, wo er noch heute arbeitet. In seiner Abteilung war Silvano J. der erste Ausländer, in der ganzen Firma der dritte Italiener. »Die deutschen Kollegen kannten die Italiener nur vom Hörensagen. Als der erste kam, verschwanden alle Flaschen vom Tisch und alles wurde zugeschlossen. Damals hieß es, die Italiener klauen. Sie haben dann aber gemerkt, dass ich nicht klaue, und nach ein paar Wochen waren wir die besten Freunde. Wir waren ja alle junge Kerle damals.« ...

Aus Katalog zur Ausstellung »Vertraute Fremde – Italiener a Ludwigsburg«, Herbert Würth, Ankunft, Ludwigsburg, 1998, S. 76



Mariano F. hat zum ersten Mal mit Schnee Kontakt, 1956 schickt er dieses Foto mit dem Hilferuf »O sole mio« nach Italien zu seiner Familie.

Aus: Vertraute Fremde. Italiener a Ludwigsburg, S. 30

M 2 Spurensuche – Anregung für Projektarbeit

Jugendliche ausländischer Herkunft aus Tübingen befragten ihre Eltern und Großeltern im Rahmen des generationenübergreifenden Schreibprojekts »HEIMAT HIER UND DORT – Älter werden in der Fremde«. Ihre Ergebnisse wurden veröffentlicht in einem Sonderdruck des Schwäbischen Tagblatts, Tübingen 1999. Ein Beispiel aus diesem gelungenen Projekt soll hier zitiert werden.



Yagmur Ergün mit ihrem türkischen Großvater Hasan Tekin E. Foto: Schwäbisches Tagblatt; aus: HEIMAT HIER UND DORT. Verlag Schwäbisches Tagblatt, Tübingen 1999, S. 30

Mein netter Opa

Ich, Yagmur Ergün (10), sehe meinen Opa fast jeden Tag. Meistens kommt er zu uns zu Besuch und bleibt dann drei oder vier Stunden. Dann erzählen wir, was so alles passiert ist. Für dieses Interview sind wir zum Opa gegangen. Meine Schwester, Pinar Ergün (11) war auch mit dabei. Während ich meinen Opa befragt habe, hat sie unsere Oma interviewt. Mein Opa war gleich bereit mitzumachen und es hat ihm auch Spaß gemacht, beim Erzählen ist er von einem Thema zum anderen gekommen.

Mein Opa heißt Hasan Tekin E. und ist 62 Jahre alt. Vor 27 Jahren ist er aus der Türkei nach Deutschland gekommen, um hier zu arbeiten. Damals war er 35 Jahre alt. Er ist allein nach Deutschland gekommen, obwohl er damals schon mit meiner Oma verheiratet war. Mein Opa ist vor meiner Oma aus der Türkei nach Deutschland gekommen und hat sich dann eine Arbeit gesucht. Meine Oma ist dann zwei oder drei Monate später mit meiner Tante nachgekommen.

Mein Opa ist in Keschan in der Türkei geboren. Als er klein war, ist er ganz oft Fahrrad gefahren. Als er hier nach Deutschland kam, hatte er in seinem Koffer nur Kleider und Fotos von seiner Familie drin. Seine ersten deutschen Wörter waren tschüss, hallo, ja und nein. Heute spricht er bei der Arbeit deutsch, zu Hause türkisch. Er liest gern türkische Zeitungen. Er isst gern beides: türkisches und deutsches Essen. In Tübingen lebt er mit meiner Oma und mit meiner Tante zusammen. Er hat zwei Kinder: meine Tante und meinen Vater. Die meiste Zeit verbringt er mit mir, meiner Schwester Pinar und unseren zwei Geschwistern. Wenn er Zeit hat, gehen wir zusammen Fahrrad fahren. In den Sommerferien fährt er in die Türkei. In drei Jahren, wenn er nicht mehr arbeiten muss, will er ganz in die Türkei zurückgehen. Dort will er ruhig und gesund werden. Dort ist seine Heimat, dort will er auch sterben.

Aus: HEIMAT HIER UND DORT. Verlag Schwäbisches Tagblatt, Tübingen 1999, S. 29–30

M 3 Italien gegen Spanien in Baden-Württemberg



1964: Die Frauen der Spieler beim Spiel der italienischen gegen die spanische Fußballmannschaft in Göppingen. Das Spiel endete 1:1.
Foto: Antonio Fernández

Ein spanischer Elternverein



Lokal des spanischen Elternvereins in Göppingen im Jahre 1999
Foto: Spanischer Elternverein Göppingen

M 4 Nachbarn aus dem Ausland

Dieses Bild kann aus urheberrechtlichen Gründen nicht angezeigt werden

7,3 Millionen Ausländer und Ausländerinnen leben in Deutschland. Jeder fünfte von ihnen, insgesamt 1,5 Millionen, ist hier geboren. Besonders hoch ist dieser Anteil unter den Türken, Italienern und Griechen – (Kindes-)Kinder der so genannten Gastarbeiter, die in den 60er-Jahren als Arbeitskräfte angeheuert wurden. Rund fünf Millionen Ausländer, etwas zwei Drittel, leben bereits acht Jahre oder länger in Deutschland und haben damit die für eine Einbürgerung notwendige Aufenthaltsdauer. Hatte Ende der 60er-Jahre nicht einmal jeder 30. Bürger einen nicht-deutschen Pass (3,2 Prozent der Gesamtbevölkerung), ist es heute jeder elfte (8,9 Prozent).

M 5 Integrationsbarrieren

»Der Rückzug in Gettos ist eine Gefahr für unsere Gesellschaft«

Auszüge aus einem Interview mit dem Vorsitzenden der Föderation türkischer Elternvereine in Deutschland, Dr. Ertekin Özcan, im Juni 2002.

Die Föderation (FÖTED) ist 1995 gegründet worden und organisiert etwa 4000 Eltern türkischer Herkunft in acht Bundesländern.

Frage: Die internationale Pisa-Studie hat gezeigt, dass Deutschland vor allem bei der Integration ausländischer Kinder großen Nachholbedarf hat. Freuen Sie sich über die jetzt angestoßene Diskussion?

A.: Seit 20 Jahren versuchen wir, die Politiker auf diese Problematik hinzuweisen. Endlich gibt es kleine Ansätze. Da hat die Pisa-Studie einiges dazu beigetragen. Das Resümee nach 40 Jahren Immigration in Deutschland ist dennoch, dass trotz der multikulturellen Strukturen im Erziehungs- und Bildungsbereich vieles vernachlässigt wurde. [...]

In Berlin-Kreuzberg gibt es beispielsweise Schulen mit bis zu 90 Prozent Kindern nichtdeutscher Herkunftssprache. Wenn man davon ausgeht, dass in 20 oder 30 Jahren in deutschen Metropolen der Anteil der Nichtdeutschen etwa auf die Hälfte ansteigt, kommt man mit Quotenregelung [für ausländische Kinder in den Klassen] nicht weiter. Man muss entsprechende Konzepte haben.

Frage: Was sind die Hauptprobleme, an denen eine Integration scheitert?

A.: Zu den Hauptfaktoren zählen die Bildungspolitik der Länder, die eine Multikulturalität der Gesellschaft und der Schüler nicht vorsieht, die familiäre Situation und die Schichtzugehörigkeit. Dazu gehört aber auch die Qualifikation der Lehrer. Wenn Lehrer nicht fähig sind, Deutsch als Zweitsprache zu unterrichten, wie können dann Kinder mit geringen deutschen Sprachkenntnissen in die Schule integriert werden?

[...] Wichtig ist, dass man mit einem obligatorischen Vorschuljahr bereits ab dem nächsten Schuljahr beginnt und innerhalb von drei Jahren die Kita- (d. h. Kindertagesstätten) Pflicht ab drei Jahren einführt.

[...] Vor zwanzig Jahren hat die Hälfte der Schüler türkischer Herkunft die Schule ohne Abschluss verlassen. Die Schüler von damals sind die Eltern von heute. Das heißt: diese Eltern sind nicht in der Lage, ihren Kindern Deutsch beizubringen. [...] Die Kindergartenpflicht ist nur der erste Schritt [...]. Erzieherinnen müssten dementsprechend aus- und fortgebildet werden. [...]

Frage: Eine zentrale Rolle spielen die Eltern. Drei Viertel aller türkischen Eltern sind wegen unzureichender Sprachkenntnisse aber nicht einmal in der Lage, an Elternabenden teilzunehmen.

A.: Es gibt keine zuverlässigen Zahlen, es ist unsere Vermutung. Ein Viertel der Eltern ist interessiert und versucht, den Kindern mit Taten zu helfen. Viele wissen nicht einmal, wie ihre Kinder eine gute Ausbildung bekommen. Ein zweites Viertel kann man motivieren zu den Elternabenden zu kommen, mit den Problemen der Kinder konfrontiert zu werden. Der Rest – etwa die Hälfte der Eltern – ist nicht in der Lage, sich zu artikulieren und kümmert sich nicht um die Probleme. [...] Die Elternvereine sind enorm wichtig und haben eine Brückenfunktion. Sie informieren, beraten und mobilisieren die Eltern.

[...]

Deutschland hat bis heute kein Integrationskonzept. Sogar im neuen Zuwanderungsgesetz sind keine Instrumente und Gelder vorgesehen für Menschen, die hier ansässig sind oder hier geboren wurden. Nur für die neuen Zuwanderer gibt es Lösungsansätze.

Frage: Das gibt wenig Hoffnung ...

A.: Wenn man kein Konzept hat und wenn man nicht weiß, was man in zehn Jahren oder in zwanzig Jahren erreichen will und durch welche Mittel diese Ziele angepeilt werden, bleibt eine Gruppe dieser Menschen unter sich, wird immer konservativer und schottet sich völlig ab. Das ist eine Gefahr für unsere Gesellschaft.

Nach: Stuttgarter Zeitung, 19. Juni 2002.

Für weitere Informationen siehe Webseite der Föderation:

www.tuerkische-elternfoederation.de

M 6 Integration braucht langen Atem und Geduld

- Wir müssen Unsicherheit und Angst überwinden, die manchmal zur Fremdenfeindschaft, zu Hass und Gewalt führen. Wir müssen eine falsch verstandene Ausländerfreundlichkeit überwinden, die so tut, als gebe es überhaupt keine Probleme und Konflikte, wenn Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammenleben.
- Dass Menschen unterschiedlicher Herkunft und Kultur in unserem Land zusammenleben, wird sich nicht mehr ändern. Integration ist daher die Aufgabe, die wir gemeinsam anpacken müssen, wenn wir das Zusammenleben erfolgreich und friedlich gestalten wollen.
- Integration braucht langen Atem und Geduld. Sie braucht die Offenheit der angestammten Bevölkerung. Noch mehr braucht sie aber – und das gilt heute besonders – die Bereitschaft und die Anstrengung der neu Dazukommenden – die Bereitschaft, nicht nur dazu zu kommen, sondern auch dazu gehören zu wollen.
- Das Zusammenleben ist auch schwierig und es ist anstrengend. Wer das leugnet oder nicht wahrhaben will, ist mit den Appellen zu mehr Toleranz, Freundlichkeit und Aufnahmebereitschaft ungläubwürdig.
- Integration kommt nicht von allein. Man muss etwas dafür tun. Das ist oft anstrengend. Wir dürfen diese neue Anstrengung nicht missverstehen als einen mildtätigen Akt, mit dem wir Ausländern einen Gefallen tun. Wenn wir etwas für bessere Integration tun, dann tun wir das nicht nur aus Mitmenschlichkeit oder christlicher Nächstenliebe, sondern in unserem aufgeklärten Eigeninteresse.
- Es ist kein Zeichen von Ausländerfeindlichkeit, wenn Lehrer und Schulleiter darauf achten, dass in der Schule deutsch gesprochen wird. Ganz im Gegenteil: Wo das nicht geschieht, scheitert die Integration von Anfang an – zum Schaden aller Kinder.
- Wer dauerhaft in Deutschland leben will, braucht seine Herkunft nicht zu verleugnen. Er muss aber bereit sein, eine offene Gesellschaft nach dem Leitbild des Grundgesetzes mitzugestalten. Das ist unser Angebot an alle.

Sätze aus der Rede des Bundespräsidenten Johannes Rau vom 12. Mai 2000 im Haus der Kulturen in Berlin. Die Rede im vollständigen Wortlaut: www.bundespraesident.de

M 7 »Muslime sind nicht integrierbar«

Der Bielefelder Historiker Hans-Ulrich Wehler in einem Interview mit Ralph Bollmann von »die tageszeitung« anlässlich des Deutschen Historikertages in Halle, September 2002

[...]

Was können speziell Historiker zu der Debatte nach dem 11. September beitragen?

Wehler: Sie können die ganze Diskussion in eine historische Perspektive rücken. Der Islam ist die einzige Weltreligion, die noch immer auffällig rasch expandiert. Er wird das Christentum bald weit überholt haben. Es handelt sich um einen militanten Monotheismus, der seine Herkunft aus der Welt kriegerischer arabischer Nomadenstämme nicht verleugnen kann.

Wollen Sie damit sagen: Wir haben es tatsächlich mit einem »Kampf der Kulturen« zu tun, wie der US-amerikanische Politologe Samuel Huntington meint?

W: Die Kritik der Multikulti-Gutmenschen, die Huntingtons Buch in den Orkus getan haben, kann ich überhaupt nicht verstehen. Ich bezweifle, dass die Kritiker die 550 Seiten wirklich gelesen haben. Es handelt sich um eine ganz nüchterne Analyse, wo nach dem Ende des Kalten Krieges neue Konfliktlinien auftauchen könnten. Das kann man nicht mit der linken Hand abtun – nach dem 11. September erst recht nicht.

Beweist nicht die Bundesrepublik mit ihren 2,4 Millionen türkischen Einwanderern, dass ein friedliches Zusammenleben funktionieren kann?

W: Das Beispiel zeigt, dass es eben nicht funktioniert. Die Bundesrepublik hat kein Ausländerproblem, sie hat ein Türkenproblem. Diese muslimische Diaspora ist im Prinzip nicht integrierbar. Die Bundesrepublik ist seit ihrer Gründung mit heute zehn Prozent Zugewanderten bravourös fertig geworden. Aber irgendwann kommt eine Grenze, was man einer komplexen Gesellschaft zumuten kann.

Und wie antworten Sie auf diese Frage?

W: Man muss das streng steuern. Alle Einwandererländer haben nach einer Phase der ungesteuerten Einwanderung die Notbremse gezogen. Die Amerikaner und Australier sogar mit ausgesprochen rassistischen Kriterien. Das amerikanische Einwanderungsgesetz von 1922/23, das vierzig Jahre lang in Kraft war, enthält den Kunstbegriff der »Kaukasier«. Das waren sozusagen die blonden Weißen, die in hoher Quote einreisen durften.

Plädieren Sie etwa dafür, auch bei uns solche Kriterien anzuwenden?

W: Man soll sich nicht freiwillig Sprengstoff ins Land holen. [...]

Akademische Eliten lassen sich offenbar problemlos integrieren. Ist die Integrationsfähigkeit eher eine Frage des sozialen Status als der Religion?

W: In der Bundesrepublik kann man von einer türkischen Elite kaum sprechen – abgesehen von dem berühmten

Touristikunternehmer Vural Öger und wenigen anderen. Die Türken werden in einer Religion groß, die spezifische Integrationsbarrieren bereitstellt. Die fundamentalistische Strömung ist mehrheitsfähig, auch in der Türkei selbst.

Kann man diesen Trend stoppen, indem man die westlich orientierten Kräfte durch die Aussicht auf einen EU-Beitritt stärkt?

W: Dieses Argument grenzt an politischen Schwachsinn. Europa ist geprägt durch die christliche Tradition, durch die jüdisch-römisch-griechische Antike, durch Renaissance, Aufklärung, Wissenschaftsrevolution. Das alles gilt auch für die Beitrittsstaaten in Osteuropa. Aber es gilt nicht für die Türkei. Man kann diese Kulturgrenze nicht in einem Akt mutwilliger Selbsterstörung einfach ignorieren. Obendrein würde eine Aufnahme der Türkei den Europäern so famose Nachbarn wie Syrien und den Irak bescheren.

[...]

Aus: die tageszeitung, 10. September 2002, S. 6

M 8 Eigenständigkeit und Integration – Kulturelle Bereicherung oder Bedrohung?

Der Vorsitzende des Zentralrats der Moslems in Deutschland, Nadeem Elyas, wird in einem Artikel der Zeitung »Das Parlament« v. 17. 3. 2000 folgendermaßen zitiert:

Fremde in Deutschland würden schwerer akzeptiert werden als in anderen Ländern. Er führt das zurück auf die vergleichsweise geringen Kontakte mit Fremden in der Vergangenheit. So musste nach seinen Worten Deutschland »in den Sechzigerjahren fast einen Kulturschock durch den plötzlichen Kontakt mit den Strömen der »Gastarbeiter« erleben. Die umgetauschte Rolle der »Gäste« gegen die der ständigen Mitbürger und eingebürgerten Deutschen wurde und wird von vielen als nicht normal, ja als bedrohliche Vereinnahmung der deutschen Gesellschaft durch die »Fremden« empfunden.« Elyas hat den Eindruck, dass in Frankreich oder England das Fremde gerade auch in Gestalt des Islam mehr als kulturelle Bereicherung und weniger als Bedrohung empfunden wird.

Er erhofft auch, dass im Sinne der Integration die Moslems ihrerseits »ob einzelne Personen oder Moscheegemeinden und Vereine, mehr Öffnung an die Gesellschaft praktizieren, mehr Mut zu gemeinsamen Aktionen mit Kirchengemeinden, Synagogen, Gewerkschaften und Parteien zeigen und dass sich manche islamische Gemeinden endlich aus ihrer Reservehaltung in die Öffentlichkeit wagen.«

Nach: Rudolf Grimm (dpa): Moslems in Deutschland wollen Eigenständigkeit und Integration. In: Das Parlament Nr. 12, 17. März 2000, S. 10 (Thema: Ausländer in Europa)



V. Migration nach Deutschland

2. Migration aktuell

Von Walter-S. Kircher

Ein Einwanderungsland wie zum Beispiel die USA ist Deutschland zwar nicht. In Amerika war die Einwanderung von Bevölkerungsgruppen aus verschiedenen Ländern staatsgründend und ohne sie wären dort keine Staaten entstanden. Dennoch wird der Begriff »Einwanderungsland« auch für Deutschland zunehmend ungenierter benutzt (vgl. auch Bildungsplan für das Gymnasium, Kursstufe, 23. 8. 2001, in: Lehrplanheft 3/2001, S. 11). Eventuell zutreffender und weniger emotionsbeladen ist allerdings der Begriff »Zuwanderung«.

Betrachtet man die Zu- und Fortzüge der letzten vierzig Jahre, fällt der wellenförmige Verlauf auf, der sich durch Konjunkturschwankungen und politische Entwicklungen erklärt. So brachte etwa das Ende des Ost-West-Konfliktes einen gravierenden Einschnitt (M 1a, M 1b). 2003 lebten in Deutschland 7,33 Millionen Ausländer, ein Anteil von 8,9 % der Gesamtbevölkerung (vgl. V. 1, S. 44: M 4: Nachbarn aus dem Ausland). In Baden-Württemberg beträgt der Anteil der Ausländer an der Bevölkerung ca. 12,1 Prozent, in einigen Ballungsräumen über 19 Prozent (M 2a, M 2b). Interessant in diesen Zusammenhängen ist die Anzahl der **Zuwanderer** aus den am 1. Mai 2004 in die EU beigetretenen Ländern. Diese sind pro Beitrittsland ebenfalls unter www.statistik.baden-wuerttemberg.de abrufbar.

Angesichts der demographischen Entwicklung gab es im Vorfeld der Debatte um das 2004 verabschiedete Zuwanderungsgesetz erst zu nehmende Stimmen, die forderten, es müssten Regelungen für eine weitere Zuwanderung getroffen werden (d. h. »Bestandserhaltungsmigration«), um den Wirtschaftsstandort und damit auch den Sozialstaat zu sichern. Denn bliebe die Tendenz, wie aus dem Überblick 1962–2002 und den Bevölkerungsberechnungen erkennbar, bestehen (M 3a, M 3b), so schrumpfte die Bevölkerung in Deutschland bis 2050 auf 60 Millionen (M 4). Die zur Zeit geltenden Regelungen für Rente und Gesundheit seien ohne einschneidende Abstriche nicht haltbar. So würde bei gleichbleibender Geburtenrate (2003: 1,3 Kinder pro Frau) in 40 Jahren auf einen Rentner nur noch ein aktiver Beitragszahler kommen. Dann müssten die Rentenbeiträge auf etwa 40 Prozent des Arbeitseinkommens steigen. Hierbei handelt es sich allerdings um ein so genanntes »worst-case scenario«.

Unter den verschiedenen Parteien und gesellschaftlichen Gruppierungen wurde aber jahrelang die Frage hart debattiert, ob eine Zuwanderung überhaupt notwendig sei, damit zum Beispiel die Innovationskraft von Wirtschaft und Gesellschaft nicht beeinträchtigt werde, und wenn ja, in welchem **Ausmaß, unter welchen Bedingun-**

gen und Beschränkungen. Der Konflikt darum ist seit der **Verabschiedung des neuen Zuwanderungsgesetzes im Juli 2004 durch den Bundestag und Bundesrat** (1. Juli bzw. 9. Juli 2004) im Großen und Ganzen beigelegt (siehe S. 48–49).

Besondere Regelungen gelten schon seit Jahren für **Spätaussiedler**, d. h. deutsche Volkszugehörige (GG Art. 116) aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion, Polen, Rumänien sowie anderen osteuropäischen Staaten. Seit 1993 darf die Zahl der aufzunehmenden Personen von 220 000 pro Jahr nicht überschritten werden. Weisen Spätaussiedler im Aufnahmeverfahren ihre deutsche Abstammung sowie ihre kulturelle, insbesondere sprachliche Prägung nach, erwerben sie wie auch ihre Familienangehörigen die deutsche Staatsangehörigkeit. Seit 1993 müssen die Antragsteller, wenn sie nicht aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion kommen, glaubhaft machen, dass sie als Volkszugehörige noch am 31. 12. 1992 oder danach persönliche Benachteiligungen erlitten haben. Mittlerweile gehen die Zuzüge stark zurück (M 5a, M 5b), auch infolge einer gezielten Unterstützung durch die verschiedenen Bundesregierungen, welche die Lebensverhältnisse in den Herkunftsländern schrittweise verbessern konnte. Zwischen etwa 60 000 und 100 000 kommen im Jahr nach Deutschland, circa 10 000–12 000 davon nach Baden-Württemberg. Das Innenministerium organisiert seit 2002 so genannte »Integrationslotsen« besonders für Jugendliche aus Russland. Auch die Zahl der **Kriegsflüchtlinge** aus dem ehemaligen Jugoslawien verminderte sich seit 1999 beträchtlich. Sie betrug

1996 = 345 000	2001 = 24 000
1997 = 245 000	2002 unter 20 000
1998 = 100 000	
1999 = 50 000	Quelle: Bundesministerium
2000 = 30 000	des Innern; www.bmi.bund.de

Einen weiteren Anteil der Migration nach Deutschland stellen die **Asylbewerber** dar (M 6). Nicht zuletzt aufgrund der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft wurde 1949 der Artikel 16 in das Grundgesetz aufgenommen (»Politisch Verfolgte genießen Asylrecht«). Zum Änderungsgesetz von 1993, Artikel 16a, vgl. GG im Profil, in: Politik und Unterricht, H. 1/99, S. 44–45). Die Prozentzahlen der Anerkennung ausländischer Flüchtlinge schwanken zwischen 9 Prozent 1995 und 4 Prozent 1998 und sind weiter rückläufig, d. h. eine große Zahl der Anträge wurde abgelehnt und zahlreiche Asylbewerber mussten damals wie heute wieder ausreisen. Nach dem Amsterda-

mer Vertrag der Europäischen Union im Mai 1999 sind jedoch eine Vereinheitlichung der Asyl- und Zuwanderungspolitik sowie Leitlinien für eine Migrationsstrategie vorgesehen. Neue, 2005 in Kraft tretende Richtlinien der Harmonisierung von EU-Recht sowie das ebenfalls ab 2005 geltende neue Zuwanderungsgesetz werden eine Änderung der Asylpraxis auch in Deutschland bewirken (siehe S. 49).

Der Weg zum neuen Zuwanderungsgesetz (2000–2004)

Bundesinnenminister Schily (SPD) hatte im Jahre 2000 eine **Unabhängige Kommission »Zuwanderung«** unter der Leitung der ehemaligen Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth (CDU) einberufen (die so genannte »Süßmuth-Kommission«). Neben Flüchtlingsschutz, Beschleunigung des Asylverfahrens, Familiennachzug und Integration schlug diese Kommission Regelungen zur **Arbeitsmigration** vor (vgl. Heft »Migration«, 1. und 2. Auflage 2002, 2003, **M 8**, S. 55; www.lpb.bwue.de), welche die Zuwanderung »im Bewusstsein der Bevölkerung« als »eine Bereicherung für unser Land« erscheinen lassen sollten. (Bericht, Zusammenfassung und Gutachten: www.bmi.bund.de).

»Am Anfang war die Greencard«: Um den Fachkräftemangel in der Informations- und Kommunikationswirtschaft zu mindern, vereinbarte die Bundesregierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder im Mai 2000 ein Sofortprogramm (**Green Card-Regelung**), wonach bis zu 20 000 ausländische IT-Spitzenkräfte angeworben werden sollten. Bis zum 31. Januar 2002 wurden zwar nur 10 994 Green Cards erteilt, ihre Einführung gilt jedoch als positives Signal: Das »Bild des Gastarbeiters bei der Müllabfuhr« wich dem des »Experten bei der Computerfirma«. 2004 ist es allerdings um diese Regelung recht still geworden.

Für eine **grundsätzliche Neuregelung** legte die Bundesregierung dem Bundestag 2002 ein »Gesetz zur Steuerung und Begrenzung und zur Regelung des Aufenthalts und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern« (Zuwanderungsgesetz) vor, dem eine Mehrheit im Bundestag zustimmte. Die Zustimmung im Bundesrat war aber umstritten, so dass Bundespräsident Rau erst nach längerer Überprüfung dann doch am 20. Juni unterschrieb. Dennoch ließ er den Weg einer verbindlichen Entscheidung über den Abstimmungsmodus im Bundesrat durch das zuständige Bundesverfassungsgericht offen. Der Zweite Senat des Gerichts entschied am 18. Dezember 2002, dass das Zuwanderungsgesetz im Bundesrat keine Mehrheit gefunden habe und damit ungültig sei. Gegenstand des Normenkontrollverfahrens war aber nicht die Zuwanderung generell, sondern allein die Beratung und Abstimmung über das Gesetz in der Ländervertretung. Deshalb konnte die Süddeutsche Zeitung nach der Urteilsverkündung formulieren: »Das Zuwanderungsgesetz ist tot, es lebe das Zuwanderungsgesetz.«

Ganz so einfach war der Weg zum neuen Zuwanderungsgesetz jedoch nicht. Erst 18 Monate später ist dieses grundlegende Gesetzeswerk nach langen und intensiven Verhandlungen im Vermittlungsverfahren vom Bundestag am 1. Juli 2004 verabschiedet worden. Der Bundesrat stimmte dem Gesetz am 9. Juli 2004 zu. In Kraft tritt es am 1. Januar 2005.

Das neue Zuwanderungsgesetz: »nach langer Reise endlich am Ziel«

Dieses Gesetz umfasst 15 Artikel, wobei allein Artikel 1 in zehn Kapiteln 107 Paragraphen enthält, deren wichtigste Punkte folgende sind:

1. **Neue Strukturen:** Reduzierung der Zahl der Aufenthaltstitel auf zwei: eine (**befristete**) **Aufenthalts-erlaubnis** und eine (**unbefristete**) **Niederlassungs-erlaubnis**. Das neue Aufenthaltsrecht orientiert sich nur noch an den **Aufenthaltszwecken** (Ausbildung, Erwerbstätigkeit, Familiennachzug, Humanitäre Gründe). Zuordnung wichtiger Aufgaben zum neuen Bundesamt für Migration.
2. **Arbeitsmigration: Hochqualifizierte** können von Anfang an eine Daueraufenthalts-erlaubnis (»Niederlassungs-erlaubnis«) erwerben. **Selbstständige** erhalten eine Aufenthaltserlaubnis bei einer Investition von mindestens 1 Mio. Euro und der Schaffung von 10 Arbeitsplätzen. **Ausländische Studienabsolventen** können für ein Jahr eine Aufenthaltserlaubnis erwerben, um sich einen Arbeitsplatz in Deutschland zu suchen. Beibehaltung des **Arbeitsstopps für Nicht- und Geringqualifizierte**. Für Staatsangehörige der **Beitrittsstaaten** Zugang zum Arbeitsmarkt bei qualifizierten Beschäftigten, aber nur soweit kein Deutscher oder Gleichberechtigter zur Verfügung steht. **Vorrang** gegenüber Angehörigen aus Drittstaaten. **Punkteverfahren** gestrichen (gegenüber dem Süßmuth-Kommissionsbericht und dem Gesetz von 2002).
3. **Humanitäre Zuwanderung:** Gewährung des Flüchtlingsstatus (GFK-Flüchtling) auch bei **nichtstaatlicher Verfolgung** in Anlehnung an die EU-Qualifikationsrichtlinie. Anerkennung **geschlechtsspezifischer Verfolgung** nach der Formel: »Eine Verfolgung wegen der Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe kann auch dann vorliegen, wenn eine Bedrohung des Lebens, der körperlichen Unversehrtheit oder der Freiheit allein an das Geschlecht anknüpft.« [...] Die **Duldung** wird als Instrument der Feinsteuerung beibehalten. Die Länder können Härtefallkommissionen zur Härtefallregelung einrichten.
4. **Kindernachzug** unter Berücksichtigung der Familien-nachzugsrichtlinie. Nachzugsanspruch bis **18.** Lebensjahr bei Kindern von Asylberechtigten, GFK-Flüchtlingen sowie Einreise im Familienverbund, Beherrschung der deutschen Sprache oder »positiver Integrationsprognose« – maßgebliche Altersgrenze im Übrigen: **16** Jahre, sowie **restriktive** Ermessensregelung, bei der aber Kindeswohl und familiäre Situation zu berücksichtigen sind.
5. **Die Integration:** Einführung des **Anspruchsmodells für Neuzuwanderer** (auf Integrationskurse), die sich dauerhaft im Bundesgebiet aufhalten. **Aufenthaltsrechtliche Sanktionierung** nicht ordnungsmäßiger Kursteilnahme bei Neuzuwanderern. **Verpflichtung für Bestandsausländer** im Rahmen verfügbarer Kursplätze [...]. Bei Verletzung dieser Teilnahmepflicht Leistungskürzungen. Integrationskurse für **Unionsbürger**. Der **Bund trägt die Kosten der Integrationskurse**. Jährlich sollen etwa 50 000 bis 60 000 bereits in Deutschland lebende Ausländer an Kursen teilnehmen. Eigenbeträge sind vorgesehen nach finanzieller Leistungsfähigkeit. Die **Länder** tragen die Kosten der

sozialpädagogischen Betreuung und der Kinderbetreuung.

6. Die **Sicherheitsaspekte** nehmen großen Raum ein: eine **Abschiebungsanordnung** wird eingeführt, erlassen werden kann sie von obersten Landesbehörden und vom Bund aufgrund einer »tatsachengestützten Gefahrenprognose«. Rechtsschutz nur in einer Instanz vor dem Bundesverwaltungsgericht. Falls Vollzug der Abschiebung scheitert (Folter, Todesstrafe sind Abschiebungshindernisse), gelten **Meldeauflagen, Einschränkungen der Freizügigkeit** (ohne Bewährung). **Neuer zwingender Ausweisungsgrund bei Schleusern**: im Falle der Verurteilung zu einer **Freiheitsstrafe ohne Bewährung. Regelausweisung, wenn Tatsachen die Schlussfolgerung rechtfertigen, dass ein Ausländer einer Vereinigung angehört oder angehört hat, die den Terrorismus unterstützt oder unterstützt hat.** Einführung einer **Regelausweisung von Leitern verbotener Vereine.** Einführung einer **Ermessensausweisung für »geistige Brandstifter«**, (Beispiel »Hetzer« in Moscheen) vgl. § 55 Abs. 2 Nr.8 [...]. Einführung einer **Regelanfrage** über verfassungsfeindliche Erkenntnisse vor der Erteilung einer Niederlassungserlaubnis ... und vor der Entscheidung über eine Einbürgerung.
7. **Unionsbürger** benötigen **keine Aufenthaltserlaubnis** mehr, es besteht nur noch Meldepflicht bei den Meldebehörden.
8. **Europäische Harmonisierung**: Die **EU-Richtlinien** zur Gewährung von **vorübergehendem Schutz** und zur **Anerkennung von Rückführungsentscheidungen** anderer Mitgliedstaaten und die Richtlinie zur Ergänzung der Regelungen nach Artikel 26 des Schengener Durchführungsübereinkommens werden übernommen.
9. **Asylverfahren**: Die **aufenthaltsrechtliche Stellung** von Inhabern des sog. »kleinen Asyls« wird der von Asylberechtigten angeglichen: befristeter Aufenthaltstitel; nach drei Jahren Verfestigung möglich; auch Inhaber des sog. »kleinen Asyls« erhalten **ungehinderten Arbeitsmarktzugang**. Die **Weisungsunabhängigkeit der Einzelentscheider und das Amt des Bundesbeauftragten für Asylangelegenheiten werden abgeschafft**. [Es folgen Regelungen für untergetauchte Asylantragsteller, Ausschlussgründe für das sog. »kleine Asyl« sowie für **unerlaubt eingereiste Ausländer, die keinen Asylantrag stellen**, aber auch nicht in Abschiebehaft genommen oder abgeschoben werden können.]
10. **Spätaussiedler**: Einführung des Nachweises von Sprachkenntnissen bei Familienangehörigen als Voraussetzung für die Einbeziehung in den Aufnahmebescheid (Grundkenntnisse). (Vgl. www.zuwanderungsgesetz.de oder www.bmi.bund.de/dokumente/Artikel/)

Schlagwortartige Stimmen zur Einigung im Zuwanderungsgesetzeskompromiss sind knapp skizziert in **M 7**.

»**Neue Perspektiven für die deutsche Asylpraxis**« (Stuttgarter Zeitung vom 12. 11. 2004, S. 8) könnten das neue Zuwanderungsgesetz ab 1. 1. 2005 und die Harmonisierung des EU-Flüchtlingsrechts eröffnen. Denn in der deutschen Rechtsprechung wurden in den Jahren vor der Verabschiedung des neuen Zuwanderungsgesetzes Menschen in der Regel nur dann als vollwertige **Asylbewerber** anerkannt, wenn sie in ihrer Heimat von staat-

licher oder quasi-staatlicher Verfolgung bedroht waren. Wer bisher – aus welchem Grund auch immer – von nicht-staatlicher Verfolgung, sei es in einem Bürgerkrieg oder durch extreme religiöse Gruppen, bedroht war, durfte allenfalls mit minderem Schutz rechnen. Das neue Zuwanderungsgesetz anerkennt aber auch **politische, nicht-staatliche Verfolgung als Asylgrund** (s. oben Nr. 3). Und nach zwei neuen EU-Richtlinien, deren Ziel die Vereinheitlichung in allen Mitgliedsstaaten ist, soll die **Genfer Konvention** wesentlicher Bestandteil des Rechtsrahmens für den Schutz von Flüchtlingen werden. Vor allem für **Bürgerkriegsflüchtlinge** könnten sich dadurch die Aussichten auf Anerkennung verbessern, es werde voraussichtlich also einen »Perspektivwechsel« geben (so Stefan Kuntze, Vorsitzender des für Asylfragen zuständigen Senats des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg, zitiert in der Stuttgarter Zeitung vom 12. 11. 2004). Nach der EU-Vorschrift werde auch **geschlechtsspezifische Bedrohung** als Grund für Asylschutz anerkannt. Damit werden Schutz suchende Frauen, vor allem aus Afrika, Asyl erhalten können. Der UN-Flüchtlingskommissar in Deutschland hofft jedenfalls, dass diese Grundgedanken der Genfer Konvention auch in der deutschen Rechtspraxis wieder mehr Gewicht bekommen. Insofern hält der UN-Vertreter das neue Zuwanderungsgesetz für einen Fortschritt in diesem Problembereich.

Die Erweiterung der EU um zehn Länder seit dem 1. Mai 2004 wird eine weitere Migration in die Bundesrepublik zur Folge haben, ebenso die für 2007 zur Debatte stehende Aufnahme von Bulgarien und Rumänien. Wenn einerseits das Einbeziehen neuer Wirtschaftsräume in den gemeinsamen Markt Vorteile für Deutschland bringen wird, können andererseits Wanderungsentscheidungen neuer EU-Bürger im Rahmen der EU-Gesetzgebung den Wettbewerbsdruck auf dem Arbeitsmarkt erhöhen und die Leistungen der jeweiligen Sozialsysteme beeinflussen (**M 8**). Von Kritikern der ab 1. Januar 2005 in der EU geltenden Regelung wird gar eine beträchtliche »Masseneinwanderung aus Osteuropa in die westeuropäischen Sozialkassen« befürchtet, andere halten das eher für eine Entwicklung zur »Angleichung und Konvergenz« (vgl. Zusatz zu **M 8**, S. 55 und ausführlich Stuttgarter Zeitung vom 1. Juni 2004, S. 5).

Wichtig für die Berufs- und Lebensverhältnisse von Zuwanderern ist auf alle Fälle ihre **Integration in die deutsche Gesellschaft**. Notwendig sind, wie das neue Zuwanderungsgesetz dies auch vorsieht, gezielte und differenzierte Maßnahmen zur Erstförderung von Zuwanderern sowie der Förderung der bereits im Lande lebenden. Das bedeutet eben, dass Deutsch-, Arbeitsmarkts- und Sozialkundekurse verpflichtend werden (**M 9**), wobei unter Sozialkunde Grundzüge der Rechtsordnung, Geschichte und Kultur verstanden werden kann. Zuwanderer müssen erkennen, dass Integration nicht individueller Beliebigkeit unterworfen ist, sondern dass von ihnen **Anforderungen** zu verlangen sind – Beherrschung der deutschen Sprache und Akzeptanz der im Grundgesetz formulierten demokratischen Werte – weil nur über eine sprachliche und sozialkundliche Kompetenz auch ein beruflicher Erfolg möglich ist. Die erhofften positiven Resultate werden aber auch zur besseren Akzeptanz von Zuwanderern beitragen (**M 10**).

Ein **ungelöstes Problem** im Zusammenhang mit der internationalen Migration stellt die wachsende Zahl **illegaler Zuwanderer** dar. Im Juni 2002 hatten sich die

Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union in Sevilla auf einen Stufenplan geeinigt, der innerhalb eines Jahres den Aufbau eines grenzüberschreitenden Netzes sowie die Gründung einer Sondereinheit von Fachbeamten vorsieht. Zudem soll eine polizeiliche Eingreiftruppe für Krisensituationen geschaffen werden. Innerhalb von fünf Jahren soll ein europäisches Grenzschutzkorps entstehen, das die EU-Außengrenzen lückenlos überwachen soll, wobei aufgegriffene Illegale in gemeinsamer Verantwortung abgeschoben werden können. Abgelehnt wurde eine »Migrationsklausel«, d. h. der Entzug finanzieller Mittel für Herkunfts- und Transitländer illegaler Zuwanderer. Solchen Ländern soll aber technische und finanzielle Hilfe beim Schutz eigener Grenzen und beim Kampf gegen Schlepperbanden angeboten werden, deren kriminelle Gewinne weltweit auf circa 20 Milliarden Dollar geschätzt werden. Deutschland ist hier also mit seinen Regelungen nicht auf sich allein gestellt. Manche Vorschläge aus den EU-Staaten sind jedoch sehr umstritten. Die Innenminister der fünf großen EU-Staaten konnten sich im Oktober 2004 nicht auf weitere Maßnahmen gegen die illegale Einwanderung einigen. Der Idee von Auf- und Abfanglagern (»Aufnahmeeinrichtungen«, »Anlaufstellen«, so der deutsche Innenminister Otto Schily) in Nordafrika konnten Spanien und Frankreich mit Hinweis auf die Menschenrechte nichts Positives abgewinnen. Einigkeit herrschte dagegen darüber, bis 2006 EU-Reisepässe mit digitalem Fingerabdruck einzuführen. Weitere **europäische Regelungen** werden folgen müssen.

Literaturhinweise

Ankommen. Varmak. Türkische Musliminnen und Muslime in Schwäbisch Hall. Hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg mit Unterstützung der Landesstiftung. Stuttgart/Schwäbisch Hall 2004

Klaus J. Bade: Europa in Bewegung. Migration vom späten 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart. München 2000

Klaus J. Bade/Rainer Münz: Migration in Europa. Historische Erfahrungen und aktuelle Probleme. Woher? Wohin? Europäische Integrationsmuster 1950-2000. In: Informativ und Aktuell, hrsg. von der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung, Hannover 2001

Klaus J. Bade/Rainer Münz: Migrationsreport 2000. Fakten – Analysen – Perspektiven. Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung. © 2000 Campus Verlag, Frankfurt/Main

Karl-Heinz Meier-Braun: Deutschland, Einwanderungsland. edition suhrkamp 2266, Frankfurt am Main 2002 (Besprechung von Dieter Oberndörfer in: Bürger im Staat, Heft 4/2002)

Karl-Heinz Meier-Braun/Martin A. Kilgus (Hrsg.): Migration 2000 – Perspektiven für das 21. Jahrhundert. 5. Radioforum Ausländer bei uns. Nomos, Baden-Baden 1998

Europa in Baden-Württemberg: ein Panorama. In: Zeitschrift DEUTSCHLAND & EUROPA. Heft 43/44, 2002, hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (besonders S. 6–10: Zuwanderung – Fünf Porträts)

Siegfried Frech: Migration – ein Thema für den Geschichtsunterricht. In: Die Unterrichtspraxis, Heft 4, 15. 5. 2002, S. 30–32

Ulrich Herbert: Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland: Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge. Beck, München 2001

»Hirsch«-Begegnungsstätte für Ältere e. V. Universitätsstadt Tübingen, Kulturamt: Heimat – hier und dort. Älterwerden in der Fremde – Jugendliche ausländischer Herkunft berichten über ihre Eltern und Großeltern. Schwäbisches Tagblatt, Tübingen 1999

Migration und Asyl in Zahlen. Tabellen, Diagramme, Erläuterungen. Aktualisierte 11. Auflage, 2004. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge [www.bamf.de]

Karl Pellens (Hrsg.): Migration. Lernchancen für den historisch-politischen Unterricht (= Didaktische Reihe der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg), Wochenschau-Verlag, Schwalbach/Ts. 1998

Projekt Zuwanderung. Türken in Deutschland – Einstellungen zu Staat und Gesellschaft. Von Ulrich von Wilamowitz-Moellendorf. Arbeitspapier 53/2001 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Sankt-Augustin, Dezember 2001 (mit zahlreichen Schaubildern/Graphiken)

Luzia Simons: face migration – Sichtvermerke. Katalog Ausstellung Württembergischer Kunstverein 2002 (Ein Gemeinschaftsprojekt des SWR, der Stadt Stuttgart und des Landes Baden-Württemberg)

Sophia Tiemann: Die Integration islamischer Migranten in Deutschland und Frankreich – ein Situationsvergleich ausgewählter Bevölkerungsgruppen. Wostok Verlag, Berlin 2004

Vertraute Fremde. Italiani a Ludwigsburg. Katalog zur Ausstellung im Städtischen Museum Ludwigsburg. Ludwigsburg 1999

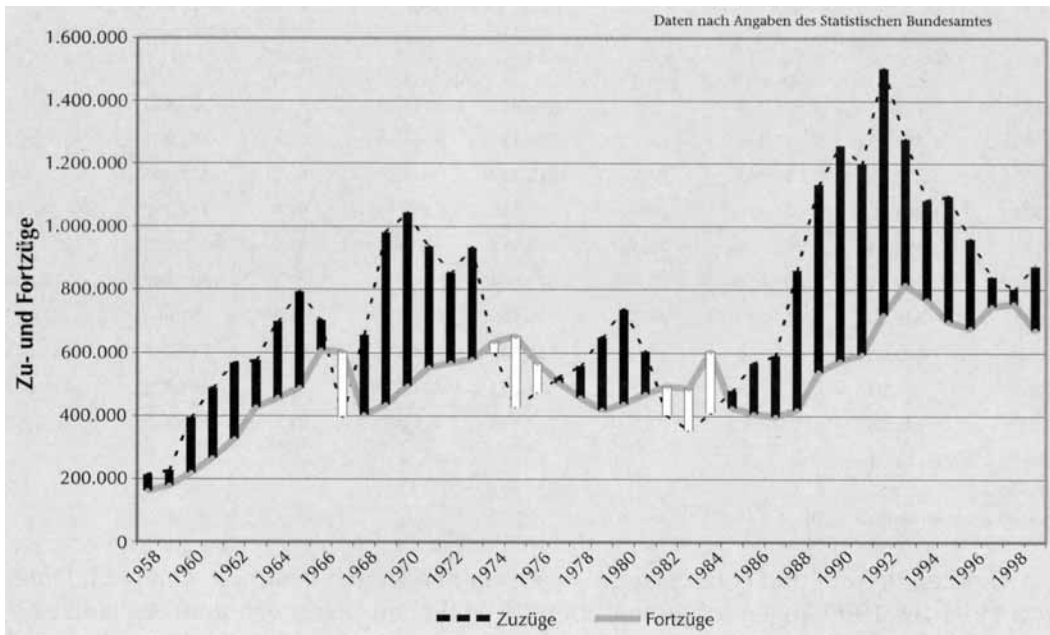
Weggehen – Ankommen. Migration in der Geschichte. Broschüre für den Schülerwettbewerb Deutsche Geschichte um den Preis des Bundespräsidenten. Edition Körber-Stiftung, Hamburg 2002

Dorothee Wierling (Hrsg.): Heimat finden. Lebenswege von Deutschen, die aus Russland kommen. Ein Lesebuch. Edition Körber-Stiftung, Hamburg 2004

→ **Ankündigung:** Karl-Heinz Meier-Braun/Reinhold Weber(Hrsg.): Kulturelle Vielfalt. Baden-Württemberg als Einwanderungsland. Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs, Band 32, Stuttgart 2005

Materialien

M 1a Zu- und Fortzüge über die Grenzen der Bundesrepublik Deutschland von 1958 bis 1998



Aus dem Migrationsbericht der Ausländerbeauftragten der Bundesregierung, November 2001, S. 5

M 1b Zugewandert – abgewandert

Dieses Bild kann aus urheberrechtlichen Gründen nicht angezeigt werden

Zahl der Zugewanderten wieder gesunken

Die Zuwanderung von Ausländern wird uns als Thema erhalten bleiben. Im Jahr 2003 sind rund 103 000 Ausländer mehr zugewandert als abgewandert. 2002 betrug der Saldo noch 153 000. Anfang der 90er-Jahre lag die Zahl der Zuwanderer mit zum Teil über einer Millionen (1992) erheblich höher, während die Zahl der Abwanderer über die Jahre nicht so stark schwankte. In den Jahren 1997 und 1998 war die Zahl der Fortzüge sogar größer als die der Zuzüge, der Wanderungssaldo also negativ.

M 2a Ausländer in Baden-Württemberg 1993–2003
nach ausgewählter Staatsangehörigkeit und aus den EU-Beitrittsländern

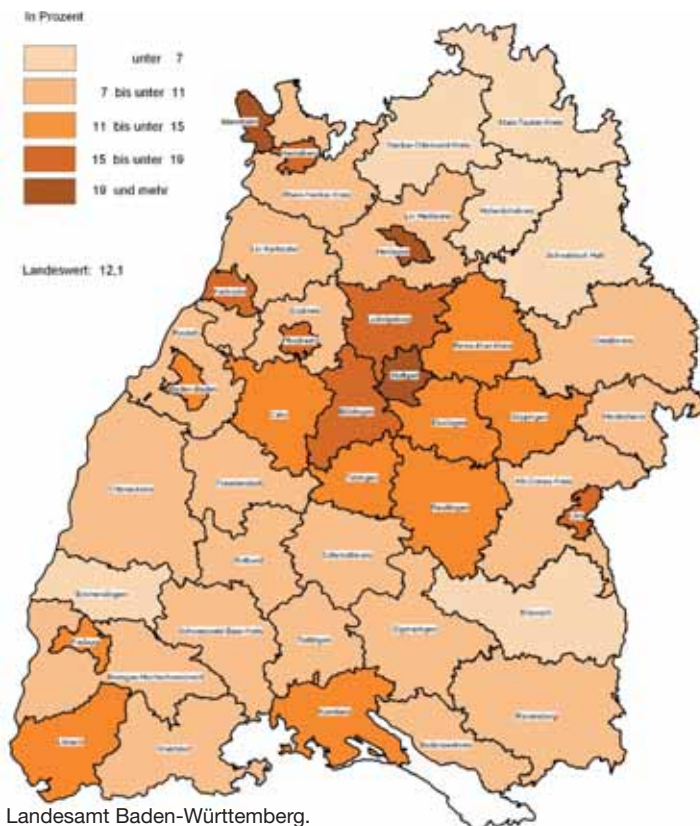
Jahr	Ausländer insgesamt	Ausgewählte Staatsangehörigkeiten							EU-Staaten vor dem 1. Mai 2004	EU-Beitrittsländer zum 1. Mai 2004
		Türkei	Italien	Serbien/Montenegro	Griechenland	Kroatien	Europa			
1993	1 254 896	336 541	175 356	216 153	85 852	62 243	1 119 974	353 154	47 042	
1994	1 265 322	343 026	176 742	185 158	85 345	71 105	1 132 477	356 462	46 952	
1995	1 281 317	350 506	1789 858	174 830	85 634	73 324	1 146 290	393 936	47 198	
1996	1 290 761	354 593	182 692	169 488	85 456	74 650	1 153 042	397 586	46 836	
1997	1 280 020	358 793	184 509	157 743	84 851	74 745	1 138 643	398 439	46 655	
1998	1 269 005	357 548	186 383	154 955	84 500	75 008	1 125 851	399 903	47 752	
1999	1 268 966	347 006	187 759	156 145	84 630	75 939	1 121 079	401 359	49 863	
2000	1 250 014	337 115	188 022	136 957	84 239	75 540	1 098 410	401 845	52 572	
2001	1 254 686	329 138	187 689	128 967	83 928	76 810	1 094 274	402 174	56 007	
2002	1 253 018	322 849	185 253	120 167	82 935	79 059	1 086 992	398 464	57 333	
2003	1 245 509	315 618	182 081	116 763	81 529	78 661	1 076 861	392 925	58 520	

*) Stichtag jeweils 31.12.

www.statistik.baden-wuerttemberg.de; dort auch eine Aufschlüsselung nach den einzelnen 10 Beitrittsländern von 2004.

© Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

M 2b Ausländische Bevölkerung
in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs am 31. 12. 2003



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg.
Landesinformationssystem

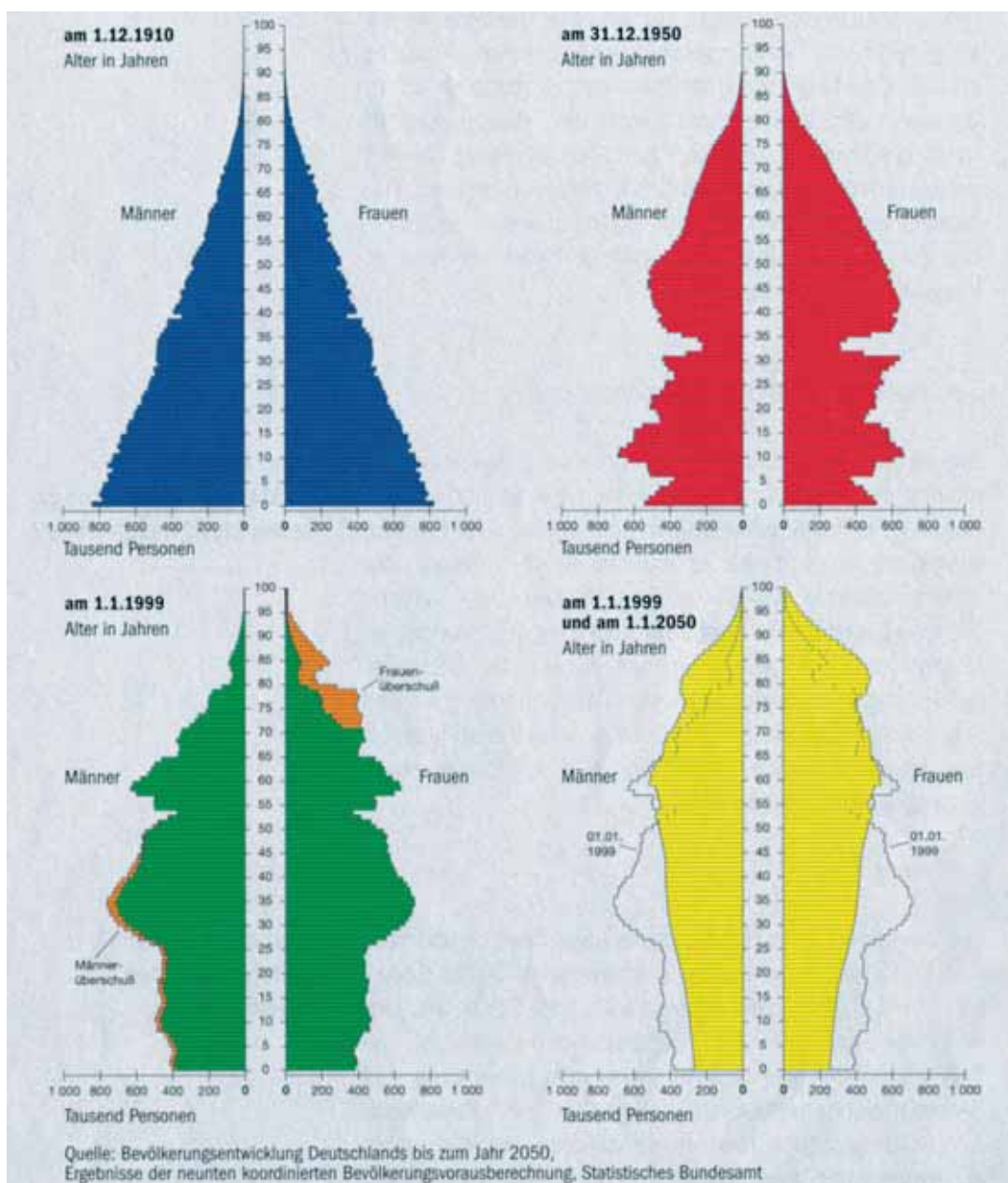
M 3a Geburten in der Bundesrepublik Deutschland

Jahr	Lebendgeborene Insgesamt	deutscher Staatsangehörigkeit
1962	1 018 552	999 749
170	810 808	747 801
1980	620 657	539 962
1991*	722 250	632 748
1992	809 114	708 996
1993	798 447	695 573
1994	769 603	668 875
1998	785 034	684 977
2002	719 250	676 421

* Bis 1991 alte Bundesländer

Quelle: Statistisches Bundesamt Deutschland 2004;
www.destatis.de

M 3b Altersaufbau der Bevölkerung in Deutschland



M 4 Sterbendes Volk?

Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 2000: 82 Millionen

Prognose für 2050:

Ohne Zuwanderung: 60 Millionen
(– 28% gegenüber 2002)

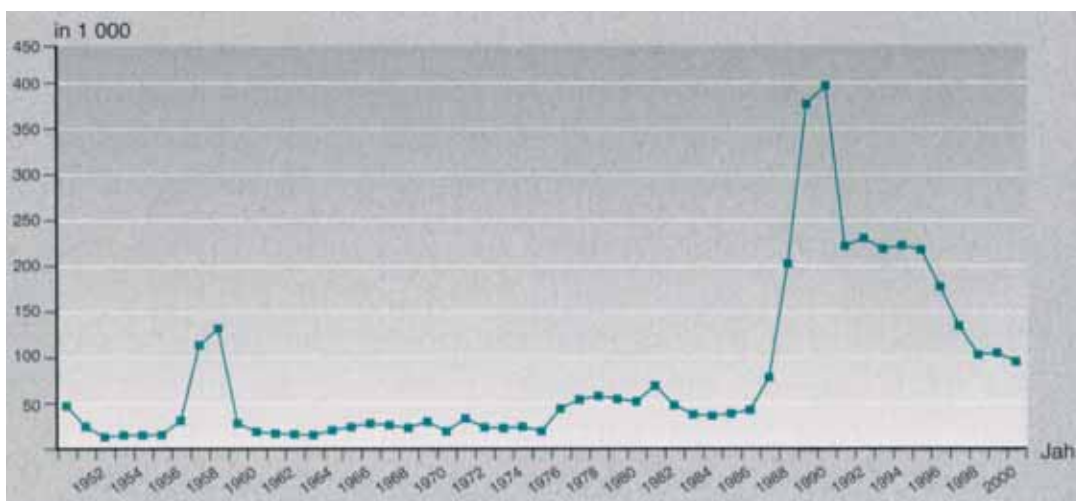
Bei einer Zuwanderung
von 200 000–250 000
pro Jahr: 73 Millionen
(10% gegenüber 2000)

Bei einer Zuwanderung von
325 000 pro Jahr: 82 Millionen

Im Jahre 1999 betrug nach einer Studie der Vereinten Nationen das Verhältnis der 15- bis 64-Jährigen zur Bevölkerung über 65 Jahren 4,41. Blicke diese Relation bis 2050 erhalten, müssten in Hinsicht auf die Altersversorgung jährlich 3,4 Millionen zuwandern.

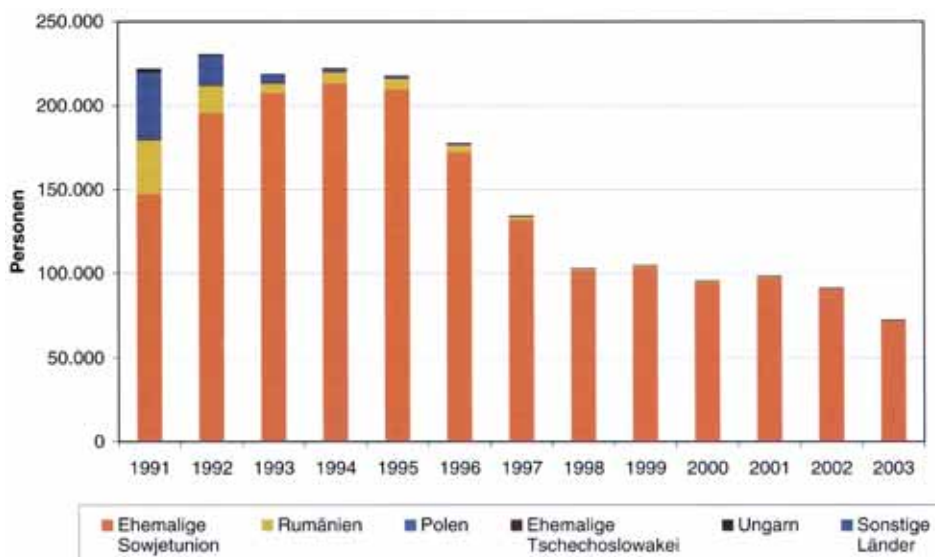
Nach: Der Spiegel vom 23. 10. 2000, Nr. 43, S. 42 f.

M 5a Aussiedler- und Spätaussiedlerzuzug (1950–2000)



Aus: Bericht der Unabhängigen Kommission »Zuwanderung«, 4. Juli 2001, S. 178
Vgl. www.bmi.bund.de

M 5b Spätaussiedler nach Herkunftsländern von 1991 bis 2003



Aus: Migration und Asyl in Zahlen, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. 11. Auflage 2004, S. 54, Abb. 32. www.bamf.de

Dieses Bild kann aus urheberrechtlichen Gründen nicht angezeigt werden

Deutschland ist erstmals seit rund 20 Jahren nicht mehr das Zufluchtsland Nummer eins in der EU. Das geht aus der jüngsten Asylbewerber-Statistik des UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR hervor. Danach suchten im vergangenen Jahr 50 450 Menschen Asyl in Deutschland, das ist die geringste Zahl seit 19 Jahren. Großbritannien wurde dagegen zum begehrtesten Aufnahmeland mit über 61 000 Anträgen. Setzt man die Zahl der Asylbewerber ins Verhältnis zur Bevölkerung des Landes, dann nehmen Österreich, Schweden und Norwegen die ersten Plätze in der Statistik ein. In Japan dagegen spielt die Asylfrage praktisch keine Rolle.

M 7 Stimmen zum neuen Zuwanderungsgesetz

Die »Mühe« des jahrelangen Ringens um einen Kompromiss »habe sich gelohnt«, war aus der SPD-Fraktion zu hören (Hans-Joachim Hacker, zuständig für Innen- und Rechtspolitik).

Weitere Stimmen zur Einigung lauten:

- »... nach langer Reise endlich am Ziel« und: »Dieses Gesetz stiftet auch gesellschaftlichen Frieden« (Innenminister Otto Schily, SPD).
- »... klassischer Kompromiss« und »Ausdruck der Mehrheitsverhältnisse in beiden Gesetzgebungskammern« (Volker Beck, Unterhändler der Grünen).
- »... angemessene Regelungen« und »deutliche Fortschritte beim Thema Sicherheit« (Saarlands Ministerpräsident Peter Müller, CDU), jedoch »mit Licht und Schatten« (Brandenburgs Innenminister Jörg Schönbohm, CDU).
- »Wenig Offenheit für Arbeitsmigration« titelte die Frankfurter Rundschau.
- »Erfolg in der Nachspielzeit« (Leitartikel der Stuttgarter Zeitung).
- »Wir begrüßen es, dass Menschen, die gegen Recht und Demokratie verstoßen, leichter abgeschoben werden. Dafür bedauern wir, dass Deutschland an die Intelligenz der Welt nicht eindeutigere Signale ausgesandt hat, zu uns zu kommen.« (Andreas Richter, Hauptgeschäftsführer der IHK der Region Stuttgart).
- »... Die Berliner haben sich überzeugen lassen, dass nachholende Integration wichtig ist.« (Gari Pavkovic, Stuttgarter Integrationsbeauftragter).

M 8 Zerreißprobe für den Sozialstaat?

Eine besonders hohe Mobilität kann man bei den Menschen aus den zehn osteuropäischen Ländern erwarten, mit denen nun EU-Beitrittsverhandlungen geführt werden oder werden sollen. Die Lebensverhältnisse werden dort für längere Zeit nicht mit den Verhältnissen in Westeuropa vergleichbar sein. Die Löhne liegen in Osteuropa bei einem Zehntel bis Fünftel der westdeutschen Löhne oder bei einem Viertel bis zur Hälfte der deutschen Sozialhilfe. In München beträgt der durchschnittliche Stundenlohn in der Metall verarbeitenden Industrie heute 28,50 DM, in Westpolen liegt er umgerechnet bei 4,80 DM, in Ostpolen bei 2,70 DM. Real gerechnet sind die Unterschiede wegen der niedrigen Preise der nicht gehandelten Waren nicht ganz so groß, aber immer noch erheblich. Man braucht daher kein Prophet zu sein, um zu ahnen, dass die Osterweiterung umfangreiche Wanderungsströme hervorbringen wird.

Für die westeuropäischen Sozialsysteme wird die Zuwanderung der Osteuropäer einen hohen Wettbewerbsdruck entfalten, weil die Entscheidung darüber, in welches Land man wandert, vor allem von ökonomischen Anreizen bestimmt wird. Zwar sind große Einkommensunterschiede nötig, um Menschen zu veranlassen, ihrer Heimat den Rücken zu kehren. Doch wer sich zur Wanderung entschlossen hat, lässt sich bei der Wahl des Ziellandes von kleinen Differenzen im Lebensstandard lenken. Die Leistungen des Sozialstaates werden zum Problem, Wohngeld, Kindergeld, Sozialwohnungen, ergänzende Sozialhilfe, Verteilungsvorteile in der gesetzlichen Krankenversicherung und die freie Nutzung der öffentlichen Infrastruktur sind Beispiele für Leistungen, die von zuwandernden Arbeitnehmern in Anspruch genommen werden können und daher die Wanderungsentscheidungen beeinflussen.

Prof. Dr. Hans Werner Sinn, Universität München, in: »Die Osterweiterung wird für den westlichen Sozialstaat zur Zerreißprobe«, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12. 8. 2000

H.-W. Sinn wiederholte seine provokanten Thesen im Mai 2004 in der »Süddeutschen Zeitung«. Er warnte vor einer Masseneinwanderung aus Osteuropa in die westeuropäischen Sozialkassen, ermöglicht – wie Sinn prognostiziert – durch die EU-Richtlinie für Wanderungen innerhalb der Europäischen Union, die bis zum 1. Juli 2005 nationales Recht werden muss. Manche Zuwanderungsexperten wie der FDP-Politiker Max Stadler werten diese These des Ifo-Instituts als »unsinnige Panikmache«. (Red.)

M 9 In der Stuttgarter Römerschule lernen Frauen aus acht Nationalitäten, wie das deutsche Schulsystem funktioniert.



Foto: Weise/factum

M 10 Integration als Ziel

Was ist nicht das Ziel von Integration? Integration kann und darf weder das Ziel haben, Deutschland durch eine multikulturelle Gesellschaft endlich verschwinden zu lassen, noch kann und darf es unser Bestreben sein, eine kulturell homogene Gesellschaft unter einer Leitkultur durchzusetzen. Beide Ziele entstammen zwar wirklichkeitsfremden Ideologien, richten aber gleichwohl Schaden an. Integration will vielmehr dem friedlichen Zusammenleben kultureller Vielfalt in Deutschland dienen und hat zwei Grundpfeiler: Erstens ist die unbedingte Anerkennung der Werteordnung unseres Grundgesetzes nicht verhandelbar. Zweitens ist eine gute Kenntnis der deutschen Sprache und eine Grundkenntnis unseres Landes unerlässlich. Die Matrix der Integration sind also unsere Verfassungsordnung und die deutsche Gesellschaft im Prozess ihrer ständigen Veränderung, zu der in den letzten Jahrzehnten auch die in Deutschland lebenden Ausländer nicht unmaßgeblich beigetragen haben. Auch sie gehören zu der Vielfalt, aus der unsere gesellschaftliche Entwicklung lebt. Die Illusion muss abgebaut werden, das Einebnen oder Verleugnen von kulturellen, religiösen und anderen Unterschieden vermeide Konflikte und erzeuge ein harmonisches Zusammenleben.

Prof. Dr. Hans Joachim Meyer, Minister für Wissenschaft und Kunst im Freistaat Sachsen, Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, in: Berichte und Dokumente, hrsg. vom Generalsekretariat des ZdK, August 2000, S. 11



DEUTSCHLAND & EUROPA

Reihe für Politik, Geschichte, Deutsch, Geografie, Kunst

DIESE HEFTE HABEN WIR FÜR SIE (Stand 11.2004):

Der historische Faust

(13/1988, Nachdruck 1999)

Theodor Heuss (26/1993)

Wirtschaftlicher Umbruch. Strukturwandel in den neuen Bundesländern (27/1993)

Zwischen Elbe und Neiße. Nieder- und Oberlausitz (28/1994)*

Europäische Friedensschlüsse 1648 – 1815 – 1919 – 1990 (29/1994)

Sankt Petersburg. Rußlands Fenster nach Europa (30/1995)*

Berlin. Europäische Metropole und deutsche Hauptstadt (31/1995)*

Elsaß. Europäische Region in Geschichte und Gegenwart (32/1996)*

Die Oder (33/1996)*

Wales (34/1997)*

1848/49 Revolution „...bis es ein freies Volk geworden...“ (35/1997)

Flandern. Eine europäische Region (36/1998)*

Polen in Europa (37/1998, Nachdruck 1999)

Migration (45/2004, aktualisierte Neuauflage)

Łódź – Stuttgart. StädtePartner in Europa (46.47/2003)*

Rhône-Alpes. Partnerregion von Baden-Württemberg (48/2004)*

* Exkursionshefte

ABONNEMENTS

Wenn Sie die Zeitschrift regelmäßig nach Erscheinen zugeschickt bekommen wollen, empfiehlt sich ein Jahresabonnement zum Preis von 6,- EUR (2 Hefte).

Zu bestellen bei: Landeszentrale für politische Bildung, Staffenbergstraße 38, 70184 Stuttgart, Fax 0711/16409977, marketing@lpb.bwl.de, www.lpb-bw.de

NEU

... bei der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg

„**SCHRIFTEN ZUR POLITISCHEN LANDESKUNDE**“ Band 32: Karl-Heinz Meier-Braun/Reinhold Weber (Hrsg.): **Kulturelle Vielfalt. Baden-Württemberg als Einwanderungsland**, 2005, 316 S., 5,- EUR zzgl. Versand

ZEITSCHRIFT DER BÜRGER IM STAAT Zur Meinungsbildung in politischen Sach- und Streitfragen, Heft 2/3 2004: **Die baltischen Staaten**, 176 S. A4, Einzelheft kostenlos, Jahresabo 12.80 EUR (4 Hefte)

DEUTSCHLAND & EUROPA Reihe für Politik, Geschichte, Deutsch, Geografie, Kunst. Heft 48: **Rhône-Alpes – Partnerregion von Baden-Württemberg**, 63 S. A4, Einzelheft kostenlos, Jahresabo 6,- EUR (2 Hefte)

POLITIK & UNTERRICHT Zeitschrift für die Praxis der politischen Bildung, Heft 4/2004: **Der Landtag von Baden-Württemberg**, 64 S. A4, Einzelheft kostenlos, Jahresabo 11,20 EUR (4 Hefte)

PUZZLE Europa für Gruppen, Ausgabe 2001, 17.50 EUR (25,- EUR außerhalb BW) zzgl. Versand

LpB
BW

Landeszentrale
für politische Bildung
Baden-Württemberg





Landeszentrale
für politische Bildung
Baden-Württemberg

Staffenbergstraße 38, 70184 Stuttgart
Telefax 07 11/16 40 99 -77

* Paulinenstraße 44-46, 70178 Stuttgart, Fax -55

lpb@lpb.bwue.de, www.lpb-bw.de

Direkt-Mails (ohne akad. Titel):

Vorname.Name@lpb.bwl.de

Telefon Stuttgart: 0711/16 40 99-0

	Durchwahlnummern
Direktor: Lothar Frick	-60
Referat des Direktors: Dr. Jeannette Behringer, Sabine Keitel	-62
Controlling: N. N.	-11

1 Querschnittsabteilung Zentraler Service

11 Grundsatzfragen: Günter Georgi (Abteilungsleiter)	-10
12 Haushalt und Organisation: Gudrun Gebauer.....	-12
13 Personal: Ulrike Hess	-13
14 Information und Kommunikation: Wolfgang Herterich	-14

2 Querschnittsabteilung Marketing

21 Marketing: Werner Fichter (Abteilungsleiter)	-63
22 Öffentlichkeitsarbeit: Joachim Lauk	-64

3 Abteilung Demokratisches Engagement

31* Geschichte und Verantwortung: Konrad Pflug (Abt.leiter)...	-31
32 Frauen und Politik: Christine Herfel... -32, Beate Dörr	-75
33* Freiwilliges Ökologisches Jahr: Steffen Vogel	-35
34 Jugend und Politik: Wolfgang Berger	-22
35* Schülerwettbewerb des Landtags: Monika Greiner	-26

4 Abteilung Medien

41 Neue Medien: Karl-Ulrich Templ (stv. Dir., Abt.leiter)	-20
42 Redaktionen Der Bürger im Staat/Didaktische Reihe: Siegfried Frech.....	-44
43 Redaktion Deutschland und Europa: Dr. Walter Siegfried Kircher.....	-43
44 Redaktionen Politik und Unterricht/Landeskundliche Reihe: Dr. Reinhold Weber	-42

5 Abteilung Regionale Arbeit

51 Außenstelle Freiburg, Friedrichring 29, 79098 Freiburg: Dr. Michael Wehner, Tel. 07 61/2 07 73-0, Fax -99	
52 Außenstelle Heidelberg, Plöck 22, 69117 Heidelberg: Dr. Ernst Lüdemann (Abt.leiter), T.: 0 62 21/60 78-0, Fax -22	
53* Außenstelle Stuttgart, Paulinenstr. 44 - 46, 70178 Stuttgart, Tel. 0711/16 40 99-51, Fax -55 Dr. Iris Häuser -52, Peter Trummer -50	
54 Außenstelle Tübingen, Herrenberger Straße 36, 72070 Tübingen, Tel. 0 70 71/2 00-29 96, Fax -29 93 Rolf Müller -29 95	

6 Abteilung Haus auf der Alb

Tagungsstätte Haus auf der Alb, Hanner Steige 1, 72574 Bad Urach, Telefon 07125/152-0 , Fax....	-100
61 Natur und Kultur: Dr. Markus Hug (Abteilungsleiter).....	-146
62 Zukunft und Bildung: Robert Feil	-139

63 Europa – Einheit und Vielfalt: Dr. Karlheinz Dürr.....	-147
64 Frieden und Entwicklung: Wolfgang Hesse	-140
66 Modernisierung in Staat und Wirtschaft: Eugen Baacke	-136
67 Bibliothek/Mediothek: Gordana Schumann.....	-121
68 Hausmanagement: Erika Höhne	-109

LpB-Shops/Publikationsausgaben

Bad Urach Tagungsstätte Haus auf der Alb, Hanner Steige 1,
(Tel. 071 25/1 52-0) Montag bis Freitag 8–16.30 Uhr

Freiburg Friedrichring 29 (Martina Plajer, Tel. 0761/2 07 73-10)
Dienstag und Donnerstag 9–15 Uhr

Heidelberg Plöck 22 (Maria Melnik, Tel. 0 62 21/60 78-11)
Dienstag 9–15 Uhr, Mittwoch und Donnerstag 13–17 Uhr

Stuttgart Staffenbergstr. 38 (Ulrike Weber, Tel. 0711/16 40 99-66)
Montag und Donnerstag 9–12, 14–17 Uhr, Dienstag 9–12 Uhr

Tübingen Herrenberger Straße 36
(Claudia Häbich/Sonja Danner, Tel. 0 70 71/2 00 29 96)
Mittwoch und Freitag 9.15–11.45 Uhr, Dienstag 9.15–15 Uhr

Redaktion „Der Bürger im Staat“

Siegfried Frech, Telefon 07 11/16 40 99-44
E-Mail: siegfried.frech@lpb.bwl.de
Redaktionsassistent: Barbara Bollinger,
Telefon 07 11/16 40 99-21, Fax -77
E-Mail: barbara.bollinger@lpb.bwl.de

Die Zeitschriften auf CD

Die Texte vergriffener Hefte auf den Jahrgangs-CD's:
„Zeitschriften und Dokumentationen“, Ausgabe 1997/99,
Ausgabe 1999/2000 und Ausgabe 2002,
zu je 2.50 € zzgl. Versandkosten.

Bestellungen aller Publikationen

(Zeitschriften auch in Klassensätzen) bitte schriftlich an:
Landeszentrale für politische Bildung,
Staffenbergstraße 38, 70184 Stuttgart,
Fax: 07 11/16 40 99-77
E-Mail: marketing@lpb.bwl.de
oder im Webshop: www.lpb-bw.de/Shop

Wenn Sie nur kostenlose Titel mit einem Gewicht unter
1 kg bestellen, fallen für Sie keine Versandkosten an.
Für Sendungen **über 1 kg** sowie grundsätzlich bei Lieferung
kostenpflichtiger Produkte werden die Versandkosten
(Porto, Verpackung, Bearbeitung) berechnet.

Bitte fordern Sie unsere Verzeichnisse an
oder orientieren Sie sich im Internet **www.lpb-bw.de**

Thema des nächsten Heftes 49/2005:
Der Balkan